stehend: in der Lagerstätte, sodann in Holz, Salz und Licht, oder statt des Letztern, monatlich folgende Geldentschädigungen erhalten, wovon jedoch die gemeinen Soldaten ausgeschlossen, und wozu nur dann die Reuter und Knechte und zwar mit 2/3 Rt. p. Monat aus Landesmitteln berechtigt sind, wenn sie im Besatzungs-Orte kein Natural-Quartier und Service erhalten können.

Ein Obrist zu Ross oder zu Fuß erhält monatlich	15 Rt.
— Obristlieutenant	9 —
— Obristwachtmeister	8 —
— Regiments- oder Stabs-Offizier, als Quartiermeister, Kaplan, Profos etc.	2 —
— Rittmeister oder Hauptmann	7 —
— Lieutenant, Cornet oder Fähndrich	3 —
— Feldweibel	1 1/2 —
— Quartiermeister, und Unteroffizier zu Ross oder zu Fuß	1 —

112. Stadt Biset den 4. August 1648. (F. c. Jagdfrevel.)
Ferdinand, Erzbischof u. Churfürst zu Köln u. Bischof zu Münster etc.

Das im Bisthum Münster von den landesherrlichen Dienern unmaßflich geschehende, und von Bürgern und Bürgersöhnen in den Städten ganz unbefugte und übermäßige Jagen, Pirchen und Fischen in den, dem Landesherren u. a. Berechtigten zustehenden Jagdbezirken und Fischereien, soll allgemein und strenge verboten, „auch von denjenigen, so des Jagens und Fischens mit berechtigt, die Hundt, Klindt, Netz und anderen Zeug abzuführen, auff den Weigerungsfall auch mit Gewaltt hinhinnehmen zu lassen“ befohlen werden.

113. Münster den 22. December 1650. (A. 1. h. Bischofs-Wahl und Landes-Regierung.)

Dom-Dechant und Kapitel des Stiftes
Münster. Sed. vac.

Publikandum wegen der am 14. November e. a. stattgefundenen Erwählung Christoph Bernhard's, Freiherrn von Galen, zum Bischof zu Münster, und der von der

päpstlichen Nuntiatur zu Augsburg am 6. d. M. ertheilten Genehmigung der, bis zum Eintreffen der päpstlichen Wahlbestätigung, statthafter und nimmehr eintretenden provisorischen Verwaltung des Bisthums Münster durch den Neuerwählten.

Bemerk. Während der durch den Tod des Landesherren am 13. Sept. 1650 eingetretenen Sedisvacanz, hatte das Domkapitel am 20. ej. m. die früher bestandene fürstliche Landes-Regierung mit der fortsetzlichen Verwaltung des Hochstiftes Münster beauftragt.

Der Bischof Christoph Bernhard hat sub dato Münster den 24. Juli 1651 (E. 1. h.) die, seine Erwählung bestätigende päpstliche Bulle vom 11. Juni ej. a. publizirt; sodann sub dato Hans Wolbeck den 8. Juni 1655 (E. 1. h.) die Ritterschaft zu einem auf Hans Wolbeck am 26. ej. m. abzuhaltenden Landtage convocirt, sodann auch durch ein besonderes gedrucktes und vollzogenes P. S. (ohne Datum) dieselbe aufgefodert, seinem auf den 24. September ej. a. festgesetzten feierlichen Einzuge zu Münster mittelst Entgegenkommens sich Hiltrup, betzuwohnen, wo, nach beendigter bischöflicher Ceremonie im Dome am 25., die herkömmliche Huldbigung der Stadt Münster, und am 26. ej. m. jene der Ritterschaft (vor der Landtags-Proposition) einzunehmen beabsichtigt werde.

114. Münster den 31. Mai 1651. (E. 1. h. Auswanderung etc.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster etc.

Bei der durch fremde Kriegswerbungen, Seuchen und andere unglückliche Zufälle dergestalt zugenommenen Entvölkerung des Landes, daß es in den Städten und auf dem Lande an Bürgern und Bauersleuten mangelt, werden, mittelst Verkündigung des gegenwärtigen Patentes „alle und jede amoch in auswärtigen Diensten und Landschaften sich verhaltende Underthanen, alsbaldt wieder einzunehmen und zu ihren Häusern und Dörtern wo sie zu wohnen pflegen und wohin sie sonsten geboren sein, gerufen, citirt und eingeladen“; sodann wird auch der

landesherrlich nicht bewilligte Eintritt in fremde Kriegsdienste, sowie dergleichen Auswanderung bei Vermeidung schwerer Strafe verboten.

Bemerk. Gleichmäßige Aufforderungen und resp. Verbote sind am 20. September 1654, 3. September 1655, 6. März 1658, 24. Mai 1667 und 3. März 1672 erlassen worden.

115. Hans Wolbeck den 18. Juni 1651. (B. 1. h. Wajzer- und Wegebau.)

Christoph Bernhard (Freiherr von Galen),
Bischof zu Münster etc.

Die während der lange gewährt habenden Kriegszeit, vernachlässigte Räumung der Flüsse, Bäche und andern Wassergraben, desgleichen auch die unterlassene Reparatur der vielfach zerstörten Landstraßen, Privatwege, Landwehren und Schlagbäume, müssen nunmehr bewirkt, und alles wieder in den vor den Kriegsverwüstungen gewesenen Stand gesetzt, auch die Heggen an den Wegen jetzt und künftig alle 4 Jahre gehauen werden. Die wegen desfalliger Mitwirkungspflicht zwischen den Unterthanen entstehenden Streitigkeiten müssen, in Ermanglung eines summarisch zu verführenden Vergleiches, zu besondern Rechtspruch verwiesen, inzwischen aber soll die Obliegenheit der Streitenden auf deren gemeinsame Kosten bewirkt werden.

Bemerk. Conf. den ganzen Inhalt in: E. N. Schütters Provinzialrecht der Provinz Westphalen. (Leipzig 1829) I. Bd. p. 168 ff.

Unterm 30. April 1655 (S. a.) ist ganz gleichmäßig, jedoch mit dem Zufüge verordnet worden, daß in Ermanglung bekannter Reparatur-Pflichtiger, die Städte, Wigbolde und Kirchspiele zur Herstellung des Mangelhaften auf gemeinschaftliche Kosten, angehalten werden sollen. — Conf. auch Nr. 133 d. E.

116. Münster den 23. November 1651. (E. 1. a. Criminal-Prozeß-Ordnung.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster etc.

Ueber die in fernerhin vorkommenden Criminal-Fällen von den Justiz-Beamten zu beachtende Prozeß-Ordnung und über die diesen und den Gefangenwärtern zuzubilligenden Kosten des Verfahrens und der Verpflegung der Angeklagten, werden ausführliche, bis zu weiterer Vorchrift zu beachtende Bestimmungen ertheilt.

117. Münster den 1. December 1651. (E. 1. h. Residenz der Geistlichen.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster etc.

Auf den Grund der Beschlüsse der tridentinischen Kirchen-Versammlung wird es sämtlichen Pfarr- u. a. Geistlichen, welche Benefizien mit und ohne Seelsorgepflicht besitzen, bei Strafe der Entziehung ihrer Stellen und Nütungen, befohlen, persönlich an dem Orte der Stiftung ihre Pfarr-, Kirchen- und Seelsorge-Dienste zu leisten, in so fern sie nicht davon gesetzlich dispensirt sind. Zugleich werden sämtliche Curat- u. a. Geistliche resp. die Archidiaconen angewiesen, binnen 6 Monaten, getreue Abschrift der Stiftungs-Urkunden ihrer Stellen und Benefizien, nebst ausführlichen Verzeichnissen aller dazu, und zu Wohlthätigkeits- und Unterrichts-Zwecken gewidmeten, auch zu den Küster- und Organisten-Stellen gehörigen Einkünfte, an ihren vorgelegten Archidiacon und resp. an die bischöfliche Siegel-Kammer einzusenden.

118. Münster den 2. December 1651. (T. d. Reformation der geistlichen Gerichte.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster etc.

Publikation einer unter Mitwirkung fürstlicher Räte und Deputirter des Domcapitels (in lateinischer Sprache) neuerfaßten, und mittelst ergangener Visitationen-Sprüche verbesserten Reformation und Ordnung des hoch-nüßlich münsterschen Geistlichen- (Offizialats-)

Gerichtes, in deren 1stem Theil (in 13 Titeln) die zur Negung des geistlichen Gerichtes berufenen Personen und deren Obliegenheiten, die zur Jurisdiction des stiftischen Offizials gehörigen Personen und Sachen und die Form des Bankal-Prozesses; sodann in deren 2tem Theil (in 39 Titeln) die Form und Gebühren-Laxe des Prezesses in den zur Cognition des Offizialat-Gerichtes gehörigen Angelegenheiten ausführlich festgesetzt werden.

Bemerk. Die erste bekannte Reformatio etc. ist vom 5. Juli 1574; dieselbe wurde bei den Distationen in den Jahren 1586 und 1604, sodann zuletzt mittelst der eben Angezeigten vermehrt und verbessert. Diese führt den Titel: „Reformatio ecclesiasticae jurisdictionis curiae episcopalis Monasteriensis.“

119. Rhans den 11. Juni 1652. (E. 1. e. Holz-Frevel.)
Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Mit Bezugnahme auf die gegen Holz-Devastation früher ergangenen Verordnungen (Nr. 74 d. S.) wird ers neuernd und erweitert, landesherrlich bestimmt:

1. Daß kein Markengenosse, wider Markenverköhrung, oder ohne sonstige Bewilligung, resp. kein Colon, Eigenthümer oder Pächter ohne ausdrücklichen Consens seines Erb- und Gutsherrn, einigcs fruchtbare oder zu Zimmern taugliche Holz fällen, oder auf irgend eine Art verwenden und veräußern dürfe;

2. Daß der Käufer oder sonstige Erwerber dergleichen ohne gutsherrlichen Consens gefällten Holzes, für jeden Stamm, zum erstenmal mit 10 Gldgld. Strafe belegt, auch der Erb- und Gutsherr in ihren desfalligen Schadensersatz-Klagen summarisch gehandhabt werden soll;

3. Daß das mit gutsherrlicher Genehmigung gefällte Holz nur auf den Grund landesherrlicher Zeugnisse und Ausfuhrpässe, welche, nach beigebrachtem Fällungs-Consens, mit genauer Angabe der Herkunft, Quantität und Ausführungszeit, ertheilt werden sollen, erworben und außer Landes geführt werden darf, und

4. Daß das zur Ausfuhr bestimmte Holz, von der in jedem Amt dazu verordneten Person, an Ort und Stelle

mit dem im Passe verzeichneten verglichen und hiernach mit einem besondern landesherrlichen Merkzeichen, um so gewisser versehen werden muß, als das ohne Paß und Zeichen in Ausfuhr betroffen werdende Holz konfisziert und der Contravenient mit 20 Gldg. Strafe belegt werden wird.

Ein Viertel der vorbezeichneten Geldbußen soll dem Denuncianten einer Entgegenhandlung als Belohnung überwiesen werden.

Bemerk. Unterm 12. April 1660 (E. 1. e.) ist, behufs strengerer Handhabung der obigen Vorschriften ein landesherrlicher General-Holz-Ausscher angeordnet, und sämtlichen Beamten befohlen worden, die von ihm an sie gerichteten Requisitionen um Hülfe und Handbictung zu erfüllen.

Die vorbezeichneten Verordnungen finden sich ausführlich abgedruckt in E. A. Schläfers Provinzial-Recht der Provinz Westphalen, (Leipzig 1829) Bd. 1. p. 522 und 524; conf. auch Nr. 178 d. S.

120. Münster den 31. October 1652. (E. 1. h. Hausstätten-Schätzung.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Mit Zustimmung der stiftischen Landstände, soll eine, nach dem untenfolgenden Anschlagc umzuliegende Hausstätten-Schätzung, ohne Gestattung irgend einer Ausnahme und ohne Benachtheiligung der Privilegien der freien Stände, sofort erhoben und binnen zehntägigter Frist unter Beifügung spezieller Heberregister, an die landesherrliche Pfenningskammer eingezahlt werden.

Folget der Anschlag der Hausstätten-Schätzung:

Ein Thumbherr so Curiam hat	2	Rthlr.	=	fl.	=	pf.
Abalissac von den freien weltlichen	2	—	=	—	=	—
Stifffern	2	—	=	—	=	—
Wtdliche Canonissa so ein Haus hat	1	—	=	—	=	—
Canonici collegiatarum eccles. d.	1	—	=	—	=	—
Pauli et S. Mauricii	1	—	14	—	=	—
Anderc Canonici	1	—	=	—	=	—
Pastores	1	—	=	—	=	—

Vicarii		=	Rt. 14	ß.	=	pf.
Clöster und Compturreien	3	—	—	—	—	—
Abliche u. a. unschätzbare Häuser	2	—	—	—	—	—
Zweiflügelige Erbe	1	—	14	—	—	—
Einflügelige Erbe	1	—	—	—	—	—
Halbe Erbe und Pferde-Kötter, jeder	=	—	14	—	—	—
Anderer Kötter, jeder	=	—	7	—	—	—
Brinckfihern	=	—	3	—	6	—
In den Stätten und Wigbolden Häuser so ganzen Dienst thun	1	—	—	—	—	—
So halben Dienst thun	=	—	14	—	—	—
So ein Viertelheil Dienst thun	=	—	7	—	—	—
In den Dörffern die principaliste Häuser	1	—	—	—	—	—
Mittelmäßige	=	—	14	—	—	—
Die Geringste	=	—	7	—	—	—
Bachhäuser	=	—	3	—	6	—

Bemerkung. Dergleichen Hausstätten = Schatzungen sind späterhin unter den nachbezeichneten Datum, mit Anwendung der dabei angemerkten Abänderungen der Anschläge, ausgeschrieben worden, nämlich

1) am 11. Juni 1659 (E. 1. h.), eine zweifache in 2 Terminen, mit Beibehaltung der obigen Sätze für Geistliche und Abliche, und mit folgender Veränderung:

Jedes Haus woraus 2 Pflüge zum Acker geführt werden	2	Rt. 14	ß.	=	pf.
Jedes Haus woraus ein Pflug gehet, darunter Dreilinge und halbe Erbe, auch Kötter und Andere in Stätten, Wigbolden, Dörffern welche einen Pflug haben, mit begriffen	1	—	7	—	—
Jeder Kötter u. A. welche nur ein Pferd haben und mit andern zu spannen müssen	1	—	—	—	—
Ein Kötter, Brinckfihern u. A. so 2 oder 3 Rüge hat	=	—	21	—	—
Ein Kötter, Brinckfihern u. A. so nur 1 Rüge hat	=	—	14	—	—
Ein jeder Einwohner im Bachhause, im Speicher uft Cammern, oder sonst anders sie sein auch welche sie wollen, so keine Pferd u. Rüge haben	=	—	7	—	—

In den Stätten, Wigbolden, Flecken und Dörffern dem Hause da ein Pflug gehalten wird, — wie obengesagt. Costen ein Haus so einen Giebel hat 1 Rt. = ß. = pf. Ein halbes Haus . . . = — 14 — = — Ein Gaden = — 7 — = —

2) am 18. October 1660 (E. 1. h.), eine Zweifache in 2 Terminen, mit gleicher Beibehaltung und resp. mit folgender Abänderung:

Jedes Erbe warvon 2 Pflüge gehen	1	Rt. 14	ß.	=	pf.
— — — — — 1 — — — — —	1	—	—	—	—
Halbe Erbe und Pferdekotter warvon kein voller Pflug gehet	=	—	14	—	—
Ein Kötter, Brinckfihern u. A. welche 2, 3 oder mehr Rüge und keine Pferde haben	=	—	7	—	—
Brinckfihern, Bachhäuser in Cammern u. Spicker, also etwan nur eine oder gar keine Rüge vorhanden	=	—	3	—	6
In Stätten u. Wigbolden die Häuser so einen Giebel haben	1	—	—	—	—
Anderer geringere u. mittelmäßige Häuser	=	—	14	—	—
Shäme u. dergl. geringe Häufiger	=	—	7	—	—
Auf Cammern u. a. Einwohner	=	—	3	—	6
In Dörffern die prinzipalische Häuser	1	—	—	—	—
Mittelmäßige	=	—	14	—	—
Die geringste	=	—	7	—	—
Bachhäuser	=	—	3	—	6

3) am 1. August 1661 (E. 1. h.), eine Einfache in einem Termine, nach dem oben sub 1) aufgeführten Anschläge;

4) am 12. November 1661 (E. 1. h.), a. damit die am 1. August e. a. ausgeschriebene Schätzung den nothwendigen Ertrag von 25000 Rt. gewähre, ein Drittel des, sub 3) bezeichneten Anschlages, und b. eine weitere einfache Häuserschätzung in einem Termine, deren Ertrag ebenfalls 25000 Rt. sein soll, und zu welchem Zuschuf $\frac{1}{3}$ der sub 1) angezeigten Tariffätze umgelegt werden sollen.

5) am 1. October 1662 (E. 1. h.), eine Einfache in einem Termine, mit gleicher Beibehaltung wie sub 1) und folgender Abänderung:

Ein zweiflügiges Erbe	1	Rt. 14	ß. = pf.
Ein voll Erbe	1	— 7	— = —
Ein halb Erbe oder Pferde-Kötter	1	—	— = —
Ein Kötter ohne Pferde	=	— 14	— = —
Ein Brinkfiser	=	— 7	— = —
Zu den Stätten, Wigbolben oder Dörfern die principaliste Häuser	1	—	— = —
Mittelmäßige Häuser	=	— 14	— = —
Gädeme und geringe Häuser	=	— 7	— = —
Bachhäuser oder Spicker, wau selbige bewohnt werden	=	— 3	— 6 —

121. Münster den 22. December 1652. (E. 1. b. Brückten-Ordnung.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster u.

Bei der seitherigen Nichtbeachtung und bei der Unzulänglichkeit der in der Landgerichts-Ordnung enthaltenen Vorschriften über das Verfahren in BrücktenSachen; wird eine desfallige ausführliche Brückten-Ordnung (in 16 SS.) erlassen und dadurch u. a. bestimmt: daß jeder landesherrliche Voigt, Frohne u. a. Diener zur schriftlichen Anzeige aller ihm bekannt werdenden Vergehen und Frevel verpflichtet ist; daß die stiftlichen Richter und Vograven alle 14, und wo es nöthig ist alle 8 Tage, Gericht halten, und auf den Grund gehöriger, in allen über 20 Rt. Werth steigenden Sachen schriftlich zu machender, dem Angeeschuldigten selbst oder in seiner Wohnung zu insinuirender Vorladungen, verfahren sollen; daß diese Insinuationen 14 Tage vor dem Gerichtstage geschehen und beim Ausbleiben des Vergeladenen, mit weiterer Frist von 8 Tagen, erneuert, dann aber, entweder nach dem Eingeständniß oder der Ueberweisung des Angeeschuldigten, oder aber in contumaciam die Urtheile gefällt werden sollen; daß in den von den Gerichtschreibern zu führenden Protokollen: Klage, Antwort und Beweis, und nicht mehr, verzeichnet und darauf das Urtheil gefällt, auch dieses ohne Weiteres vollzogen werden soll, in so fern nicht in gehöriger Zeit dagegen appellirt worden ist; daß alle fiskalische Prozesse binnen Jahresfrist beendigt und monatliche Nachweise derselben oder der Ursachen ihrer Nichtbeendigung, an den landesherrlichen Beamten eingereicht

werden müssen; und daß, außer den näher bestimmten Prozeß-Kosten und den Diäten der zum Brückten-Verhöre gehörigen Voigten und Frohnen, sowie der dazu deputirten Commissarien des Landesherrn, nichts von den Parteien erhoben und resp. in den Amtsrechnungen verausgabt werden dürfe.

Remerk. Durch Rescript der fürstlichen Kammerräthe, d. d. Coesfeldt den 23. August 1650 (E. 1. c.) ist den Beamten die zu publizirende landesherrliche Festsetzung eröffnet worden, daß, behufs besserer Ermittlung der fiskalisch zu verfolgenden, brücktfälligen Vergehen, jeder Eingeseffene eines Gerichts-Bezirktes zu deren Denunciation verbunden ist, resp. zur Angabe der ihm beizuhaltenden Kenntniß der Begebenheit amtlich aufzusehndert werden könne und daß hieraus, weder dem Angeber oder dem Vernommenen irgend eine Gefahr und Verbindlichkeit erwachsen, noch auch dem etwa darunter begriffenen Verletzten sein besonderer Rechts- und Verfolgungs-Anspruch gegen seinen Beschädiger beschränkt werden soll.

Im Jahre 1666 (E. 1. c.) ist (von den, in die Nemer zur Abhaltung der fiskalischen Prozeduren halbjährig deputirten, landesherrlichen Commissarien) eine neue (nicht datirte) Brückten-Ordnung publizirt worden, wodurch u. a. bestimmt worden ist, daß alle fiskalische Beamten verpflichtet sind, alle 14 Tage eine schriftliche ausführliche Nachweise der ihnen bekannt gewordenen und mit allen Umständen von ihnen zu erforschenden Vergehen, die Richter jedoch nur gleichmäßige Berichte, in den Amtshäusern abzuliefern, auf deren Grund die Strafen verhängt werden sollen; daß die bei deren Festsetzung sich nicht beruhigenden Delinquenten zum Gericht verwiesen, dort aber im Ueberführungsfall zum doppelten Betrag der früher angelegten Strafe und zum Kosten-Ersatz verurtheilt werden sollen; und daß, bei den hiernach nur dann statthaftern Berufungen an den Landesherrn, wenn der Appellant Bürgschaft für Strafe und Kosten gestellt hat, im Bestätigungsfall des frühern Urtheils, immer auf dessen doppelten Strafensatz erkannt werden wird.

Unterm 18. Mai 1667 (E. 1. c.) ist, behufs des zugemäßigteren, schleunigeren und kostensparenderen Prozeß-Vertriebes in Brückten-Sachen, eine fiskalische

Prozeß=Ordnung für das zu Münster residirende Fiskalat=Gericht; sodann auch eine Brüchten=Appellations=Prozeß=Ordnung, bei eintretenden Berufungen von den Untergerichten an den Landesherrn oder dessen Commissarien, erlassen worden. Conf. Nr. 152 und Nr. 153 d. S.

122. Münster den 22. December 1652. (B. 1. h. Schwelgereien.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster etc.

Unter (wörtlicher) Erneuerung der zuletzt am 23. März 1642 (conf. ad Nr. 86 d. S.) erlassenen Bestimmungen, wegen Einschränkung der Zusammenkünfte und schwelgerischen Gastmale der Unterthanen, wird es diesen zulässig verboten, bei Eheverlobnissen überhaupt, und bei Hochzeiten mehr als 24, 18 und resp. 12 Gäste zu laden.

123. Coesfeld den 27. Januar 1655. (E. 1. h. Zahlungs=Indult.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster etc.

Bei der durch die Kriegszeitern und mancherlei Erpressungen hoch gestiegenen Kapital=Schulden der Unterthanen, wird zu deren Erhaltung, auf den Grund eines den Reichsaktionen entsprechenden Landtags=Beschlusses, bestimmt, daß, bis zu weiterer Verordnng, kein Kapital=Schuldner zur Rückzahlung der Hauptsumme und zur Entrichtung eines mehr als halbjährigen Zinsenrückstandes, neben dem laufenden Zinsen=Betrage, gerichtlich angehalten werden soll.

124. Coesfeld den 1. Februar 1655. (E. 1. h. Getränke=Accise.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster etc.

Einführung der, von den Landständen behufs Deckung der Landes=Bedürfnisse bewilligten „Trank=Accise“ zufolge welcher von allen zum feilen Kauf kommenden

Getränken und vom Taback, folgende Abgaben, bei Consumtionsstrafe der unterschlagenen Gegenstände, entrichtet werden sollen, nämlich:

von einer Tonne Bier	9 fl. 4 pf. müsst
— — — fremden oder ausländischen Bieres	18 — 8 —
von einer Kanne Rhein= oder Franzweins	— 6 —
— — — spanischen oder süßen Weins	1 — —
von einer Kanne Brantwein oder gebrannten Wässern	— 18 —
von einem Pfunde Taback	— 4 —

125. Coesfeld den 20. December 1655. (E. 1. h. Münz=metall=Ausfuhr.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster etc.

Verbot der Ausfuhr des, zur landesherrlichen Münz=abzuliefernden, ungemünzten Goldes und Silbers.

126. Coesfeld den 8. Januar 1656. (B. 1. h. Accise von Getränken und Taback.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster etc.

Zur Beseitigung der Unterschleife und Unordnungen bei Erhebung der, zur Bestreitung der Landes=Bedürfnisse, landständisch bewilligten Getränke= und Taback=Accise wird festgesetzt: daß jeder ohne Ausnahme, welcher Wein und in= oder ausländischen Brantwein und Bier verkaufen will, sich bei der Lokal=Behörde anzeigen müsse, daß die inländischen Brauer und Brenner, so oft sie brauen oder brennen wollen, dieses dem örtlichen Empfänger anzeigen und jedesmal das volle Maas der Kessel verkünden sollen, daß kein Getränk im Großen und Kleinen verzart werden darf, bevor nicht der Lokal=Empfänger dessen Quantität und Qualität beaugenscheiniget und die Accise davon erhoben hat; und daß jeder Taback=Verkäufer, monatlich, in den Städten $\frac{1}{2}$ Mshl., in den Dörfern aber $\frac{1}{4}$ Mshl. entrichten soll. Auf Contraventio-

nen haftet Confiskation des defraudirten Gegenstandes und 20 Rthlr. Geldbuße, wovon dem Denuncianten ein Drittel zugewendet werden soll.

Bemerk. Unterm 7. Februar 1657 ist die landständisch bewilligte, fortseßliche Erhebung der obigen Steuer, nach dem am 1. Februar 1655 (Nr. 124 d. S.) festgesetzten Tarife verordnet und sind weitere Maßregeln zur Verhütung von Defraudationen vorgeschrieben worden.

127. Coesfeld den 13. Juni 1656. (B. 1. h. Lehen-Erneuerung.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ꝛc.

Aufforderung der sämtlichen Lehenleute die, durch den Regierungs-Antritt des neuen Landesherrn ihnen obliegende Erneuerung ihrer Lehen, während des letzten Viertels des laufenden Jahres, persönlich zu Coesfeld zu verwirklichen und die Erfüllung dieser ihrer Lehenpflicht, unter Beachtung der desfalls gesetzlichen Erfordernisse, bei Vermeidung der lehenrechtlichen Nachtheile und Strafen nicht zu unterlassen.

Bemerk. Die obige Citation ist sub dato Schloß Sassenberg den 23. November ej. a., unter Erweiterung der Frist bis ult. Februar 1657 wiederholet worden.

128. Coesfeld den 11. März 1658. (E. 1. h. Landstände-Conventikel.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ꝛc.

Die von den Landständen und Unterthanen des Stiftes Münster, ohne landesherrliche Einladung und Bewilligung geschehenden Zusammenkünfte, sowie die von denselben an auswärtige Landesobrigkeiten gerichtet werdende Gesuche um Beistand, Handhabung, Schutz, Schirm und Rath, werden als eben so viele reichsgesewidrige und dem landesherrlichen Fürstenrechte entgegenstehende Handlungen, bei schweren Strafen, verboten, und sollen dergleichen Conventikel von den Beamten und Magistraten verhindert und gestört, resp. sofort angezeigt werden.

129. Coesfeld den 17. April 1658. (E. 1. h. Ungehorsam der Stadt Münster.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ꝛc.

Nebst Publikation einer am 10. d. M. an die Stadt Münster gerichteten landesherrlichen Aufforderung: von ihren reichsgesewidrigen die landesherrlichen Rechte verletzenden Hülfe-Gesuchen und Verbindungen bei und mit den General-Staaten der vereinigten Niederlande abzulassen; wird, bei der Fortdauer dieses verderblichen Unternehmens, jede Beförderung desselben und jede Theilnahme an demselben den übrigen stiftischen Landständen und Unterthanen, unter Androhung des Verlustes ihrer Privilegien und Rechte, sowie der Güter-Confiskation verboten.

Bemerk. Unterm 24. September ej. a. (E. 1. h.) ist der Magistrat der Stadt Münster landesherrlich vorgeladen worden, um Nachweise zu liefern, daß die anmaßlich von ihm in der Stadt eingeführte Mutter-Steuer-Erhebung, befohlener Maßen wieder abgeschafft worden sey.

Am 3. August 1659 (E. 1. h.) ist ein, die Stadt Münster zur Erfüllung ihrer in mehrfacher Beziehung geweigerten Unterthanspflicht verweisendes Reichs-Hofraths-Urtheil, landesherrlich mit der Verheißung verkündigt worden, daß die fürstbischöfliche Macht nur zu des Stiftes und der Stadt Münster Nutzen angewendet werden soll; jedoch unterm 14. ej. m. (E. 1. h.) eine wiederholte Abmahnung der Letztern von fernerer Widersetzlichkeit, mit Warnung vor der zu verwirklichenden Urtheils-Erektion, landesherrlich publicirt, und diese Abmahnung nebst Verkündigung eines inzwischen, am 10. September ej. a., ergangenen kaiserlichen Erektions-Mandates, erneuert worden, wobei zugleich der Stadt Münster die Wahl zwischen landesväterlicher Vorsorge und Mäßigung, oder der reichsgesewidlichen Zwangs-Anwendung gelassen wird.

Conf. auch Nr. 136 d. S. und Erhard's Geschichte Münsters. Münster 1837. pag. 500 ff.

130. Soesfeld den 4. Mai 1658. (E. 1. h. Scheidez
Münzen.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Die in- und ausländischen nachbezeichneten Scheidez
Münzen sollen ferner im Handel und Wandel, sodann
auch bei den Zahlungen an die landesherrlichen Kassen
bis zur Hälfte des zu entrichtenden Betrages, nur zu dem
nachbezeichneten Werthe angenommen und ausgegeben wer-
den, nämlich:

1 Kopfstück	6 fl.
1 brabantisch Schilling oder Blaumüser	3 — 5 pf.
1 holländischer Schilling	3 — 4 —
1 holländischer Stüber	— 6 —
1 gemein Stüber	— 5 —

Bemerk. Am 12. Juli 1664 (E. 1. h.) sind die Dort-
munder und Lünen'schen halben Blaumüser auf 16 pf.
und die sogenannten brabantischen Weischläge auf 18
pf. gewerthschätet worden.

Unterm 16. April 1673 (D. h.) sind die neuen frem-
den (wahrscheinlich churbrandenburg'schen) 4 und resp.
8 Groschenstücke um 2 und resp. 4 pf. herabgewürdigt
worden, so daß deren 6 und resp. 3 Stück nur zu 27
fl. münsterisch coursiren sollen.

Der Kassen- und Handels-Cours der nachbezeichne-
ten fremden Münzen ist am 17. October 1673 (E. 1. h.)
folgendermaßen bestimmt worden:

1 Achtgroschen- oder $\frac{1}{2}$ Nthlr. Stück = 9 fl.; oder	
3 Stück und 1 fl. münsterisch = 1 Nthlr.	
1 Sechsgroschen- oder $\frac{1}{3}$ Nthlr. Stück = 4 fl.; oder	
7 Stück = 1 Nthlr.	
1 Achtzehnpfennigstück = 15 pf. münsterisch.	
1 Vierzehnpfennigstück = 10 $\frac{1}{2}$ pf. —	
1 neu halb Kopfstück = 2 $\frac{1}{2}$ fl. —	
1 neu ganz. Blaumüser = 3 — —	
1 neu halb. Blaumüser = 18 pf. —	
1 neu 2 Schillingsstück = 21 — —	
1 Mariengroschen = 6 — —	
1 holländischer Stüber = 6 — —	
1 clevischer Stüber = 4 — —	

131. Soesfeld den 19. Juli 1658. (E. 1. h. Duellz
Verbod.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Um der überhandnehmenden Sucht zur Selbsttrache zu
steuern, wird landesherrlich bestimmt: daß bei fernerm
Eintritt eines Duells, einer Raufferei oder Ralgerei, der
Herausforderer sowohl als der zum Zweikampf sich Stel-
sende und deren Sekundanten, ihre etwa besitzenden Wirt-
den und Kempter, sowie die Fähigkeit zu deren künftigen
Besitz, nebst willkürlicher Strafe, auch dann verwirkt ha-
ben sollen, wenn gar keine oder nur leichte Verwundun-
gen stattgefunden haben; daß der in einem Duell oder an
dabei erhaltenen Wunden Sterbende, wenn er dessen Ur-
heber war, ohne Begräbniß an „einem gewissen, auf sel-
„des Scandal qualifizireten Unort stehen bleiben“, sodann
auch die fiskalische Strafe in seinen Gütern erleiden soll;
daß der im Duell überlebende Herausforderer oder Ge-
forderte, als Todtschläger, nach der Carolina, zum Tode
des Schwerdtes verurtheilt, und daß der unter dem Schei-
ne einer Rencontre stattfindende Zweikampf dem Duell
gleichgeachtet werden soll.

Bemerk. Das vorbezeichnete Duellz-Edict ist am 31.
Juli 1665 und am 12. Mai 1672 (E. 1. h.) gleich-
mäßig erneuert worden.

132. Soesfeld den 19. Juli 1658. (E. 1. h. Schwören,
Aberglaube ic.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Daß zu einer verderblichen Gewohnheit erwachsene
Gotteslästern, Flüchen, Schwören und Verwünschen,
„weodurch dann Gott nicht allein höchstens beleidiget,
„eine Allmacht zu gerechtem Eifer und Zorn gereizt und
„allerhand Straffen über Land und Leute erweckt und
„aufgebracht werden ic.“ — wird nicht nur unter Straf-
andrehung verboten, sondern auch verordnet: daß den
negnammen „Wikere, Nachweiser, Teufelsbäumere, oder
„welche das Seggen ammaßlich können, Magi et Arioli“
kein Aufenthalt im Lande gestattet werden, auch kein Un-
terthan sich an ihren strafbaren Handlungen theiligen,

ferner auch kein Jurisdiktionsherr, bei 2000 Gglb. Strafe, die verbotenen Wasserproben bei vermeintlichen Hexen oder Zauberern anwenden dürfe.

133. Coesfeld den 20. Juni 1659. (E. 1. h. Wegebauten.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster etc.

Bei der dringend nothwendigen Reparatur der Landstraßen und Wege und behufs deren Unterhaltung wird landesherrlich verordnet:

1. daß jeder geistliche, weltliche, abliche oder bürgerliche Unterthan, jede Stadt, Flecken oder Dorf, Gemeinheit oder Privatgutsbesitzer zu sofortiger Erfüllung seiner rechtlichen und hertommlichen Wegebaupflicht angehalten werden soll;

2. daß diese Wegeherstellungen mittelst dicker Holzbohlen oder dauerhafter Keiser-Bündel und einer Erde- oder Sand-Decke bewirkt, die Straßen-Dämme höher als das nebenherfließende Gewässer oder das angrenzende sumpfige Terrain gelegt, die angrenzenden Hecken gelichtet und die Straßengräben vertieft und gereinigt werden müssen;

3. daß alle Flüsse und Bäche gehörig gereinigt, in ihrem Lauf erhalten, auch mit Brücken und Durchlässen (diese von ausgehöhlten Bäumen) versehen werden sollen;

4. daß auf den nicht hinlänglich breit anlegbaren Straßen, angemessene Ausweichungs-Plätze für zwei sich begegnende Fuhrwerke gemacht, auch

5. die Fußsteige und Nebenwege mit kleinen Leitern (als Uebersteigungsmittel in den Kämpfen etc.) und die Straßen mit Handweiser auf die Brücken und Stege versehen werden müssen;

6. daß bei Streitigkeiten über Wegebaupflicht, die Partheien mit Vorbehalt künftiger rechtlicher Entscheidung, zur gemeinsamen Erfüllung der Straßen-Reparatur angehalten, diese aber in Ermanglung von Baupflichtigen, der nächstgelegenen Stadt resp. Wigboldt, Flecken, Dorf, Kirchspiel oder Bauerschaft zugewiesen werden soll, und daß

7. bei gänzlicher Grundlosigkeit vorhandener Wege, diese über den next bequemsten Kampf, Acker, Wiesen, Busch oder Gehölz die an den Weg stoßen, mit Ein-

„oder Niederreißung der Heggen, Gräben oder Zäune gesetzt, und jedem wegen des Grundes, von denen, welche zur Verbesserung derselben (der Wege) schuldig sein, gebührende Erstattung geschehen, und also das publicum dem privato dißfalls vorgezogen werden soll.“

Bemerk. Conf. den ganzen Inhalt der obigen Verordnung, in E. N. Schlüter's Provinzial-Recht der Provinz Westphalen (Leipzig 1829) Bd. I. p. 170 ff.

Die obenbezeichneten Vorschriften sind ganz gleichmäßig am 2. Juni 1662, 29. Juni 1669 und 15. Juni 1676 (E. 1. h.), sodann auch von den Bischöfen Ferdinand und Mar Feurich, am 3. Juni 1682 (A. 2. h.) und 2. Juni 1684 (A. 3. h.) wörtlich übereinstimmend, erneuert worden.

134. St. Ludgerburg (zu Coesfeld) den 1. Jan. 1660. (E. 1. h. Zinsfuß.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster etc.

Auf den Antrag der stiftischen Landstände, wird der, während der Kriegzeiten, auf 6 vom Hundert gesteigerte Zinsfuß auf 5 Procent reducirt, und soll, bei Klagen wegen ferner fällig werdenden Kapital- und wiederkäuflichen Zinsen, nur auf deren Entrichtung und Erstattung zu dem gemäßigten Satze von fünf Procent, richterlich erkannt werden dürfen.

135. St. Ludgerburg den 6. Sept. 1660. (C. 1. Getränke etc. Steuern.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster etc.

Die von den Landständen, zur Unterhaltung „der vor der Statt Münster zusammengezogenen Völcker“ auf 8 Monate bewilligte Getränke- und Taback-Steuer, soll, mit Beseitigung aller Exemptionen folgendermaßen, und zwar:

von 1 Kanne Bier oder Roidt	2 pf.
— 1 — ausländisch Bier	4 —
— 1 — Rhein- oder Franz-Wein	12 —
— 1 — spanischen oder and. süßen Wein	2 pf.

von 1 Ranne Brantwein oder gebr. Wasser 3 fl. 6 pf.
— 1 Pfund Taback 8 —

von den Verkäufern u. A. dergestalt erhoben werden, daß das auf 6 Pf. taxirte inländische Bier oder Koit, zu 8 Pfennig verkauft werde, daß die inländischen Brauer, so oft sie brauen, vorher den ganzen Inhalt ihrer Kessel versteuren, und daß die Tabackverkäufer entweder 8 Pf. pr. Pfund, oder, jene in Städten und Wiegholden monatlich $\frac{1}{2}$ Rthlr., in den Dörfern aber $\frac{1}{4}$ Rthlr. entrichten sollen. Diese Steuer soll wo thunlich verpachtet, sonst aber durch besondere Empfänger in den Aemtern und resp. Kirchspielen (gegen 2 und resp. 4 Procent Hebegebühr) erhoben und monatlich durch die Amtsempfänger an die landesherrlichen Commissarien eingezahlt werden.

Bemerk. Durch Verordnung d. d. Münster den 20. Juli 1661 (B. 1. h.), ist die von den Landständen, auf ein ferneres Jahr vom 1. Juni an, bewilligte Forterhebung der obigen Steuer befohlen worden.

Gleichmäßig ist, unterm 28. Februar 1664 (B. 1. h.), die Fortdauer auf ein halbes Jahr vom November 1663 an, der bis dahin bewilligt gewesenen Getränke-Steuer-Erhebung, mit landständischer Zustimmung verordnet worden.

136. St. Ludgersburg (Coesfeld) den 26. März 1661.
(S. d. Ungehorsam u. Verfass. d. Stadt Münster.)

Christoph Bernhard, Bischof von Münster ic.

Nach der von der Stadt Münster durch bevollmächtigte Deputirte und Reversale beurkundeten Neue über ihre seitherige reichsgefeßwidrige und die landeshoheitlichen Rechte verletzende Handlungsweise, und auf ihr dringendes Gesuch um Wiederzuwendung der landesherrlichen Nachsicht und Milde, wird diese denselben im Allgemeinen und mit Vorbehalt der unnachlässigen Bestrafung einzelner bei der jüngsten Empörung theilhaftiger Personen, verheißt; die Stadt in ihre hergebrachten, unfreitigen und das Jus praesidii nicht berührenden Privilegien restituirt und „sonsten auch Uns und Unsern Successoren „gleichfalls hiemit ausdrücklich vorbehalten, daß ein „gutes Regiment, Polizei- und Justizwesen

„mit Zuziehung des Magistrats wieder einzuführen, dagegen die vor einiger Zeit eingeschlichene „Klagen, Mängel und Gebrechen verbessert, und „hiesu, sonderlich auch zu den vornehmsten gemeinen Aemtern, gute katholische ehrliche und uns als dem Landtsfürsten aufrichtig zugethane Leute gebraucht, zumalen „aber alle unruhige, und uns oder unsern Successoren „ungetreue und niedrige Gemüther dazu nicht gezogen, „und allerdings verhütet werden solle, daß man in das „gegenwertige Unheil und vorige Unruhe nicht wieder „gerathe.“

Bemerk. Zur Ausübung der in dem vorangezeigten Resolutions-Rescess vorbehaltenen landesherrlichen Beaufsichtigung und Leitung der städtischen Verwaltung und Rechtspflege, ist nicht nur dem desfalls angeordneten fürstlichen Stadt-Richter sub dato Münster den 18. August 1661 (S. d.) ein ausführliches, alle seine Dienstobliegenheiten umfassendes Reglement, sondern gleichzeitig auch ein „Regulament und Instruktion, wie sich „Bürgermeister und Rath bei künftiger ihrer Bedienung, „worzu sie jezo von ihres hochfürstl. Gnaden gnädigst „verordnet worden, zu verhalten“ ertheilt worden.

Dergleichen Reglements und Instruktionen für den landesherrlichen Stadt-Richter und Bürgermeister und Rath der Stadt Münster sind im Jahre 1670 (ohne nähere Bezeichnung des Datums und ohne Erlaß-Ort und landesherrliche Vollziehung) erlassen worden und (S. d.) vorliegend gewesen; dieselben setzen wiederholt die unerläßliche Beaufsichtigung des Magistrates durch den Stadt-Richter und dessen nothwendige Präsidenz in allen gewöhnlichen und außerordentlichen Rathsversammlungen fest, sie verpflichten den Stadt-Richter zur Aufnahme und Fortführung eines speziellen Registers aller vorhandenen, sowie aller abgehenden und neu aufgenommenen werden Bürger der Stadt Münster, ferner bestimmen sie speziell über die Dienstobliegenheiten der Bürgermeister, der Wein-Herren, der Gerichts-Amts-Herren, der Sterb-Herren, der Hospital- und Kapellen-Herren, der Kinderhaus- und Glendts-Herren, der Kauf-Herren, der Kämmerer, der Grüte-Herren und der Bau- und Weg-Herren, wodurch die magistratischen Aemter bezeichnet werden; und verordnet schließlich, daß alle städtische rechnungspflichtige Beamten ihre Jah-

resrechnung vor dem Jahreschluß dem fürstlichen Stadt-
Richter und Bürgermeister und Rath einreichen müssen,
von welchen sie zwei Tage nach dem Dreikönigen-Feste
den fürstlich heimgelassenen Råthen eingereicht und vor
denselben, in Gegenwart des Bürgermeisters und Ra-
thes, auch Deputirter aus der Gemeinheit, auf dem
fürstl. Hofsaale öffentlich abgelegt und justifizirt wer-
den sollen.

137. Sassenberg den 6. Mai 1661. (E. 1. b. Consumt.-
Steuer.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster u.

Zur Verwirklichung der von den Landständen, behufs
Deckung der Landes-Bedürfnisse, in Antrag gebrachten
Einführung einer Verbrauch-Steuer, soll, mit Beseitigung
aller Exemptionen, von den Verkäufern der nachbenann-
ten Gegenstände die beigefetzte Abgabe entrichtet, von den
Amts- und Kirchspiels-Empfängern der Getränke-Steuer,
gegen 2 und resp. 4 Procent Hebegebühren, erhoben und
vierteljährig zur landesherrlichen Pfenningkammer einge-
zahlt werden.

Auf Defraudation der Abgabe haftet Confiskation der
unterschlagenen Gegenstände, deren Werthdrittel als De-
nunciations-Prämie verheissen wird.

Anschlag was die Verkäufer von unten spezifizirten Ge-
genständen entrichten sollen.

Von 1 Scheffel Weizen oder Erbsen	=	ß.	4	pf.
— 1 — Rüb- oder Mostertsamen	=	—	6	—
— 1 — Roggen, Bohnen, Malz, Gersten oder Hopfen	=	—	3	—
— 1 — Buchweizen	=	—	2½	—
— 1 — Hafer oder Wicken	=	—	2	—
— 1 Saug-Füllen	=	1	6	—
— 1, ein bis 2½ Jahr alten Pferd	=	2	—	—
— 1, 3 und mehr Jahr alten Pferd	=	4	—	—
— 1 Saug-Kalb	=	—	6	—
— 1 mager Kind von 1½ bis 3 Jahr	=	1	6	—
— 1 fetten — — — — —	=	2	—	—
— 1 mager Kind von 3 Jahr und-älter	=	2	—	—
— 1 fetten — — — — —	=	3	—	—

Von 1 magern, friesssch oder dånischen Ochsen		3	ß.	=	pf.
— oder Kuh		4	—	=	—
— 1 fetten, dito		=	—	3	—
— 1 Saug-Ferkel		=	—	6	—
— 1 magern einjährigen Schwein		1	—	=	—
— 1 fetten — — — — —		=	—	9	—
— 1 magern zweijährigen u. ältern Schwein		1	—	3	—
— 1 fetten — — — — —		=	—	3	—
— 1 Ziegen- oder Schaaf-Lamm		=	—	6	—
— 1 Ziege oder Schaaf		=	—	9	—
— 1 fetten Hammel		=	—	6	—
— 1 Kind- oder Pferde-Fell		=	—	1	—
— 1 Kalb- oder Schaaf-Fell und von 1 Pfund Wolle		=	—	4	—
— 1 Immen (Bienenstock)		=	—	1	—
— 1 Pfund Wachs		=	—	2	—
— 1 Kanne Honig		=	—	2	—
— 1 Gans		=	—	1	—
— 1 Ente oder Huhn		=	—	1	—
— 1 Pfund Speck, Schinken oder ausländi- scher Butter		=	—	1	—
— 1 Pfund Käse oder Stockfisch		=	—	6	—
— 1 Tonne Håring oder Labberdahn		1	—	=	—
— 1 Scheffel Salz		=	—	2	—
— 1 Kanne Baum- Rüb- Kein- u. dergl. Dehl		1	—	=	—
— 1 Zahl Schollen		=	—	1	—
— 1 Pfund Unschlitt und Kerzen		=	—	1½	—
— 1 Kanne Theer		=	—	1	—
— 1 Kanne Thran		=	—	1	—
— 1 Pfund Seife, Rabliau, Schellfisch, Stinten und dergl.		=	—	1	—
— 1 Pfund frische Fische		=	—	1	—
— 1 — — — — — gerauchert oder gesal- zen Salm		=	—	2	—
— 1 Fåßchen Pricken		=	—	2	—
— 1 Bundt Bremer Ale		=	—	7	—
— 1 Tonne Aустern		=	—	1	—
— übrigen nicht genannten Fisch- und Fett- waaren, vom Werthe ad 1 Rthlr.		4	—	=	—
— 1 Stück feinen Linnen		3	—	=	—
— 1 — — — — — mittelern Linnen		2	—	=	—
— 1 — — — — — groben Linnen		6	—	=	—
— Damast oder Bildwerk					

Von Drillwert	3	fl. = dt.
— Cammerichs und Klein-Tuch	7	— = —
— 1 Tonne Leinsamen	7	— = —
— 1 Scheffel Hauffsamen	1	— = —
— allerlei geschmiedet und gegossen Eisen, von 1 Nthlr. Werth	1	— = —
— 1 Fuder Schmiedehöhlen	3	— = —
— kupfernen Kesseln und Geschirren, von 1 Nthlr. Werth	1	— = —
— irden Geschirr, Backsteinen, Kalk, von 1 Nthlr. Werth	1	— = —
— Wannen und Körben, von 1 Rt. Werth	1	— = —
— 1 Elle spanisch, englisch und holländisch Wollentuch	1	— = —
— 1 Elle Voi, Melz, u. inländisch Wollentuch	6	— = —
— 1 Stück, weiß oder gefärbt Bombyden	3	— = —
— Seiden-, Wollen- und Ellen Waaren, von 1 Nthlr. Werth	1	— = —
— silbern und goldnen Spitzen u. Gallons, von 1 Nthlr. Werth	3	— = —
— Gewürz, Spezerei, Zucker, Reiß, Zwetschen, Rosinen u. a. Confituren, von 1 Nthlr. Werth	1	— = —
— 1 Fuder Heu	1	— = —
— 1 — Stroh oder Brennholz	6	— = —
— 1 — Reißig und Schanzen	3	— = —
— 1 — Torf	4	— = —
— 1 — Holzkohlen	2	— = —
— allen oben nicht genannten Waaren und Sachen, von 1 Nthlr. Werth	1	— = —

Bemerk. Sub dato Ludgersburg den 1. Juni 1661 (B. 1. h.) ist, zur Sicherung des Ertrags der von demselben Tage an in Hebung tretenden Abgabe, den desfalls angeordneten Thorschreibern, Controleuren und Empfängern eine ausführliche Instruktion über das von ihnen zu beachtende Verfahren ertheilt worden.

Eine dergleichen Verbrauchssteuer ist weiter bewilligt und resp. ausgeschrieben worden: am 24. Januar 1662 und 27. December 1663. (B. 1. h.)

138. Wiltzinghegge den 27. Mai 1661. (E. 1. h. Deserteure.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Auf die Deserteure von den zur Reichs-Armee gegen die Türken abgeforderten stiftlichen, und auch auf jene von den erstift kölnischen Truppen, sollen die landesherrlichen Beamten und Unterthanen strenge Acht haben, und jedes, solcher Entweichung verdächtige Individuum verhaften resp. an die desfallsige Kriegs-Behörde abliefern.

139. Münster den 13. September 1661. (E. 1. h. Schatz-Erhebung.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Um die seitherigen Unordnungen und die durch Execution-Anwendung gesteigerte Kostbarkeit der Erhebung und Vertreibung der auf den Landtagen bewilligten Schatzungen zu beseitigen, wird landesherrlich verordnet:

1. daß die bewilligte und ausgeschriebene Schatzung am ersten Sonn- oder Feiertag jedes Monats örtlich von der Kanzel bekannt gemacht, und daß

2. jeder Steuerpflichtige, bis zum 12. desselben Monats einschließlich, verpflichtet ist, dem Kirchspiels- oder Schatzungs-Erheber seine Quote zu entrichten; daß

3. von den nach dem 12. Monatstage noch vorhandenen Reuittenten, auf Requisition der Erheber, durch die Voigten oder Frohnen, ein verkäufliches gutes Pfand genommen, und daß

4. gegen die mit der Einzahlung an den Ober-Rezepter bis incl. den 10. Monatstag sämigen Kirchspiels-Empfänger, auf des Ersteren Betreiben, die Execution durch zwei nächstgeessene Kirchspielsführer eingelegt, und in Ermanglung prompten Erfolges, auf die aus Amt zur richtende Anzeige, die Pfändung der Kirchspiels-Empfänger den Voigten oder Frohnen amtlich aufgetragen werden soll;

5. daß die Pfänder bei einem vermöglichen Wirthen, gegen dessen Vorschuss der Schatzungs-Rückstände untergebracht, und nach nicht geschעהener Einlösung in der in der Execution-Ordnung bestimmten Frist, geschätzt und öffentlich verkauft werden sollen, und

6. daß für den Betrag der Schatzungs-Rückstände von wüsten Erben, ein Theil ihrer Länderei verpachtet, in Ermanglung der Hinfänglichkeit dieser, aber die davon getrennt wordenen und zu andern Gütern gezogenen Parzellen wieder herbeigebracht werden müssen, damit den Kirchspielen deren Quoten nicht zu Last fallen.

7. Die Exekutions-Gebühren der Voigte in den Kirchspielen wegen Schatzungs-Rückstände sollen 18 Pfennig münstrisch und jene von den Ober-Rezeptoren oder Andern angewendeten Exekutanten $\frac{1}{4}$ Reichsthaler für jeden Tag nicht übersteigen.

8. Alle erhobene Schatzungen müssen an den Amts-Ober-Rezeptor eingesandt werden, auf welchen allein auch die Assignationen der Pfennings-Kammer gerichtet werden sollen.

Zur Festsetzung und Ordnung des Schuldenwesens der Kirchspiele, müssen deren Vorsteher, Rezeptoren und Kirchräthe ein genaues Verzeichniß aller Kirchspielschulden den landesherrlichen Beamten einreichen, welche diese, mit Zuziehung der Gutsherren, prüfen und, nach vorheriger Feststellung der liquiden und illiquiden Schulden, einen Vorschlag zu ihrer Abtragung, binnen dreimonatlicher Frist, an die desfalls angeordneten landesherrlichen Regulirungs-Commissarien richten sollen.

140. Münster den 21. November 1661. (B. 1. b. Bevöl-
ferungslisten.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Die sämtlichen Pfarr-Geistlichen ohne Ausnahme werden angewiesen, dem stiftischen Siegler und General-Bikar, binnen sechswochentlicher Frist, ein ganz genaues, die Zahl, den Namen, das Alter, den bürgerlichen Stand und die Religion aller Bewohner ihrer respectiven Sprengel nachweisendes Verzeichniß, nebst einer Nachweise der im laufenden Jahre Getauften, Kopulirten und Beerdigten einzureichen; sodann wird auch allen Geistlichen ohne Unterschied befohlen, eine ausführliche und genaue Spezifikation aller in ihrem Besiz oder in ihrer Verwaltung und Aussicht stehender Kirchen- u. a. geistlichen Stiftungs-Güter und deren jährlichen Einkünften und Nutzungen, auch ihrer Verwaltungs- und Benutzungsart, in zweimonatlicher Frist, gleichmäßig einzusenden.

141. Münster den 29. April 1662: (B. 1. b. Juden-Ordnung.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Publikation einer, auf den Grund der Reichs-Satzungen und nach dem Beispiele der Nachbarstaaten festgesetzten Juden-Ordnung, wodurch im Wesentlichen bestimmt wird:

1. daß kein fremder, landesherrlich nicht vergleideter Jude im stiftischen Gebiete geduldet werden soll, wenn derselbe nicht, an bezeichneten Grenzorten, einen amtlichen Paß zum Eintritt ins Land besisset und seine Absicht zur Erlangung landesherrlichen Geleites auf längere oder kürzere Frist erklärt hat;

2. daß die vergleideten, inländischen Juden sich still und ehrbar, ohne Aergerniß zu erregen, betragen, fern von Kirchen und Kirchhöfen wohnen, an den hohen christlichen Feiertagen ihre Wohnungen und Läden geschlossen, mit Christen in demselben Hause nicht wohnen, auch keine christliche Dienstbothen halten sollen; daß sie auf Waffen, Acker- und Kirchen-Geräthe oder auf des Diebstahls verdächtige Sachen kein Geld leihen, noch auch Darleihen an Minderjährige ohne Vorwissen der Eltern und Vormünder machen, und ihre eigenen Forderungen an Christen, diesen nur gerichtlich übertragen dürfen; daß sie kein ungemünztes Gold und Silber ohne vorheriges Anbieten bei der landesherrlichen Münze außer Landes führen, und die bei ihnen uneinge- löseten Pfänder nur gerichtlich veräußern dürfen.

3. daß die vergleideten Juden ohne landesherrliche Erlaubniß keine Immobilien besitzen, und bei Geldvorschußen an Christen bis zu den Beträgen von 20 und resp. von 50 Rthlr. mehr nicht als 10 und resp. 8 Procent, bei höhern Summen aber nicht mehr als landesübliche Zinsen, ohne weitem offenen oder versteckten Wucher, nehmen, auch bei Geldanleihen von Christen, diesen nur die landesüblichen Zinsen geben dürfen; und endlich

4. daß die vergleideten Juden wegen straffälliger Vergehen und sonstiger Klagesachen nur vor den landesherrlichen Commissarien zu Recht gefordert und besprochen werden, und desfalls sowohl als rücksichtlich ihrer Beiträge zu Auflagen oder Lasten nur der landesherrlichen Disposition unterworfen sein sollen.

Bemerk. Zufolge eines, in Original vorliegend gewesenen, am 1. April 1670 (N. a.) an den landesherrlichen

den Judenschafts-Commissar erstatteten Berichtes des Vorgängers der münsterschen Judenschaft, ist derselben am 1. October 1651 das erste Geleits-Patent, gegen eine Berehrung von 12 Pfund Silbers, verliehen und von derselben bis 1653 ein jährlicher Tribut von 20 Goldgl. entrichtet worden. Im Jahr 1654 ist das Geleit, gegen Erlegung von 600 Rthlr. und jährlichen Tribut von 88 Gldg. erneuert, Letzterer aber im Jahr 1657 auf 78 Gldg. und im Jahr 1664 (bis incl. 1669) auf 75 Gldg. ermäßigt worden.

142. Münster den 10. Mai 1662. (B. 1. b. Fruchtsperre.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Bei der Theurung und bei dem, durch fortdauernde Ausführung der Früchte, zu besorgenden Mangel derselben in den stiftischen Gebieten, wird es allen Unterthanen ohne Ausnahme, unter Androhung der Confiskation der Früchte und ihrer Transportmittel, verboten, ohne besonders erlangte landesherrliche Erlaubniß, Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Buchweizen außer Landes zu führen.

Bemerk. Dergleichen Ausfuhr-Verbote sind weiter ergangen, am 14. Juni 1673 und 18. Februar 1683.

143. Münster den 16. October 1662. (C. b. Feuer-Polizei.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Zur Verminderung der, häufigen Brandschaden erzeugenden Feuergefährlichkeiten wird verordnet: daß die Bearbeitung des Flachses bei Licht, und dessen Lagerung in den Wohnungen, in der Nähe von Feuerstätten, desgleichen auch dessen Trocknung in geheizten Darren und Stuben, bei Confiskationsstrafe, sobald auch der Gebrauch offenen Lichtes beim Fruchtdreschen, in Stallungen und auf Strohs- oder Holzböden, sowie das Tabakrauchen daselbst und in Werkstätten bei willkürlicher Strafe verboten sein soll.

144. Münster, publizirt auf der Rathsesstube im März 1663.
(T. d. Canzlei-Ordnung.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Behufs Sicherung einer schleunigen und kostensparenden Rechtspflege wird der bei der fürstlichen Canzlei bis dahin beachtete modus procedendi in einer ferner genau zu befolgenden Canzlei-Ordnung zusammengefaßt, und dadurch in 25 §§. ausführlich, die Reihenfolge und die Form der Verhandlungen in den täglich zu bewirkenden Raths-Sitzungen vorgegeschrieben.

145. Münster den 28. März 1663. (C. b. Häuser-Schätzung.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Die auf dem jüngst geschlossenen Landtage behufs Bestreitung der dringenden Landes-Bedürfnisse bewilligte Hausstätte-Schätzung, soll — bei der durch unrichtige Anwendung des frühern Anschlages, sowie durch Mißverstand und Unterschleif unergiebig gebliebenen frühern Umlage-Art, fernerhin dergestalt verwirklicht werden, daß „alle und jede Häuser, welche bewohnt werden, und allwo Rauch ausgehet, sie werden auch genannt wie sie wollen, nach ihrer Lengde in Anschlag zu bringen sind, und zwar solcher Gestalt, daß von einem jeden Fach allsolcher Hauses, Sechs Schilling Münsterisch, und von allem und jedem Sechsten Fuß deren ohne Heywerk und mit Steinern auffgebauter Häuser, ebenmessig Sechs Schilling Münsterisch, umwegen der Höchte und Breite allsolcher Häuser, gegeben werden sollen.“

Gleichzeitig mit der sofortigen Verkündigung dieses Beitrags-Grundsatzes sollen die Beamten angemessene Lokal-Termine festsetzen, in welchen aus jedem Wohnungsraume eine dessen kundige Person die richtige Anzeige der Länge, resp. der Fächer jedes Hauses, zur Bildung der Spezial-Heberegister, zu machen verpflichtet ist, und wonach die Hausstätten-Schätzung erhoben und bis zum 20. April e. a. an die landesherrliche Pfennigskammer eingezahlt werden soll.

Bemerk. Unterm 18. Juni 1665 (B. 1. b.) ist eine, weiterhin landständisch bewilligte Hausstätte-Schätzung ausgeschrieben resp. deren Erhebung, nach den folgenden, den früher (ad Nr. 120 d. S.) angezeigten Anschlägen analogen, Sätzen befohlen worden:

Ein Thumherr so Curiam hat	2	Rt. 18	ß. 8	pf.
Abbatissa eines freiweltlichen Stiffts	2	— 18	— 8	—
Ablliche Canonissa so ein Haus hat	1	— 9	— 4	—
Jeder Canonicus Colleg. Eccl. d. Pauli et St. Mauriti	2	—	—	—
Ander Canonici jeder	1	—	—	—
Jeder Pastor	1	— 9	— 4	—
Jeder Vicarius	—	— 18	— 4	—
Jedes Closter und Compturei	4	—	—	—
Jedes adelich n. unter diesem Anschlag gehöriges Haus	2	— 18	— 8	—
Jedes Haus woraus zwei Pflüge zum Acker geführt werden	3	—	—	—
Jedes Haus woraus ein Pflug gehet, warunter Dreilinge und halbe Erbe, auch Rötter und Andere in Stadt, Wigbolden, Flecken und Dörffern, welche ein Pflug haben, mitbegriffen	2	—	—	—
In den Städten, Wigbolden, Flecken und Dörffern, von einem Haus so ganzen Dienst thut	1	— 14	—	—
Ein halbes Haus in Städten, Wigbolden, Flecken und Dörffern	—	— 21	—	—
Ein Rötter und andere welche keine ganze Pflug halten	1	— 7	—	—
Ein Rötter	—	— 21	—	—
Ein Brindsticker	—	— 14	—	—
Ein jeder Einwohner in einem Gadumb, Bachhaus, Spicker, aufft Sammern oder sonstn	—	— 7	—	—

Conf. auch die Berordn. v. 25. Febr. 1665, Nr. 149 d. S.

146. Münster den 20. Juli 1663. (E. 1. b. Bettelst.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster etc.
Zur Steinerung der, bis zur Ueberlast gesteigerten Bettelst durch fremde Leprosen und Zigeuner, sowie durch

in- und ausländische arbeitsfähige Müßiggänger, wird deren Duldung in den stiftischen Amtsbezirken verboten; und sollen alle, durch gültige Scheine als Lürfengefangene und wirklich Verunglückte sich ausweisende Ausländer, im Betretungsfalle auf dem kürzesten Wege an die landesherrliche Hofkanzlei instradirt werden, um nach Befinden mit Bettelspatenten auf gewisse Frist versehen, oder bei obwaltendem Betrug in das Spinn- und Zucht-Haus gebracht zu werden. Die Verpflegung der inländischen, in den vorhandenen Hospitälern und Armenhäusern nicht unterzubringenden, arbeitsunfähigen Armen, soll durch die ihnen zu gestattende Einsammlung milder Gaben in den Kirchspielen besorgt, starke und junge Bettler aber, unter Androhung der Spinnhaus-Strafe, angewiesen werden, bei einem bezeichneten Manufakturisten zu Münster, sich zur Uebernahme von Spinnerei-Arbeit anzumelden.

147. Münster den 7. März 1664. (E. 1. b. Metall-Ausfuhr.)

Fürstlich münster'sche Geheim- u. Hof-Räthe.

In landesherrlichem Auftrage, wird die Ausfuhr von Kupfer, Zinn, Blei und Glockenspei-Metallen bei Confixationsstrafe verboten, auch die Einfuhr dieser Metalle nur nach Erlangung landesherrlicher Spezial-Bewilligung erlaubt, und werden die Verkäufer solcher Gegenstände, an einen bezeichneten Kupferschlägermeister zu Münster verwiesen.

148. Münster den 28. Juli 1664. (C. b. Pest-Seuche.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster etc.

Zur Verhütung einer Einschleppung der in den Nachbarlanden, besonders aber zu Amsterdam, herrschenden Pest-Seuche, werden sämtliche Beamten angewiesen, auf allen Wegen, Pässen und Straßen fleißige Wache zu halten, damit keine mit und ohne Güter aus jenen inficirten Gegenden kommende Reisende ins stiftische Gebiet gelassen werden, wenn sie nicht ein amtliches Zeugniß produciren, daß sie sich während 14 Tagen an gesunden Orten aufgehalten haben.

149. St. Ludgersburg den 25. Februar 1665. (C. h. Häuser-Schätzung.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Behufs Erlangung einer genauen Nachweisung aller im stiftischen Gebiete gelegenen Häuser und Wohnungen, wo Rauch ausgehet, ohne Ausnahme, sollen die Beamten alle Bewohner eines jeden Kirchspiels, an einem festzusetzenden Tag, zum Erscheinen in Person oder mittelst Stellvertreters vor dem Gerichte ihres Wohnortes, anweisen, um daselbst „die Qualität seines Hauses oder Wohnung, ob es nemlich ein bürgerliches oder ander, in Stadt, Wigbolt, Flecken oder Dorf, auf'm Kirchhof, geist- oder weltlichen Grunde gelegenes, von Schatzungen oder andern Auflagen befreietes oder unbefreietes Haus, zweiflügiges, ganzes oder halbes Erb, Pferde- oder andere gemeine Köttereie, Brinckstgereie, Bachhaus oder sonst eine Wohnung auf einer Kammer, oder andere Gestalt, wie solches erdacht werden könne, sey“, zum gerichtlichen Protokoll anzugeben. Von den aus diesen Angaben zu bildenden genauen Verzeichnissen, müssen zwei Ausfertigungen, eine an den Landesherren und eine an die Pfennings-Kammer, binnen kurzer Frist, eingesandt, und sollen gegen die in dieser und obiger Beziehung säumigen Unterthanen und Behörden schwere Geldstrafen verhängt werden.

Bemerk. Conf. die Hausstätten-Schätzung de 18. Juni 1665 ad Nr. 145 b. C., behufs deren Ausschreibung das vorbezeichnete Verzeichniß erfordert worden ist.

150. Münster den 16. März 1665. (E. 1. b. Fremden-Polizei zu Münster.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Um in der Stadt und Festung Münster das Einschleichen und den Aufenthalt fremder, gefährlicher Umtriebe und Händel verdächtiger Personen zu verhüten, wird landesherrlich verordnet, daß alle einziehende Fremde von der Thorwache zur Hauptwache, und von dort, nach gehöriger Erkundigung und Aufzeichnung ihrer Absichten, in ihr Gast- oder anderes Privat-Haus geführt werden sollen; daß alle Wirthe und Privatleute jeden Abend nach

dem Thorschlusse die geschehene Aufnahme und stattfindende dauernde Beherbergung von Fremden, der Hauptwache schriftlich anzeigen müssen; daß von Letzterer jeden Abend eine Fremdenliste, mit den Thorschlüsseln dem Landesherren oder dem Festungskommandanten übergeben, auch die Visitation der Wirthshäuser bewirkt werden soll; daß nach dem Zapfenstreich in den Gast- und Wirthshäusern weder Bier noch Wein geschenkt werden soll, auch kein Fremder sich ohne Begleitung eines Einwohners auf der Straße darf finden lassen; daß keine Niederlassung eines Fremden in der Stadt auf ein halbes oder ganzes Jahr, ohne Erlaubniß des Stadtrichters geschehen darf; und daß die gegen diese Vorschriften handelnden Wirthe, und andere aus Freundschaft oder Bekanntschaft Fremde beherbergende Privatleute, mit 100 Goldg., „auch wohl bei verspürender Gefährlichkeit, mit Leib- und Lebensstraff und Confiskation der Güter“ belegt werden sollen.

151. Ahaus den 15. Juli 1666. (E. 1. b. Pest-Seuche.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Um die weitere Verbreitung der in dem stiftischen Gebiete ausgebrochenen Pest-Seuche möglich zu hindern, werden ausführliche, im Wesentlichen folgende, Vorschriften ertheilt:

1. In den Städten soll täglich, auf dem Lande wöchentlich zweimal Gottesdienst gehalten, dabei für die Verstorbene und um Abwendung weitem Uebels geflehet werden. Die Seelsorge bei den Erkrankten soll wo möglich durch einen besondern Geistlichen geschehen, wo dieser fehlt darf der bei den Inficirten fungirende Seelsorger nur nach vorheriger Wechselung der Kleider wieder mit Gesunden in Berührung kommen.
2. Jeder Erkrankungsfall muß sofort angezeigt und von dem örtlich anzuordnenden Chirurg oder Krankenmeister untersucht, resp. dieses von denselben in einem besondern Ueberwurfskleide von Leinen bewirkt werden.
3. Die Pestinficirten müssen sofort aus ihren Wohnungen, in weit abgesonderte vorhandene oder zu bauende Häuser oder Baracken durch eigends zu bestellende Träger gebracht, und dort von besondern Wärterinnen gepflegt werden; auch sollen

4. die Leichen der Gestorbenen von besondern Leichenbestattern, auf einem eigends dazu anzuschaffenden Karren, an entfernten, außerhalb der Städte und bewohnten Ortschaften auszumittelnden Orten bei Kapellen und dergl. beerdigt und dabei nur die Begleitung des Geistlichen gestattet werden.

5. Die Häuser, in welchen sich ein Pest-Krankheits- oder Todesfall ereignet, müssen nebst ihren Einwohnern wenigstens vier Wochen lang abgesperrt, oder Letztere in besonders einzurichtenden Reinigungs-Lokalen auf vier Wochen untergebracht, in beiden Fällen aber von anzustellenden Wärtern mit ihren Lebensnothwendigkeiten, ohne individuelle Berührung, versehen werden. Wenn in demselben Hause aber ein zweiter Pestfall eintritt, so müssen die Bewohner sofort in die vorhandene Quarantaine-Anstalt während 6 Wochen gebracht, auch die Häuser bis zu ihrer, durch besondere Leute zu bewirkenden Reinigung abgeschlossen werden. Jedem in einem inficirten Hause gewesene, oder mit Pestkranken in Berührung gekommene Individuum soll durch Tragung eines weißen Steckens, oder eines rothen Kreuzes auf der Brust ausgezeichnet, auch die noch nicht gereinigten Häuser mit einem Strohfraz oder weißen Kreuz auf der Thüre versehen werden.

6. Jedem Gesunden ist alle Gemeinschaft mit den Inficirten, ihren Wärtern und den in Aufsicht gestellten Personen, sowie die Betretung der inficirten Häuser, bei schweren Geldstrafen zum Besten der Pestkranken, verboten; derjenige aber, welcher diebischer Weise oder auch aus sonstigem Rechtsgrunde irgend etwas aus den inficirten Häusern wegringt oder dergleichen annimmt, soll nicht nur dessen, so ihm durch Erbrechen anheim gefallen sein möchte, verlustig sein, sondern auch noch mit Confiskation der Hälfte seiner andern Güter und sonst körperlich bestraft werden.

7. Katzen und Hunde sollen getödtet oder Letztere festgelegt, auch die Schweine aus den Städten und ländlichen Wohnungen, abgesondert ins Freie geschafft werden.

8. Der Besuch in- und ausländischer Orte, welche inficirt oder dessen verdächtig sind, darf nicht gestattet und soll desfalls strenge Aufsicht geführt, auch mit denjenigen benachbarten inländischen Ortschaften, wo 10 und mehr Häuser inficirt sind, aller Handelsverföhr unterlassen werden. Die Lokalbeamten sollen die in ihrer Nähe

als inficirt bekannten Orte öffentlich bekannt machen und an den Stadthoren deren Verzeichniß anheften lassen.

8. Das verfaßte Reglement für Nerzte und Krankwärter über die Behandlungsart der Pest-Kranken, sowie die Verhaltens-Regeln und Präservative für Gesunde, soll durch den Druck veröffentlicht werden.

9. Die obigen Vorsichts- u. a. Maßregeln sollen, in der noch pestfreien Stadt Münster, sowie in den andern noch gesunden Orten von den Militair- und Civil-Behörden streng gehandhabt, und von Letztern besonders dafür gesorgt werden, daß, den Bedürftigen jedes Ortes aus öffentlichen Mitteln, den Wohlhabenden für ihr Geld, hinlänglicher Lebensbedarf an Brod, Bier, Fleisch u. a. Nothwendigkeiten beschafft werde. Die zu solchem Ende nothwendigen Geldmittel sollen in jedem Amt durch Schatzungsbeischlag gemeinschaftlich aufgebracht, bis dahin aber aus den landesherrlichen Kammergefällen vorgeschossen werden.

Bemerk. Unterm 10. October 1666 (E. 1. b.) ist, bei der in der Stadt Münster nicht pünktlich genug befolgten Pest-Ordnung, deren Beachtung wiederholt befohlen, und sind zugleich weitere Vorschriften, nebst schärfern Strafbestimmungen ertheilt worden, aus welchen der zu Münster stattgefundene Ausbruch der Krankheit erhellt. Durch den daselbst residirenden landesherrlichen Leibarzt sind unterm 26. October 1666 (E. 1. b.) Präservativ-Vorschriften und Heilungs- und Verhaltensregeln durch den Druck bekannt gemacht und darin über die Krankheitsform Folgendes angemerkt worden:

„Wenn aber am Hals, hinter den Ohren, unter den Armen, oben an den Beinen oder sonsten am Leibe, Drüsen oder Venen uffschießen, oder graue, rothe, braune oder schwarze, brennende Hitzblattern da und dort am Leibe hervorkommen und sich sehen lassen (welche zwar die allergewisse Kennzeichen seindt), so hat der Mensch alßdenn eine geraume Zeit bevor die Pestilenz in seinem Busen gebrütet und ist der Gift bei ihm schon zimlich tieff eingewurzelt.“

Durch Verordnung d. d. Münster den 23. Septem-ber 1676 (E. 1. b.) sind, wegen der „leider hin und wieder eingefallenen besleibliche Krankheiten, alle öffentliche Hochzeiten, Kindtauffen, Blasebier, Bruder-

„schafften und alle andere dergleichen weitläufige Weisungen sammentünfte“ bis auf weitere Erlaubniß bei schwerer Geld = u. a. Strafe verboten worden.

152. Münster den 18. Mai 1667. (E. 1. e. u. T. d. Fiskalats-Prozeß-Ordnung.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster &c.

Publikation einer fiskalischen Prozeß-Ordnung, wodurch das von dem landesherrlichen Fiskalats-Gerichte, und von dem Advokaten fisci, behufs Bestrafung der von Letztern in den stiftischen Gebieten erkundeten oder sonst zur Anzeige gelangten Excesen, zu beachtende Prozeß-verfahren ausführlich bestimmt, und vorgeschrieben wird: daß die in den wöchentlich zweimal zu bewirkenden Fiskalats-Gerichtssitzungen zu fallenden Erkenntnisse (— von welchen nur eine Berufung an den Landesherrn ohne neue Verhandlung der Sache, und wonach nur eine hierauf zu gestattende Revision zulässig ist —) vierteljährig, an die landesherrliche Kanzlei zur Festsetzung der Brüchten eingesandt und hiernach der fürstlichen Hofkammer zur Einziehung der Geldstrafen überwiesen werden sollen.

Bemerk. Unterm 17. Mai ej. a. (T. d.) ist dem landesherrlichen Advokaten fisci ein, seine Dienstobliegenheiten und Verpflichtungen in 18 §§. ausführlich festsetzendes Reglement erteilt worden.

153. Münster den 18. Mai 1667. (E. 1. e. u. T. d. Brüchten-Appellations-Prozeß.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster &c.

Festsetzung einer Brüchten-Appellations-Ordnung, wodurch das prozessualische Verfahren in denjenigen Fällen vorgeschrieben wird, wenn von den Brüchten-Erkenntnissen der Untergerichte an das landesherrliche Fiskalats-Gericht die Berufung eingemittelt wird, sodann auch bestimmt wird, daß bei eintretender Desertion oder Verwerfung der Appellation die unterliegende Parthei als Strafe des frevelhaften Prozeßes den Betrag des ursprünglichen Brüchtersatzes erlegen soll, welcher, nebst den Kosten der

Appellations-Instanz, mit der frühern Geldbuße &c. von den Rentmeistern einzuziehen, jedoch an die fürstliche Hofkammer direkt abzuliefern ist.

154. Sassenberg den 12. Januar 1669. (M. 1. d. Prozeß-Vergleiche.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster &c.

Zur bessern Handhabung des — in Folge des Reichs-Abschiedes vom Jahr 1654 — bereits früher erlassenen Befehles: daß die rechtstreitenden Partheien vor Zulassung zum Prozesse zu güthlichen Vergleiche vermocht werden sollen, wird landesherrlich weiter verordnet:

1. daß es jedem, bei 10 bis 20 Gldl. Strafe, verboten ist, bei den stiftischen geistlichen und weltlichen Ober- und Untergerichten einen Prozeß zu beginnen, „wann nicht zuvorderist, dieser unser gnädigsten Verord- nung und Deklaration gemäß, die Güthlichkeit versucht worden“;

2. daß zu diesem Ende, von den fürstlichen Lokal-Beamten und Richtern, mit alleiniger Zulassung des Gerichtschreibers, ein in der ersten Woche jedes Monats abzuhaltender „güthlicher Vergleichs-Tag“ zeitig vorherbestimmt werden soll, zu welchem

3. die Recht suchende Parthei sich anmelden und ihren Gegner, durch die Vermittlung der Behörde, mündlich (unter Strafandrohung von 1 bis 2 Gldl.) vorladen lassen soll;

4. daß an diesen Vergleichs-Tagen die persönlich erscheinenden Partheien, mit Beseitigung alles schriftlichen Verfahrens, nur „durch güthliches Zwischensprechen, der „Billigkeit und erwogenen Umständen nach, in der Güte „von einander zu sehen versucht werden, und zu dessen „Beförderung, die Partheien mit ihrem Beweis und Gegenbeweis, so viel möglich gefast, dorthin kommen „sollen“;

5. daß, beim Mißlingen des ersten Sühne-Versuches, die Partheien in demselben Termine, und zwar mündlich, auf den nächsten Vergleichs-Tag wieder geladen werden müssen, und daß dieselben erst, nach dem alsdann noch

maß fruchtlosen Vergleichsversuche, an ihr ordentliches Gericht verwiesen werden dürfen; und daß

6. über die an den Vergleichs-Tagen getroffenen, kurz und deutlich zu protokollierenden Vereinbarungen der Partheien, denselben amtliche Protokoll-Auszüge (gegen billige Gebühr des Richters und Gerichtsschreibers) ausgefertigt werden sollen, welche von den landesherrlichen Richtern ohne Ausnahme, ordnungsmäßig und förmlich requirirt werden müssen.

Ueber die solchergestalt verglichenen und resp. über die an die Gerichte verwiesenen Rechtsstreitigkeiten, sollen halbjährige Nachweisen und resp. Prozeß-Listen eingereicht, und darf kein darin bemerkter Rechtsstreit, bei Vermeidung desfalliger Untersuchung und Strafe, über Jahresfrist hingezogen werden.

Die gegenwärtige Verordnung soll in Jedem Amte gehörig publizirt und von den betreffenden Behörden pünktlich gehandhabt werden.

155. Münster den 13. Juni 1669. (E. 1. h. Vieh-Schätzung.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Zur Verwirklichung der auf jüngst gehaltenem Landtage als Beitrag zu den Landesbedürfnissen beschlossenen Vieh-Schätzungs-Erhebung pro 1669, von allem inländischen und zur Weide eingetriebenen ausländischen Vieh, wovon nur jenes der Geistlichkeit zugehörnde und in ihren Ställen gefütterte Vieh, sodann auch die zum Unterhalte geringer Leute nentbehrlichen einzigen Kühe frei zu lassen sind, soll der nachstehende Anschlag, jedoch mit dem Unterschiebe angewendet werden, daß von dem auf dem Sandboden weidenden Hornvieh, drei Stück gleich hoch, wie zwei auf Kleiboden weidende Stücke veranschlagt werden.

Die über den Viehstand gefertigten Spezial-Register müssen von den Lokal-Behörden durch örtliche Erforschung ergänzt und berichtet, und soll jede Verheimlichung oder ander Unterschleif mit Confiskation des defraudirten Objekts und resp. mit Geld- u. a. Strafen unnachsichtlich belegt werden.

Anschlag der Vieh-Schätzung.

Von jedem Pferde von 2 Jahr und darüber	1 Rthlr.
— — — — 1 Jahr — —	14 fl. = pf.
— — Füllen	7 — = —
— — Zugochsen und jeder Milch-Kuh	14 — = —
— — Stück Rindvieh, als Büste Kühe, Ochsen, Sterken von 2 Jahren und darüber	7 — = —
— — einjährigen Kalbe	3 — 6 —
— — jungen Kalbe	1 — 9 —
— jeder Ziege	3 — 6 —
— jedem Schweine von 1½ Jahren und darüber	3 — 6 —
— jedem Schweine von ½ Jahr bis zu 1½ Jahren	1 — 9 —
— jedem Schaff	1 — = —
— — Summe (Bienenstock)	1 — = —

Bemerk. Unterm 24. October 1670 (E. 1. h.) ist, behufs Rückzahlung mehrerer gekündigten Landes-Schuldforderungen, (ohne Erwähnung landständischer Einwilligung) eine der obigen ganz gleiche Vieh-Schätzungs-Erhebung, landesherrlich befohlen worden. Eine gleichmäßig normirte Vieh-Schätzung ist, in Folge Landtags-Beschlusses, und behufs der Landesvertheidigung gegen Krieges-Einfälle, am 10. October 1674 (E. 1. h.) ausgeschrieben, dieses auch unterm 9. September 1680 (A. 2. h.), zur Deckung der Landesbedürfnisse, gleichmäßig wiederholt, und endlich am 8. Juli 1690 (A. 4. h.) mit landständischer Zustimmung befohlen worden: daß, zu gleichem Behuf, eine, bis zum Belauf des Ertrages von drei einfachen Kerpelschätzungen örtlich zu steigernde; Vieh-Schätzung, in vier monatlichen Terminen, erhoben werden soll.

156. St. Ludgersburg den 2. Juli 1669. (E. 1. h. Holzaußfuhr.)

Christoph Bernhard, Bischof von Münster ic.

Bei der während der Kriegs- und spätern Friedenszeit so sehr stattgefundenen Devastation der Wälder, Büsche und Brüche, daß, bei einem stattfindenden Brandunglück ein Mangel an Bauholz zu besorgen ist, wird

dessen fernere Ausführung außer Landes bei Confiskations-Strafe verboten, von diesem Verbot jedoch das zum Schiffsbau geeignete Krummholz ausgeschlossen.

157. Sassenberg den 18. April 1670. (B. 1. d. Wüste Hausplätze.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster etc.

Behuß der Herstellung und Wiederbesetzung der in den stiftischen Städten, Wigbolden und Dörfern vielfach vorhandenen wüsten, zerfallenen und unbewohnten Häuser und Hausstätten, deren gegenwärtiger Zustand, theils durch Nichtbeendigung der ihretwegen schwebenden Disfussionsprozesse, oder der geschehenen Immission der Gläubiger, theils durch Geldmangel der Eigenthümer zum Wiederaufbau oder zur Reparatur, und endlich durch fortdauerndes Verlassensein Seitens der Eigenthümer veranlaßt wird; — wird landesherrlich verordnet:

1. daß innerhalb drei Monaten alle wüste Plätze und unbewohnte baufällige Häuser von den Beamten mit Zuziehung der Orts-Richter, und unter Beiladung der dabei interessirten Eigenthümer und Creditoren, sowie deren Kinder und nächste Anverwandten, abgeschätzt werden sollen; dergestalt daß

2. bei dem ersten, Eingangs gemelten Casu, da die „Plätze und Häuser in discussion gezogen, oder sonst in dieselbe einige Creditores immittirt worden, allemal denen Kindern und nächsten Anverwandten deren Debitoren, in Erlegung des aestimati, oder dessen was die Creditores und andere über das aestimatum dafür bieten, der Vorzug gegeben, und denselben darzu eine Zeit von 6 Monaten praesigirt werden solle; und Falls dieselbe solche Zeit verstreichen lassen und inmittelst das pretium nicht erlegen würden, soll denen Creditoribus und einem jeden der Lust hat uff denen wüsten Plätzen zu bauen und die baufällige unbewohnte Häuser zu repariren und das mehiste dafür bieten wird, das pretium beim Gerichte zu deponiren, und dagegen die Plätze und resp. Häuser, ohne weiterer Anspruch zu sich zu nehmen und eigenthumblich zu behalten, frei stehen; Gestalt denselben darüber ein gerichtlicher Abjudicationsbrief zu mehrerer Versicherung, gefertigt und ausgeliefert, und

„das Depositum in usu Creditorum et potius jus habentium hingesezt und verwendet werden solle. So viel nun ferner

3. „den vorbesagten zweiten Casum betrifft, da zwar keine discussiones oder immissiones vorhanden, sondern die Proprietarii keine Mittel haben die wüste Plätze hinwieder zu bezimmeren, oder ohnbewohnte baufällige Häuser zu reparirn und in esse zu bringen; denenselben soll zwar wider ihren Willen das Jhrige gestreckt an Andere nicht verkauft noch weggenommen werden; allbiweilen gleichwohl dem Publico oder gemeinen Wesen daran merklich gelegen, und auch die Eigener oder Proprietarii von solchen wüsten Plätzen und ohnbewohnten alten Häusern keinen Nutzen oder Vortheil haben: Als befehlen wir hiermit gnedigt, daß in unserm Rathmen denenselben bedeutet und ernstlich eingebunden werden solle, nach Publikation dieses, innerhalb drei Jahren, uff denen wüsten Plätzen wieder zu bauen und die unbewohnte alte Häuser zu repariren und in esse zu bringen; Gestalt nach Umblauf solcher Zeit, und wann entzwischen die Wiedererbauung und Reparatur nicht werckstellig gemacht, sothane Plätze und Häuser gleichgestalt und vorgesehter massen aestimirt, dem plus offerenti et deponenti realiter adjudicirt und eingethan, und das deponirte Pretium denen vorigen Proprietariis oder Eigenern aufgefollget werden werden solle. Endlich soll es

4. „mit denen Plätzen und Häusern, welche, wie bei dem dritten Casu erwehnet, gleichsam pro derelictis liegen bleiben, ebener massen gehalten, dieselbe; wie bei dem ersten Casu vermeldet, aestimiret, denen nächsten Verwandten deren denen dieselbe zugehörig, warnach man sich mit allem Fleisz zu erkundigen, oder sonsten nach Umblauf der dabei verordneten Zeit, einem Jeden plus offerenti, so zu Erbauung oder Reparation Lust hat, gegen Erlagung sothanen Pretii, adjudicirt und eingethan, und das deponirte Pretium, in Behuff dessen so daran rechtmessig zu präntiren, verwahrlich gehalten werden.“

„Damit nun sowohl die Frembde als Inländische desto mehrere Ursache haben mögen, sothane wüste Plätze vorbedeuter Massen an sich zu bringen, so befehlen wir hiemit gnedigt, daß alle diejenige, welche die Plätze

„so vier Jahr lang wüste gelegen, anleben und bezim-
 „meren werden, uff fünf Jahr von allen Schatzungen,
 „Einquartierungen und anderen bürgerlichen Lasten und
 „Ufflagen zumalen befreiet sein und von unseren Beam-
 „ten dabei, Krafft dieses, geschützet und gehandhabt wer-
 „den sollen.“

158. Münster den 6. Februar 1671. (E. 1. b. Militair-
 Gold ic.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Festsetzung eines ausführlichen Sold-, Service-, Quar-
 tier- und Verpflegungs-Reglements für die im stiftischen
 Gebiete einquartierte landesherrliche Miliz zu Ross und
 zu Fuß, wodurch die Berechtigung einer jeden Militair-
 Person, auf die genau bezeichneten Geld- und Natural-
 Bezüge nach Maassgabe ihres Grades bestimmt, und es
 dem Quartierträger freigestellt wird, neben der Lokalität,
 die ihm obliegende Leistung in Natura oder in Geld zu
 entrichten.

Bemerk. Dergleichen, auch mit zusätzlichen Bestimmun-
 gen über Vorrath-Berechtigung und Stellungspflicht
 verfehene Reglements, sind unter folgenden Datums
 weiterhin erlassen worden, nämlich: am 18. Juni 1671,
 1. Juni 1672, 1. Januar 1674, 1. Januar 1676, 29.
 Juli 1678, 29. November 1679, 24. März 1682, 14.
 April 1683, 9. November 1689, 24. April 1691, 27.
 November 1692 und 23. December 1713.

Am 12. September 1672 ist auch die Zahl der bei
 der landesherrlichen Miliz während der Winterquar-
 tiere zulässigen Dienst- und Bagage-Pferde bestimmt
 worden.

159. Sassenberg den 3. Mai 1671. (E. 1. b. Brant-
 weintrinken.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Bei dem in kleinen Städten und auf dem Lande über-
 hand nehmenden Brantwein-Trinken, wodurch, zumal bei
 der obwaltenden Einquartierung, vielfache Schlägereien

und Unordnungen entstehen, wird es landesherrlich, und
 unter Androhung von 20 Flor. Strafe und der Confis-
 kation des Contraventions-Objectes, verboten: in den ge-
 ringen zum Landtag nicht aufgeboten werdenden Städten,
 sowie in den Wigbolden, den Dörfern und auf dem plat-
 ten Lande, Brantwein, aus Wein, Frucht oder sonstigen
 Substanzen zu verkaufen oder zu gebrauchen; je-
 doch den mit solchen gebrannten Wässern bisher handelnden
 Unterthanen gestattet, den Verkauf und Verbrauch
 ihrer Vorräthe binnen 14tägiger Frist zu bewirken.

160. St. Ludgersburg den 2. März 1672. (E. 1. b.
 Deserteure.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Bekündigung eines General-Pardons für die binnen
 zweimonatlicher Frist bei ihren Fahnen sich wieder ein-
 stellenden Deserteure von der landesherrlichen Miliz, nebst
 Androhung strenger kriegsrechtlicher Bestrafung der, der
 gegenwärtigen Aufforderung nicht entsprechenden und wies-
 derertappt werdenden Ausreisser.

Bemerk. Dergleichen General-Pardon ist am 16. Ja-
 nuar 1675 wiederholt verheissen worden.

161. Münster den 18. Mai 1672. (E. 1. b. Passpolizei in
 Kriegszeit.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Bei der, Seitens der General-Staaten der vereinigt-
 ten Niederlande eingetretenen Friedbrüchigkeit und fakti-
 schen Kriegserklärung, — indem dieselben, ungeachtet des
 mit ihnen im Jahr 1666 zu Cleve geschlossenen Friedens-
 Vertrages, durch heimliche Emissare in den stiftischen Ge-
 bieten, die landesherrlichen Beamten, auch Festungs-
 Kommandanten, sowie die Unterthanen und Soldaten,
 zu Verrath, Uebergabe der festen Plätze, zur Rebellion,
 Einschüchterung der Magazine u. a. Untthaten, ja sogar zur
 Ermordung des Landesherrn, zu verlocken und zu reizen
 suchen: — „Nachdemalen nun durch dergleichen grau-
 „me, bei den Türken und Barbaren nicht viel erhörte

„Sathen und Thaten, an Seiten der vereinigten Niederlande, der Friedt nicht allein gebrochen und alle gute Freund- und Nachbarschaft uff- und hingegen gleichsam „der Krieg und eine barbarische Hostilität angekündigt wirdt“ — wird eine Prämie auf die Verhaftung eines dergleichen niederländischen Spionen, Verräthers, Brandstifters zc. gesetzt; aller Handels- u. a. Verkehr mit den Niederlanden, bei Leib-, Lebens- und Güterconfiskationsstrafe, verboten und verordnet, daß jeder ins stiftische Gebiet tretende Fremde sich auf der Grenze bei der Civil- oder Militair- Behörde über sein Geschäft im Inlande ausweisen und einen Reise-Paß erwirten müsse.

162. Münster den 20. Juli 1672. (C. h. Sieges-Dankfest.)

Der General-Vikar des Stiftes Münster.

Anordnung eines allgemein zu feiernden kirchlichen Dank-Festes für die von den landesherrlichen Waffen in den Niederlanden ersochtenen Siege und für die Eroberung „der berühmten Vestung Gvorden“, sowie behufs Erhebung ferneren göttlichen Segens für „Ihrer Hochfürstl. Gnaden sieghaftnen Wapffen.“

163. Münster den 14. Februar 1673. (E. 1. b. Kriegszeiten.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster zc.

Nebst Darstellung der reichsgeselichen Rechtsgründe, welche die Nichtigkeit einer, von einem bezeichneten französischen Feldherrn, unter dem Scheine einer kaiserlichen Commission, verbreiteten Abberufung aller Reichsunterthanen von den churkölnischen und stiftisch münsterschen Kriegs-Truppen, ins Licht stellen; und voraussetzend, daß es der Zweck dieser anmaßlichen Avokation nur sei, die landesherrlichen, reichsgeselich angewandten Vertheidigungs-Mittel, gegen die friedbrüchigen und grausamen Feindseligkeiten Churbrandenburgs zu schwächen, — wird es, bei Leib-, Lebens- und Güter-Confiskationsstrafe, allen stiftischen Kriegsoffizieren verboten, jener Abberufung eintge Folge zu leisten; und allen Civil- und Militair-Behörden, auch Unterthanen befohlen, das

an sie gelangende feindselige Patent, weder in ihrem Besitz zu halten, noch an Andere mitzutheilen, sondern gleich nach Empfang an die landesherrliche Kriegskanzlei einzusenden.

164. St. Ludgersburg den 16. Juni 1673. (B. 1. b. Licent von transitirenden Waaren.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster zc.

Als ein nothwendiger Beitrag zu denjenigen Kosten, welche dadurch veranlaßt wurden, daß, bei den Feindseligkeiten und Handels-Beeinträchtigungen der vereinigten Niederlande, während der obwaltenden Kriegszeiten, die Landstraßen, schiffbaren Flüsse, Wege und Pässe durch militairische Besatzungen in vollständigen Sicherheitszustand für den Handelsverkehr gesetzt worden sind, — soll von allen durch die stiftischen Gebiete und aus denselben geführt werdenden fremden, inländisch nicht verbrauchten Waaren, Pferden, Hornvieh und Schweinen (in 18 genannten Orten) eine Licent-Abgabe, nach einem beigefügten Tarife, und von den darin nicht genannten Gegenständen 8 Procent des Einkaufspreises, entrichtet werden. Zur Sicherung dieser Abgaben-Erhebung werden ausführliche Vorschriften ertheilt, auf Nichtbeachtung derselben Confiskation der unterschlagenen Gegenstände und ihrer Transportmittel, nebst andre Strafen, gesetzt; und außerdem sämtliche Beamte angewiesen, für die Sicherheit der Waaren u. a. Transporte zu sorgen und; im Nothfalle auf Erfordern, hinlängliche Begleitung derselben ohne Verzug zu beschaffen.

Bemerk. Durch landesherrliches Edikt, d. d. Meppen den 30. Juni 1673 (B. 1. b.), ist der vorangedeutete Tarif der Abgaben-Sätze, resp. auf 5 Procent des Einkaufspreises, ermäßigt worden.

165. Münster den 1. Mai 1674. (E. 1. b. Militair-Bestand zc.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster zc.

Bei der bestehenden landesherrlichen Ablicht, nach nunmehr mit den General-Staaten der vereinigten Niederlande

geschlossenen Frieden, aus der im Dienst und Sold zu behaltenden Miliz, ein Häfss-Corps zum Dienste des Kaisers und des Reiches ins Feld zu stellen; werden sämtliche Militär-Personen an die pünktliche Erfüllung ihres Dienstleides erinnert, und die Generale und Offiziere zu strenger Handhabung guter Disciplin und Mannszucht, sowie zur Verhütung und gewaltsamen Unterdrückung der Meuterei und Desertion unter den Truppen angewiesen: sodann wird auch das Verlassen der Fahnen und die Heimkehr, oder der Diensttritt bei fremden, auch verbündeten Truppen, bei Todesstrafe verboten, welche ohne Anfrage von den fürstlichen Beamten gegen diejenigen Soldaten verhängt werden soll, die im Inlande ohne Paß ihres Brigadiers oder Oberoffiziers betreten werden. Beschwerden gegen diese Letztern wegen ungebührlicher Entlassungsweigerung sollen von den Soldaten bei dem landesherrlichen Ober-Commissariate angemeldet werden. Die gegenwärtige Verordnung soll gewöhnlichermaßen, und wenigstens allmonatlich wiederholt verkündigt werden.

166. Rheine den 17. August 1674. (E. 1. b. Zoll-Abgabe.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Zur Beförderung des Handelsverkehrs wird landesherrlich verordnet, daß die bei dem vorgewiesenen Kriege geschehenen Abgabe- Erhebungen von allen ein-, durch- und ausgeführt werdenenden Waaren, Seitens der Militairkommandanten, Offizieren und Soldaten, ferner nicht mehr statt finden dürfen; daß dagegen aber von Frachtwagen und Vieh, als ein Beitrag zu den Herstellungskosten der Landstraßen, Wege und Brücken (in zwölf bezeichneten stiftischen Grenz-Orten) eine Abgabe nach folgendem Tarife entrichtet und deren Quittung am Ausgangs- oder Ablade-Ort abgegeben werden müsse, daß dagegen aber die Handelsgegenstände frei von aller Visitation und Taxation bleiben sollen. Auf Defraudation dieser Abgabe haftet Confiskation der Güter, Wagen und Pferde, wovon $\frac{1}{10}$ des Werthes dem Denuncianten zuwenden ist.

- 1) von jedem ausländischen nach Holland gehenden beschlagenen Frachtwagen . . . 2 Reichsth.
2) von jedem beschlagenen Frachtkarren . . . 1 $\frac{1}{2}$ —

- 3) von jedem einländischen unbeschlagenen Frachtwagen . . . 1 Reichsth.
4) von jedem dito dito Frachtkarren . . . $\frac{1}{2}$ —
5) von jedem ausländischen aus Holland kommenden beschlagenen Frachtwagen . . . 4 —
6) von jedem aus bemeltem Holland kommenden Frachtkarren . . . 3 —
7) von jedem aus Holland kommenden unbeschlagenen einländischen Wagen . . . 2 —
8) von jedem dito dito Karren . . . 1 —
9) von jedem einkommenden durch- oder ausgehenden Pferd . . . $\frac{1}{2}$ Ducaton.
10) von jedem dito dito Ochsen oder Kuh . . . 3 Blaumüser.
11) von jedem dito dito feist- oder magern Schwein $\frac{1}{2}$ Blaum.
12) von jedem dito dito Schaaf . . . 1 holl. Stüber.

167. Münster den 23. März, 1675. (M. 1. b. Kirchen- und Schul-Ordnung.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Damit in den Unserer Sorgfalt anvertrauten Kirchen der Gottesdienst ordentlich gehalten werde, und das gläubige Volk durch Auspendung der Sakramente, und durch Verkündigung des göttlichen Wortes desto gewisser im Glauben, in Frömmigkeit und Gerechtigkeit zunehme; haben Wir mit Bestimmung Unseres ehrwürdigen Domkapituls Nachfolgendes, welches in den Pfarreien dieses Unseres Hochstifts genau beobachtet werden soll, verordnet und befohlen, gleichwie Wir es durch Gegenwärtiges verordnen und befehlen.

II. Welcher (an Sonn- und Feiertagen) die erste Messe liest, soll das Evangelium vorlesen, die Fest- und Fasttage publiziren, und darneben ein viertelstündige katechetische Ermahnung halten.

III. Unter dem Messopfer, besonders während des Grabuals, Offertorium, Cantons, Communion ic. sollen allezeit andächtige deutsche Lieder gesungen werden, welche der Jahreszeit angemessen sind.

VIII. Da es unmöglich ist, Gott ohne Glauben zu gefallen, und dieser den Erwachsenen nur durch das Gehör verliehen wird; so werden Pfarrer und Prediger er-

mahnet, daß sie mit allem möglichen Fleiße und Emsigkeit das heilige Wort Gottes predigen. Die Predigten aber sollen dergestalt eingerichtet sein, daß sie für das ungelehrte Volk mehr ein Katechismus, als eine unfruchtbare Rede seien: nicht weniger sollen in denselben sowohl Glaubens-, als Sittenlehren klar und deutlich abgehandelt, und folglich mit Auslassung alles dessen, was zum christlichen Unterrichte nicht gehört, jenes vorzüglich mit Eifer gelehrt werden, was einem Jeden zum Heile zu wissen und zu thun nothwendig ist; welche Laster Jeder meiden, welche Tugenden Jeder üben solle.

XI. Da die Katechesis (Kinderlehr) so nothwendig ist, daß größtentheils davon das Heil der Gläubigen, besonders der Einfältigern abhängt; so sollen die Pfarrer in allen Pfarrkirchen das ganze Jahr nicht nur an Sonntagen, sondern auch an jedem Feiertage durch sich selbst Katechismus halten, und sorgen, daß die Jugend und das Volk um bestimmte Zeit durch ein gegebenes Zeichen dazu berufen werde.

XII. Und weil es in diesem Hochsifte so weitläufige Kirchspiele gibt, daß viele wegen Entfernung der Dörfer und anderer Hindernisse von dem Besuche der Pfarrkirche abgehalten werden; so sollen, damit unwissendere Seelen deswegen aus Mangel des Unterrichts, der Gefahr der ewigen Verdammniß nicht ausgesetzt werden, die Pfarrer an Feiertagen den Katechismus in der Pfarrkirche auslassen, und dafür in die abgelegeneren Bauerschaften hinausgehen, vor dem allda zu gewisser Zeit und Ort zusammenberufenen Volke zu katechisiren. Dies soll so oft allda, und demnachst andernwärts fortgesetzt werden, bis es moralisch gewiß ist, daß Alle in demjenigen genugsam unterrichtet sein, welches sie aus Nothwendigkeit des Mittels und des Gebots zu wissen verpflichtet sind.

XIII. Also aber Kapläne sind, sollen diese verbunden sein, sowohl an Sonntagen und an Feiertagen in die Bauerschaften zu gehen, und befagter Weise zu katechisiren: inessen bleibt dem Pfarrer die Sorge überlassen, in der Pfarrkirche den Katechismus zu halten.

XIV. Die Ordensgeistlichen, welche den Seelsorgern Hülfe leisten müssen, sollen mit denselben das Heil des Nächsten desto gewisser zu befördern, gleichfalls in die Bauerschaften gehen, und auf vorgeschriebene Weise katechisiren.

XV. Allen Unterthanen und Pfarreingesessenen wird anbefohlen, daß alle und jede aus ihnen an Sonn- und Feiertagen dem hochheiligen Messopfer, und der Predigt oder der Kinderlehre, beiwohnen, dergestalten zwar, daß diejenigen, welche verhindert werden, des Morgens der Messe und Predigt beiwohnen, des Nachmittags bei der Kinderlehre unausbleiblich zu erscheinen gehalten sind.

XVI. Und damit sie dadurch, daß das Vieh müsse geweidet werden, ihre Abwesenheit nicht beschönigen können: so wird befohlen, daß das Vieh entweder so lange zu Hause gehalten, oder von demjenigen, welche Vormittags dem Gottesdienste beigewohnt haben, auch von dem Hausvater oder von der Hausmutter gehütet werden solle.

XVII. Die Schulmeister sowohl in den Pfarrkirchen, als in den Bauerschaften (wenn allda einer angestellt ist) sollen mit ihrer Jugend beim Katechismus gegenwärtig sein, und vor und nach demselben allezeit Lieber gesungen werden.

XVIII. Auf daß auch die Gläubigen desto weniger von der Uebung einer so heilsamen Sache abgehalten werden, so wird sich keiner unterstehen, an Sonn- und Feiertagen während des Gottesdienstes, Predigt oder Katechismus, in den Wirthshäusern oder Schenken Wein (Fusel) oder Bier zu verkaufen oder zu trinken. Uebrigens soll der Verkäufer oder Wirth in fünf Goldgulden, der Trinker aber in zwei Goldgulden Strafe verfallen sein.

XIX. Damit die Gelegenheit des Ausbleibens noch mehr abgeschnitten werde, werden Hochzeits- oder Kindtaufs-Gastmähle an solchen Tagen gänzlich verboten. Die Uebertreter sollen alle und jede, Kopf für Kopf, gestraft werden.

XX. Welche aber weder Vormittags der Messe und Predigt, noch Nachmittags dem Katechismus beiwohnen, sollen gleichfalls jedesmal gestraft werden.

XXI. Damit aber auf die Ausbleibenden desto genauer Acht gegeben werden könne, soll der Katechist entweder durch sich selbst, oder durch Küßer oder Schulmeister die Namen Aller aus einem besonders dazu geschriebenen Verzeichnisse ablesen, oder auf andere Art Sorge tragen, daß die Ausbleibenden bemerkt werden können.

XXII. Und da die Unterweisung der Jugend von so großer Wichtigkeit ist, daß von derselben das Heil und

Verberben beinahe der ganzen Christenheit abhängt; so sollen in allen Städten, Wigbolden, Dörfern und andern bequemen Orten die für die Kinder beiderlei Geschlechts schon errichteten Schulen im Stande gehalten und verbessert werden: wo selbe aber seither überein haufen gefallen sind, sollen sie unverweilt wieder hergestellt werden, oder wo niemals welche gewesen, besonders auch in den entlegeneren Bauerschaften sollen sie an einem für die Einwohner bequemen Orte mit allem Eifer und Fleiß sofort aufgebauet werden.

XXIII. Allein da zuweilen schwere Mißbräuche entstehen, wenn Knaben und Mädchen von demselben Schulmeister und in derselben Schule zugleich unterwiesen werden: so wollen Wir, daß an Orten, wo die Jugend und Gemeinde zahlreicher ist, für die Mädchen besondere Schulmeisterinnen angestellt werden, wo aber dieses noch nicht zu Stande kommen kann, die Knaben von den Mädchen wenigstens durch eine Wand abgefondert sitzen, und unterwiesen werden.

XXIV. Die Kinder sollen alle von den Aeltern zur Schule geschickt werden; und damit die Armen wegen ihrer Dürftigkeit keine Gelegenheit bekommen, ihre Kinder von der Schule abzuhalten: so verordnen Wir, daß diese umsonst unterwiesen werden, und den Schulmeistern, damit ihnen an dem Schulgelde nichts abgehe, dafür ihr sonst gesetztes Salarium, oder in dessen Ermangelung eine gewisse Summe aus den Armen-Einkünften angewiesen werden solle.

XXV. Die Aeltern, welche saumselig sind, ihre Kinder zur Schule zu schicken, sollen gestraft werden, wenn sie arm sind; wenn sie vermögend sind, sollen sie daneben dem Schulmeister doppeltes Schulgeld bezahlen.

XXVI. Damit aber die Sorge für Schulen und Schulkinder desto größer sei, und das Vorbesagte desto gewisser ins Werk gesetzt werde: so sollen die Pfarrer und Kaplanen aufs wenigste einmal in der Woche die Schulen visitiren, und über deren Zustand, Fortgang, Anzahl der Schulkinder &c. einmal im Jahre genau berichten.

XXVII. Die Schulmeister und Schulmeisterinnen sollen einer gänzlichen Freiheit zu genießen haben: und weder von Unsern Beamten, noch von des Orts-Obrigkeiten, unter irgend einem Vorwande, mit gemeinen Lasten beschwert werden.

XXVIII. Und damit die Jugend mit desto größerem Eifer die nothwendigen Glaubenssachen erlerne, so sollen sich Pfarrer oder mit ihrer Erlaubniß, andere Priester keineswegs unterstehen, mit einander versprochene Personen zum h. Ehestand zusammen zu geben, wenn selbe in einem vorausgeschickten Examen über die zum Heile nothwendiger Dinge nicht hinlänglich unterrichtet befunden werden.

XXIX. Kein Pfarrer soll die Lasten oder die Bedienung einer Vikarie auf sich nehmen; sondern die Vikarie oder Benefiziaten sollen die Lasten, welche die persönliche Residenz, Messelesen, Beihülfe im Chor und in der Seelsorge betreffen, selbst tragen.

Damit in allen diesen desto gewisser, treulicher und kräftiger zu Werke gegangen werde, so befehlen Wir Unsern Archidiaconen und Pfarrern, daß sie in den ihnen anvertrauten Gegenden und Kirchspielen Unsere vorbesagte Verordnung mit aller Sorge und Eifer vollziehen; den Drostern aber, Rentmeistern, Richtern, Orts-Magistraten, und Unsern andern Beamten, daß Jedweder aus ihnen an jedem Orte ihres Distrikts in Vorbemeldetem sorgfältig und eifrig bestehet, helfe und sorge, damit dieser Unser ernstliche Wille seine gehörige Wirkung erhält.

Bemerk. Der vorstehende auszugweise und aus dem Lateinischen ins Deutsche übertragene Text einer auf der Frühlings-Synode zu Münster im Jahr 1675 publicirten bischöflichen Verordnung, ist aus dem münsterschen Wochenblatt 5ten Jahrganges Nr. XXXV. pag. 138 ff. entnommen, und dessen Inhalt am 13. Februar 1693 (conf. Nr. 214 d. S.) wiederholt und mit zussätzlichen Vorschriften vermehret publicirt worden.

Der lateinische Text der obigen Verordnung findet sich in: Harzheim Concilia germaniae, Tom. X. und in Niesert's münsterschen Urkunden-Sammlung Bd. VII. p. 103 abgedruckt.

Ueber die von dem Bischof Christoph Bernhard seit seinem Regierungs-Antritt beabsichtigten Verbesserungen des Schulwesens geben die desfallsigen, in den Synodal-Dekreten vom 11. Oct. 1651, 27. März 1659, 17. März 1662, 17. März 1665 und 13. Oct. 1671, sowie in seinem Hirtenbriefe vom 1. Oct. 1661 (conf. Harzheim Conc. germ. Tom. IX. und X.) enthaltenen Bestimmungen weiteres Zeugniß.

168. Münster den 14. August 1675. (L. d. Jurisdik-
tions-Ausübung.)

Hochfürstl. münster'sche heimgelassene Rätthe.

Zu Gemäßheit landesherrlichen Befehles wird sämtlichen fürstlichen Beamten, bei Strafe von 50 Goldgl., gebothen: sich aller, herkömmlich ihnen nicht zustehender, Jurisdiktion zu enthalten, „noch dasjenige was bei ordentlichen Gerichten erkannt und ausgesprochen wird, „durch widrige Mandate zu hemmen, oder doch einiger- „gestalt zu cognosciren.“

169. St. Ludgersburg den 30. Mai 1676. (E. 1. b.
Verbot franz. Waaren.)

Christoph Bernard, Bischof zu Münster ic.

Nebst Publikation eines zu Gunsten des deutschen Fabrikwesens erlassenen kaiserlichen, reichschlußmäßigen Verbotes der weitem Einfuhr ins Reichsgebiet aller Arten französischer Manufaktur- und Luxus-Waaren unter Androhung ihrer Confiskation, wird die strenge Handhabung dieses Reichsgesetzes verordnet, und zugleich, zum Besten der inländischen Industrie, die Einfuhr aller fremden Leinen, sowie der Wollentücher von Berviers, Rüttich, Aachen und Schlessen „und dergleichen ungefrumpene Laken“, bei gleichmäßiger Confiskationsstrafe verboten, deren halber Betrag dem Denuncianten einer Contravention zugewendet werden soll.

Bemerk. Das Einfuhrverbot fremder Wollentücher ist vom Bischof Ferdinand am 24. October 1682 mit dem Zusatz erneuert worden, daß dergleichen ausländische Tücher nach zweimonatlicher Frist, bei Strafe der Confiskation, nicht mehr verkauft werden dürfen.

170. Bentlage den 10. November 1676. (B. 1. b.
Reichskrieg.)

Christoph Bernhard, Bischof zu Münster ic.

Publikation und Handhabungs-Befehl eines kaiserlichen Verbotes der Ausführung der Pferde aus dem Reichs-

Gebiete und ihrer Zuführung zu den in öffentlicher Reichsfeindschaft stehenden Franzosen.

Bemerk. Dergleichen Ausfuhr-Verbote der Pferde, wegen drohenden oder wirklich ausgebrochenen Reichskrieges sind ferner am 20. November 1682, 6. Februar 1689 und 30. November 1704 publizirt worden.

171. Münster den 15. April 1679. (B. 1. b. Wochen-
märkte zu Coesfeld.)

Ferdinand (v. Fürstenberg), Bischof zu Münster ic.

Bei dem beabsichtigten Aufenthalte des Landesherrn und fürstlichen Hofstaates in der Residenz St. Ludgersburg und in der Stadt Coesfeld, wird Letzterer das Privilegium zur Haltung zweier freien Wochenmärkte an jedem Dienstage und Sonnabende verliehen; und sollen an diesen Tagen alle in- und ausländische Consumptiblen, Manufaktur- und andre Kram-Waaren, frei von allen Lasten und Abgaben, auf diese Märkte geführt und von denselben abgeführt werden.

172. Münster den 16. April 1679. (A. 2. b. Postwa-
gen-Ordnung.)

Ferdinand, Bischof zu Münster ic.

Reglement für den wöchentlich zweimal am Dienstage und am Freitage von Münster nach Rheine abfahrenden, vierspännigen und für 6 Passagiere eingerichteten Postwagen; wodurch dessen Abgangszeit und dessen Correspondenz mit den von Rheine aus nach Osnabrück, Hannover, Lingen und Holland abgehenden Postwagen bezeichnet, sodann auch das bis Rheine zu entrichtende Passagiergeld festgesetzt wird.

Bemerk. Schon im Anfange des Jahres 1679 (A. 2. b. ist ein dergleichen (von dem Landesherrn oder einer Behörde jedoch nicht vollzogenes) Reglement über den vom 26. Januar ej. a. an, wöchentlich stattfindenden Postwagen-Cours zwischen Münster und Vaderborn publizirt, und darin Person- und Sachen-Frachtpreise für die Distanz zwischen Münster, Waarendorf, Kla-

holt, Hersebrock, Rienterken, Rhode und Neuhaus festgesetzt worden.

Unterm 26. Mai 1688 (B. 1. h.) ist ein gleichartiges landesherrliches Reglement, wegen des vom 5. Juni ej. a. an, zwischen Münster und Dsnabrid und resp. zwischen Münster und Wesel wöchentlich einmal fahrenden Postwagens erlassen und darin bestimmt worden, daß an den Abfahrttagen keine Reisende mit anderer Gelegenheit befördert werden dürfen; daß der Postmeister zu Münster die von Dsnabrid kommenden eisenben Reisenden, mit einer vierspännigen Extrafuhr (und zwar pr. Meile zu 1 Rthlr. im Sommer, zu 1 1/2 Rthlr. im Winter), bis nach Wesel befördern müsse, daß das Passagiergeld für jede Person, nebst 30 Pfund Gepäc bis Dsnabrid 1 Rthlr. und das Porto für Baarsendungen von 100 Rthlr. und darunter 4 Mariengroschen betragen, die Güterfrachten aber nach der fürstlich Hannoverschen Postordnung regulirt werden sollen. Conf. Nr. 226. d. S.

173. Münster den 21. April 1679. (D. a. Münzen.)

Ferdinand, Bischof zu Münster ic.

Im Handelsverkehr und bei Zahlung der Schatzungen sollen die, in den Nachbarlanden kursirenden Markenstücke nur dergestalt statthaft sein, daß jedem in Markenstücken eingezahlt werdenden Reichsthaler bis auf weitere Verordnung 3 münster'sche Schillinge beigelegt werden.

Bemerk. Unterm 21. November ej. a. (A. 2. h.) ist das Aufgeld auf die Markenstücke auf 1 1/2 münst. Schilling ermäßigt, sodann am 1. Juni 1680 (I. h.) der Werth der doppelten und resp. einfachen Markenstücke auf 16 und resp. 8 münst. Schillinge bestimmt, ferner am 1. December 1680 (I. h.) das obige Aufgeld auf den frühern Satz von 3 Schilling wieder erhöh't, und endlich unterm 8. Juli 1682 (C. h.) das Aufgeld auf die schwedischen und norddeutschen Markenstücke, sowie auf die neuen Mariengroschenstücke, für jeden Reichsthaler auf 1 Münster-Schilling festgesetzt worden.

174. Residenz-Schloß Neuhaus den 18. October 1679. (A. 2. h. Huldbigung.)

Ferdinand, Bischof zu Münster ic.

Zu dem am 13. f. M. vom Hause Wolbeck aus beabsichtigten herkömmlichen fürstlichen Einritte in die Stadt Münster, sowie zur Beirödhnung der am 14. im Dorf zu bewirkenden bischöflichen Ceremonien, und behufs der am 15. zu leistenden Huldbigung der Ritterschaft, werden sämmtliche Mitglieder der Rectorien entbotten, und sollen dieselben „jeder in seinem standmäßigen Habit mit Hint-, ansetzung der Lags Traur“, am 13. d. M. Vormittags um 9 Uhr, auf der Geist in der Nähe des Dorfes Hilstrup, dem von Wolbeck kommenden Landesherrn bezeugend, sich demselben anschließen.

175. Münster den 5. Februar 1680. (A. 2. h. Gütertheilung.)

Ferdinand, Bischof zu Münster ic.

Die zu den schatzpflichtigen Gütern, Erben, Kotten und Höfen altherkömmlich gehörigen Ländereien dürfen von den Guts- und Eigenthums-Herrn davon ferner nicht mehr getrennt, veräußert oder verpfändet, resp. ihrem Beitrage zu den auf die ganzen Güter nach der Matrikel gelegten werdenden Schatzungen und allen andern Kirchspielslasten, auf irgend eine Weise entzogen werden, und müssen die in solchem Falle bereits befindlichen Parzellen, von den Beamten erforscht, und in dem Beitrage der schatzpflichtigen Güter zu öffentlichen Lasten mit herangezogen werden.

Bemerk. Das sede vacante regierende Domkapitel zu Münster, hat die obigen Bestimmungen unterm 3. Juli 1688 (B. 1. h.) wörtlich erneuert; und ist den Beamten durch landesherrliches Rescript vom 23. Mai 1691 deren Handhabung, resp. die Verhinderung der Zersplitterung der schatzbaren Höfe, Güter ic. wiederholt befohlen worden.

(NB. Die obigen Dismembrations-Verbote sind im Nieder-Stifte Münster, zufolge mehrerer Erkenntnisse des weltlichen Hofgerichtes, nicht zur Observanz gekommen.)

176. Münster den 25. Juni 1680. (A. 2. b. Pest.)
Ferdinand, Bischof zu Münster ic.

Zur Verhütung einer Einschleppung der im Auslande herrschenden Pest-Geuche, sollen nicht nur die gegen fremde Bettler, Bagabunden und Zigeuner erlassenen Abwendungsbeehle streng gehandhabt, sondern auch keine fremde Kaufleute, Reisende und Juden, ohne Produktion glaubwürdiger Gesundheitscheine, für sich selbst und für ihre bei sich führenden Waaren, in das stiftische Gebiet eingelassen werden.

Bemerk. Dergleichen Vorschriften sind bei gleichartigen Veranlassungen, mit zusätzlichem Verbote alles Handelsverkehrs mit den inficirten Gegenden und Orten, späterhin und zwar am 12. Sept. 1681, 12. Sept. 1702, 2. Jan. 1708, 29. Dec. 1710, 1. Oct. 1712 und 9. Sept. 1713 (B. 2. h.) erneuert und auch Landesgebete um Abwendung oder Milderung der Geuche angeordnet worden.

177. Münster den 18. October 1680. (A. 2. b. Pest.)
Kürfürstlich münster'sche Regierung.

Bei den in den Nachbarlanden, gegen Einschleppung der in mehreren Gegenden Deutschlands herrschenden Pest-Geuche, getroffenen Maßregeln, werden die stiftischen Unterthanen angewiesen, bei Reisen nach den rheinischen u. a. benachbarten noch gesunden Orten, sich mit amtlichen Zeugnissen über den guten Gesundheitsstand ihres bisherigen Aufenthaltsortes zu versehen, indem sie ohne dieselben zurückgewiesen werden.

178. Münster den 4. November 1680. (A. 2. h.) Holz-
fällung auf Colonaten.)
Ferdinand, Bischof zu Münster ic.

Das am 23. Mai 1613 (Nr. 74 d. S.) erlassene Verbot des, ohne Bewilligung der Erb- und Guts-Herrn stattfindenden, eigenmächtigen Fällens der fruchtbaren und zum Zimmerholz taugliche Bäume Sei-

ens der Colonen, Eigenhüngen oder Pächter, sowie des Ankaufes dergleichen verbotwübrig gefällten Holzes wird erneuert, und sollen fernere Entgegenhandlungen mit Verwirkung des Erb- oder Leibgewinn- Rechts der Eigenhüngen, sowie mit erhöhten Geld-, ja mit Leib- und Lebens-Strafen belegt werden.

Bemerk. Zufolge eines vom Domkapitel sede vac. am 18. Juni 1706 ertheilten Landtags- Abschiedes ist, wie herkömmlich, das grobe fruchttragende Buchenholz, unter der am 23. Mai 1613 festgesetzten Beschränkung begriffen; dieselbe Behörde hat, während der beiden Sedis- Vacanzen, zuerst am 14. Mai 1707 (A. 4. h.) das oben bezeichnete Edikt vom 4. Novemb. 1680 nur erneuert publicirt; sodann unterm 28. Febr. 1719 (A. 5. h.), nebst Wiederholung der Bestimmungen von 1613, deren Verbot auch dahin ausgedehnt:

„daß nicht allein die würrliche hoch und dick erwachsene, fruchtbare und zum Zimmerholz taugliche, sondern auch annoch junge, aber zu dem End austrüchlich gesezte oder gepflanzte, so Eichen- als Büchene- Bäume und Telgen, auf daß sie mit der Zeit hoch und dick erwachsen, und sowohl fruchttragende als zum Zimmerholz taugliche Bäume werden mögten“ darunter begriffen seyen.

Die oben angezeigten Verordnungen sind in E. A. Schlüter's Provinzial- Recht der Provinz Westphalen (Leipzig 1829) Bd. I. p. 526—30, vollständig abgedruckt.

179. Neuhaus den 16. Januar 1681. (B. 1. b. Pestgeuche.)
Ferdinand, Bischof zu Münster ic.

Bei dem stattgefundenen Ausbruch der Pestgeuche in den Obersächsischen, namentlich den Anhalt- und Mannsfeld'schen Landen, wird alle Correspondenz und jeder Handelsverkehr mit denselben, desgleichen auch die Einföhrung und die Aufnahme von Waaren und Personen aus den inficirten Gegenden, bei Vermeidung schwerer Strafe und Verbrennung der Güter verboten.

180. Münster den 10. October 1681. (D. a. Magistrat zu Münster.)

Ferdinand, Bischof zu Münster u. Paderborn.

In Erwägung des seit mehreren Jahren fortgeschrittenen Sinkens des Wohlstandes der Stadt Münster und zur Verhütung ihres und ihrer Einwohner gänzlichen Ruines, wird in Berücksichtigung der seit dem landesherrlichen Regierungs-Antritte geschehenen Abhülfe-Gefuche und nach Erforschung der obwaltenden Umstände, als ein vorzügliches Mittel zur Wiederaufhülse des städtischen Handels- und Gewerbebetriebes, die Wiedergewährung des Rechtes der Wahl des Magistrates durch die Bürgerschaft bezeichnet; und, mit Zuziehung des — die landesväterliche Gnadenbeziehung bewilligt habenden — Domkapitels, aus landesfürstlicher Macht erklärt: „daß mehr-gemelter Bürgerschaft unserer Stadt Münster, bis uff andernwertte unsere oder unserer Nachkommen gnädigste Verordnung, die jährliche neue Rathswahl folgender Gestalt auß fürstlicher Milde und Clemenz wieder erlaubet und verstattet sein solle. Nämlich:

1. soll die Rathswahl jedesmal in landesherrlichem Namen, und nur nach jährlich dazu wiederholt erbetener Erlaubniß des zeitlichen Landesfürsten bewirkt, und die hierdurch erwählten, landesherrlich nicht reprobirten, sondern bestätigten neuen Rathsglieder, von einem fürstlichen Rathe und dem Stadtrichter zu Münster, insbesondere dahin vereidet werden, daß sie dem jedesmaligen Landesherren, auch sede vacante dem Domkapitel, treu hold und gewärtig sein, und jederzeit den Nutzen und das Beste der Stadt befördern wollen;

2. die Erwählung der Churgenossen, Rathsmänner und Bürgermeister soll in altherkömmlicher Weise, alljährlich am Dienstage nach dem h. drei Königen Tage, bis auf weitere landesherrliche Abänderung, jedoch dergestalt geschehen, daß die erwählten Churgenossen vorher, durch den fürstlichen Stadtrichter, desfalls besonders vereidiget werden;

3. zur Verminderung der mit den städtischen Aemtern verbundenen Lasten-Freiheit, soll die Zahl der Rathspersonen, einschließlic der beiden Bürgermeister, auf vierzehn beschränkt, und von diesen die, bei der bevorstehenden neuen Wahl, landesherrlich festzusetzenden städtischen

Aemter, gegen die gleichmäßig zu bestimmenden Gehälter, wahrgenommen werden;

4. die rechnungspflichtigen städtischen Beamten, sollen alljährlich vor der neuen Rathswahl, in Gegenwart zu deputirender landesherrlicher Rätthe, des münster'schen Stadtrichters, sowie der Bürgermeister und des Rathes in Beisein einiger Deputirten aus den städtischen Gilden und Gemeinden, ihre Rechnungen ablegen und justifiziren;

5. die magistratische Erwählung des zeitlichen Sindi-kus und Stadtskretairs ist unter der Bedingung gestattet, daß die jedesmal zu diesen Stellen erwählten Personen zur landesherrlichen Bestätigung und resp. zur Vereidung nach einem desfalls zu bestimmenden Formular präsentirt werden müssen;

6. der Stadtrichter soll allen Magistrats-Versammlungen und Berathungen im Namen des Landesherrn beiwohnen und das landesfürstliche und allgemeine Interesse, in Gemäßheit der ihm jetzt und künftig ertheilt werdenden Reglements wahrnehmen;

7. die gewöhnlichen Magistrats-Versammlungen sollen in jeder Woche nur an zwei festzusetzenden Tagen stattfinden; die etwa nöthig erscheinenden außerordentlichen Zusammenkünfte des Magistrates müssen dem landesherrlichen Stadtrichter jedesmal vorher angemeldet, und dürfen ohne dessen Vorwissen nicht abgehalten werden.

Bemerk. Conf. Nr. 136 b. S. und Erhard's Geschichte Münsters, Münster 1837, pag. 553.

181. Münster den 21. November 1681. (B. 1. b. Jagd- und Fischerei-Frevel.)

Ferdinand, Bischof zu Münster ic.

Die von Offizieren und Soldaten der landesherrlichen Miliz verübt werdenden Jagd- und Fischerei-Frevel werden denselben, unter Androhung wirklicher Cassations- u. a. scharfer Strafe untersagt.

182. Münster den 26. September 1682. (A. 2. b. Markt-Ordnung zu Münster.)

Fürstlich münster'sche Regierung.

Festsetzung einer Markt-Ordnung für die Stadt Münster, wodurch das an und vor den Stadthoren und in den Straßen stattfindende Auf- und Verkaufen der zum Markt gebracht werdenden Viktualien, Kornfrüchte und Holzfrachten verboten, den verschiedenen Waaren-Gattungen ihre Marktplätze (den Viktualien zwischen der Wage und dem Lamberti Kirchhofe, den Kornfrüchten auf dem Roggenmarkt, den Fischwaaren auf dem Fischmarkte und den Holzfuhrn in den Straßen nach Bieleben) angewiesen werden, und den Bürgern die Hökerei mit, vom Lande ohne Vorkauf bezogenen, Viktualien, entweder in ihren Häusern mit offner Feldthüre, oder auf dem Markte in der Reihe der andern Verkäufer, an Markt- und andern Tagen gestattet wird.

Entgegenhandlungen sollen mit körperlicher Haft und mit Confiskation der Gegenstände, zu Last des als Contravenient sich ergebenden Käufers oder Verkäufers, bestraft werden.

Bemerk. Wörtlich erneuert am 15. October 1691 und 5. Juli 1694 (A. 4. b.) durch Bischof Friedrich Christian; desgleichen durch Bischof Franz Arnold am 14. August 1713 (A. 5. b.); durch Bischof Clemens August am 20. Juli 1720 (A. 6. b.); und durch Bischof Maximilian Friedrich am 10. März 1768 (A. 8. b.).

183. Neuhaus den 20. November 1682. (A. 2. b. Viehseuche.)

Ferdinand, Bischof zu Münster ꝛc.

Bei der unter den Pferden und dem Hornvieh, als Zungenfäulniß verlaufenden, herrschenden Seuche, wird ein Rezept zu einer — nebst Abkratzung der Zunge, mittelst eines gleichzeitig abgebildeten silbernen Instrumentes — innerlich anzuwendenden Arznei allgemein bekannt, und den Lokal-Behörden zur Pflicht gemacht, jeden Ortes besondere Personen zur Beaufsichtigung des vorhandenen und resp. zur vorgeschriebenen Behandlung des erkrankten Viehstandes anzuordnen.

184. Münster den 12. April 1683. (F. b. Extra-Schätz-Entrichtung.)

Ferdinand, Bischof zu Münster ꝛc.

Bei den durch schätzpflichtige Unterthanen vielfach geschehenden Beitrags-Weigerungen der umgelegt werdenden außerordentlichen Schatzungen und Leistungen, wird Landesherrlich festgesetzt, „daß alle und jede besagten unsern „Stifts und Fürstenthums (Münster) Eingefessenen, welche ordinari Schatzungen zu geben schuldig, auch extra-ordinari- oder Nebenschatzungen zu zahlen anzuweisen „seyn, und davon durch keinen Vorwand, der werde auch „hervorgesucht oder genommen woher er wolle, befreiet „werden sollen.“

185. Schloß Neuhaus den 11. Mai 1683. (A. 9. b. Freiheiten zu Münster.)

Ferdinand, Bischof zu Münster ꝛc.

Zur Wiederanfülle der durch Kriegs- und Schuldenlast, Feuersbrünste und Seuchen gedrückt und verminderten Bürgerschaft der Stadt Münster, deren Verdrängnisse durch die vielfach mißbräuchlichen Beitrags-Entziehungen ihrer Einwohner zu den städtischen, gewöhnlichen und außerordentlichen Schatzungen und Auflagen gesteigert werden, wird (— in Voraussicht der durch heftige Steinbeschwerden bevorstehenden Auflösung des Landesherrn, und zur Begründung eines dauernden Abnehmens an dessen fürstväterliche Zuteilung—) dem Magistrat zu Münster ein streng zu handhabendes Reglement der, bis auf vorbehaltenne anderweitige Bestimmung, zu gestattenden Personalfreiheiten von öffentlichen und bürgerlichen Abgaben und Lasten ertheilt.

Durch dieses Regulativ werden alle, vermöge der Landesprivilegien und Verfassung, in der Stadt Münster selbst nicht Befreiete, in vier besondere Klassen von Exempten eingetheilt, und wird; unter Anführung der Eigenschaft und der Zahl der zu jeder Klasse gehörenden Individuen, festgesetzt: daß die erste Klasse der Befreieten, die völlige Freiheit von allen bürgerlichen Auflagen genießen soll; daß die zweite Klasse nur zur Entrichtung des Brauschildings und der Wagenzeichen verbunden, übrige

gens aber frei sein soll; daß die dritte Klasse, nebst Brauschilling und Wagenzeichen, auch Multersteuer zahlen und die Einquartierung vom Hofe mit übernehmen soll; und daß die vierte Klasse nur von der Einquartierung und sonst von keiner andern Last befreit bleiben soll.

Nebst ausführlicher Anweisung der klassifizirten, zum Stande der geistlichen und weltlichen, Hofes- Landes- und Stadt-Beamten und Diener gehörigen, Individuen, so wie der übrigen, zur Geistlichkeit und Ritterschaft und zum Militärstande zählenden, befreieten Personen, ihre vorbezeichnete, theilweise und sonstige Personal- und auch Real-Kostenfreiheit in den Grenzen des Reglements, oder ihrer Privilegien zu genießen, wird es denselben u. A. strenge verboten: irgend einen Unterschleif der Richterämtern in Entrichtung ihrer Beiträge zur ordinären Schatzung, zur Multersteuer, zum Brauschilling, zur Accise, zu den Wagenzeichen und zum Stadtwerkgeld und dergleichen Abgaben, zu befördern.

Bemerk. Mittelft landesfürstlichen Rescriptes d. d. Münster den 27. October 1688 (S. d.) ist das obige Reglement dahin erläutert worden, „daß diejenigen „Geistlichen, so keine freie eigene Erb oder zu ihrem „Beneficium gehörige Wohnbehauung haben und ein „bürgerliches Haus (zu Münster) zu miethen benöthiget, von bürgerlichen Lasten und Pflichten, wenn sie „keine bürgerliche Nahrung treiben, erimirt und befreiet „sein, Andere aber, so dergleichen denen Beneficium „anecktirte, oder erb- und eigenthümliche freie Wohnungen haben und nichts dementiger Bürgerhäuser miethen und bewohnen, Einquartierung u. a. onera inherencia zu tragen schuldig und verpflichtet sein „sollen.“

Durch landesherrliches Edikt d. d. Augustenburg den 1. März 1739 (A. 6. b.) ist das obige Reglement wieder publizirt, sodann sind auch ausführliche zusätzliche Bestimmungen (in 12 §§.) zur Beschränkung der reglementswidrig eingeschlichenen Entziehungen von Leistung der städtischen Abgaben und Lasten ertheilt worden.

186. Münster den 24. Juli 1683. (A. 2. b. Bischofs-Wahl.)

Das Domkapitel des Stifts Münster, sede vac.

Anordnung einer kirchlichen Gedächtnißfeier nebst Trauergeläute in allen Landeskirchen für den jüngst verstorbenen Landesherrn und eines allgemeinen Landesgebetes behufs glücklicher Bewirkung einer neuen Bischofs-Wahl.

187. Münster den 7. August 1683. (A. 2. b. Türkenkrieg.)

Domkapitel des Stifts Münster, sede vac.

Anordnung eines allgemeinen Landesgebetes um Abwendung fernerer Fortschritte und Siege der türkischen Waffenmacht und um Einigkeit und Ausdauer der christlichen Landesherrn zu rechtshaffnem Widerstande gegen den Erbfeind des christlichen Namens.

Bemerk. Dergleichen Landesgebete um Waffensiege, um Abwendung von Seuchen und andre Drangsalen, sind später oft wiederholt angeordnet, jedoch in dieser Sammlung nur dann angezeigt worden, wenn sie ein anderweitiges Interesse bieten.

188. Münster den 18. October 1683. (S. d. Gerichts-Instanzen.)

Zur münsterschen Regierung verordnete Geheime- und Hofrätthe.

In Folge der bei der jüngsten Capitulation des Landesherrn mit dem Domkapitel getroffenen Vereinbarung, wird, in Berücksichtigung der nicht zu erledigenden großen Zahl der beim geistlichen Officialat-Verichte schwebenden Prozesse, landesherrlich verordnet:

daß alle in den Sprengeln des münster'schen Stadtgerichtes und der domkapitularen Gogerichten wohnende, nicht besonders privilegirte weltliche Personen, ohne Rücksicht auf ihren Stand und auf die Hörigkeit ihrer Güter, in erster Instanz vor den ge-

dachten Stadt- und Gogerichten rechtlich belangt und davon auch die in den Gogerichten wohnenden Erbmänner nicht eximirt werden sollen; daß aber Rechtsstreitigkeiten, welche in petitorio über „den Nigenthumb servorum ecclesiasticorum oder auch über den Dominium „und proprietät eines geistlichen Erbes oder andern liegenden Gutes“ entstehen, in erster Instanz vor dem Geistlichen-Gerichte verhandelt werden müssen.

Bemerk. Conf. auch Nr. 215 d. C.

Ein späteres zu Arnsherg am 23. April 1729 (S. d.) erlassenes (beim münsterschen Hofrath am 3. Mai 1790 präsentirtes, resp. reproducirtes) landesherrliches Rescript, welches die vom Stadtgericht zu Münster erhobene Beschwerde über Eingriffe in das ihm ertheilte Privilegium der Cognition in erster Instanz, als begründet bezeichnet, gebietet den geistlichen und weltlichen Hofgerichten zu Münster: „jeden Klägeren, er sey „geist- oder weltlichen Standes, welcher gegen einen „Bürger der Stadt Münster, super causa mere seculari seu civili etwas zu klagen oder Prozeß zu „führen hat, auch, wann eines dasigen Bürgern Person und Güter von ihm selbst oder durch Andere in „discussion gezogen werden wollen, die Sache in erster Instanz für sich nicht annehmen, vielweniger sich „darinnen einiger Judicatur anmassen, sonderer forderist zum Stadt-Gericht und primam Instantiam verweisen sollen.“

189. Cöln den 20. December 1683. (A. 3. h. Multer-Steuer zu Münster.)

Mar. Heinrich (Herzog in Baiern), Erzbischof u. Churfürst zu Cöln u., Bischof zu Münster u.

Zur Beseitigung der Unordnungen und Beeinträchtigungen der in der Stadt Münster, zur Befreiung ihrer Obliegenheiten, eingeführten Multer-Steuer (zum Betrage von 1 Schilling für jedes zur Mühle gebracht werdende Scheffel Korn oder Getreide), werden die von den Mahlgästen und Müllern zu erfüllenden Förmlichkeiten, die herkömmlich und fernerhin statthaften Exemptionen, und die von den angeordneten Aufsehern an den Pforten

und in den Mühlen zu bewirkenden Visitationen, ausführlich festgesetzt, auch auf den, aus der Grafschaft Mark eingeführt werdenden Koith, eine Abgabe von 3 Schillingen p. Tonne gelegt; und sollen desfallige Unterseleife, mit Confiskation des Getreides u. und mit Geldbußen bestraft werden.

190. Münster den 18. Mai 1684. (A. 3. h. Schenk-hochzeiten.)

Fürstlich münster'sche Regierung.
(Unter landesherrl. Titulatur.)

Nebst Erneuerung der, die Zahl der Gäste, die Schwelgerei und die Kleiderpracht bei Hochzeitsfeierungen beschränkenden Vorschriften, wird die Haltung sogenannter Schenk-Hochzeiten, bei Vermeidung von 5 Goldgl. Strafe für jeden geladenen und von jedem erschienenen Gast, verboten; und soll es Niemanden gestattet sein von der Beachtung dieses Verbotes zu dispensiren.

191. Bonn den 30. September 1684. (B. 1. h. Bankal-Prozeß.)

Mar. Heinrich, Erzbischof und Churfürst zu Cöln u., Bischof zu Münster u.

Der in der stiftisch münster'schen geistlichen Hofgerichts-Reformation vorgeschriebene, in Schuldklage-Sachen gegen Unterthanen, welche 20 Rthlr. Werth nicht übersteigen, den Creditoren gestattete Prozeßus Bancalis, — welcher während der Kriegszeiten in Nichtübung gerathen, und durch Anwendung des gewöhnlichen (kostspieligeren) Prozeßverfahrens verdrängt worden ist, — soll von nun an „wieder reassumirt, nach „der Reformation des Geistlichen Hoff-Gerichts ad pra-xin, und uff vöbrigen alten Fuß gebracht werden.“

„Diesemnach befehlen wir allen und jeden Pastoren, „Saccellanis, Vicecuratis etc. an denen Dyrteren und „Kirchpelen unsers Stifts und Fürstenthumbs Münster, „welche unserer münster'schen geistlichen Jurisdiction un-

„terworfen und allwo der Processus bancalis von M-
 „tershero im Schwang gewesen ic. und wollen, daß sie
 „sämpft und sonders alle diejenige Citationes und Man-
 „data Bancalia und Brachia, sobaldt ihnen dieselbe von
 „den juratis Latoribus Litteratum, werden zugeschickt
 „sein, des Sonntags Morgens nicht in der Kirchen oder
 „ex amhone mit Ausruffung der Nahmen und Zunah-
 „men des Actoris und Rei (wie per abusum vor diesem
 „eingeschlichen) sondern uffm Kirchhof in personas citan-
 „dorum oder, in deren Abwesenheit, den vom Hausge-
 „sinde der Abgeladenen anwesenden, getreulich exequiren,
 „und so viel die erste Citation, super obijciendis genannt,
 „wie auch die vierte Citation Brachii anberrifft, die, ih-
 „nen cum Originalibus mit zukommende, Copeyen ein-
 „reichen und resp. einschicken, und, daß sie solche Bancal
 „Mandaten und Brachia, der Gebühr exequirt, mit
 „Benennung Tag und Zeit, et per quem facta fuerit
 „executio Mandatorum, denen Originalibus inscribiren,
 „sodann mit solcher inscribirter Nota executionis alsofort
 „und ohne einigen Uffenthalt denen vorgemelter Latori-
 „bus zurückschicken sollen.“

Schließlich wird bestimmt, daß die den Pastoren ic.
 herkömmlich bei der vierten Citation für die vierfache In-
 sinuation zustehende Gebühr von 1 Schilling Münsterisch
 künftig vertheilt, und jeder ihnen zugesandt werdenden
 Bancal-Citation 3 Pfennig Münsterisch beigefügt werden
 sollen, damit, bei Zahlung der Schuldner auf die erste
 oder zweite Citation, ihre Mühwaltung nicht unbelohnt
 bleibe.

Bemerk. Durch Edikt der münsterschen Regierung (un-
 ter landesherrlicher Titulatur) vom 16. Februar 1730
 (A. 6. b.), ist die verordnungsmäßige Ausübung des
 Bankal-Prozesses, diesen wiederherstellend, befohlen,
 zugleich sind alle dagegen erlassene Concessionen und
 Rescripte für unverbindlich erklärt, jedoch die Privile-
 gien des münsterschen Stadt-Richters und des domka-
 pitularischen Vogtgrafen in Kraft erhalten worden; conf.
 auch die neue Bankal-Prozeß-Ordnung vom 24. Mai
 1732 Nr. 334 d. S.

192. Lüttich den 29. November 1684. (A. 3. b. Zah-
 lungsausstand.)

Max. Heinrich, Erzbischof und Churfürst zu
 Eöln ic., Bischof zu Münster ic.

Wegen der durch Mißwachs gesteigerten schwierigen
 Zeit-Umstände im Fürstenthum Münster, sollen daselbst
 während des laufenden und bis zum Ende des künftigen
 Jahres, keine Klagen wegen rückständiger Zinsen
 gegen desfallige Schuldner erhoben und diese gerichtlich
 verfolgt werden; die Gläubiger müssen sich während dies-
 ses Zeitraumes mit Entrichtung der laufenden Jahres-
 zinsen begnügen.

Bemerk. Durch Verordnung des Bischofs Friedrich
 Christian d. d. Münster den 19. Mai 1691 (B. 1. b.),
 ist, wegen der durch „hessische und schwedische Kriegs-
 Pressuren“ entstandenen Erschöpfung der Städte,
 Kirchspiele, Wigbolden, Bauerschaften und
 Gemeinden, sowie der schatzpflichtigen Unter-
 thanen, diesen sämtlichen Zinsrückstands-Schul-
 dnern, neben der reichschlußmäßig eingetretenen, gefeg-
 lichen Reduktion des Zinsfußes von 6 auf 5 Pro-
 cent, ein fortgesetzter Zahlungsausstand — „bis zu
 „besserem der contribuierenden Underthanen
 „Wiederaufkommen und anderwerter gnä-
 „digster Verordnung“ — für alle Zinsen-Rück-
 stände, die vor und nach dem Erlaß des jüngern gleich-
 artigen Indultes (de 1684) entstanden sind, bewilligt,
 und sind die Debitoren zugleich angewiesen worden, die
 laufenden Jahreszinsen in der nächsten vertrag-
 smäßigen Verfallzeit pünktlich, und bei Strafe desfall-
 siger Exekution zu entrichten.

193. Bonn den 10. März 1685. (A. 3. b. Person-
 Schatzung.)

Max. Heinrich, Erzbischof und Churfürst zu
 Eöln ic., Bischof zu Münster ic.

Zur Erfüllung der vom Papste und dem Kaiser drin-
 gend bevorworteten Hilfeleistung gegen den christlichen
 Erbfeind und zur Unterhaltung der dem Kaiser gegen die
 Türken zugesandten landesherrlichen Hülfstruppen, wird,

mit Zustimmung der fürstlich münster'schen Landstände, — eine außerordentliche allgemeine Personen-Schätzung unter Beseitigung aller Exemtionen, nach einem beigelegten speziellen Anschlag der Personen, ausgeschrieben, welche in drei Terminen bis zum 1. Septem-ber d. J. erhoben und eingezahlt werden soll.

Bemerk. Der, dieser Verordnung einverleibte Personal-Anschlag theilt die Bevölkerung in vier Hauptklassen, nämlich: 1. in Geistliche und deren Angehörige und weltliche Diener, Pächter und Gesinde; 2. in Ritterschaft und Adliche und deren Angehörige, nebst Beamten, Pächtern und Diensthoten; 3. in Städte und deren Vorstände, Bürger, Gewerbtreibende und ihre Angehörigen und Dienstleute; und 4. in Landwirthe, und ländliche Gewerbtreibende und Ackerleute nebst ihrem Gesinde.

Die Beitragsquote der Steuerpflichtigen ist beinahe auf das Doppelte des in dem oben sub Nr. 75 d. S. beigebrachten Tarife spezifisirten Satzes gesteigert, und der Beitrag der vergläubeten Judenschaft auf 200 Rtl. festgesetzt.

194. Bonn den 12. Juni 1685. (B. 1. b. Jagd-Frevel.)

Max. Heinrich, Erzbischof und Churfürst zu
Cöln etc., Bischof zu Münster etc.

Zur Beschränkung der im Fürstenthum Münster übermäßig gesteigerten Jagd- und Fischerei-Frevel wird, im Wesentlichen Folgendes, landesherrlich verordnet:

1. Die in der Nähe landesherrlicher Gehege und Wildbahnen wohnenden Jagd-Berechtigten auf kleines Wild, dürfen Erstere mittelst ihrer Hunde nicht stören;

2. die in oder bei diesen Gehegen wohnenden, außerhalb derselben zur Jagd Berechtigten, müssen ihre Hunde festlegen und beim Durchzug der Gehege dieselben gekoppelt halten; denselben wird auch die unbefugte Jagd auf Vögel und das Fischen und Krebsen in den landesherrlichen Revieren verboten;

3. der Eintritt in letztere, unter dem Vorwand der Verfolgung des außerhalb angeschossenen Wildes, ist jedem Unbefugten bei Geld- und Leibestrafe untersagt;

4. die Hunde der Landbewohner sollen entweder eines Gliedes am Vorderfuße beraubt, oder mit einem $\frac{3}{4}$ Ellen langen Knüppel, bei Strafe von 3 Goldg. für jeden Unterlassungsfall, behangen werden, auch müssen

5. die Metzger und Schäfer ihre Hunde, in den Wildbahnen und Gehegen, an Stricken führen;

6. Hirsche, Rehe und Schweine dürfen während des Zeitraums von Ostern bis Jacobi, ohne landesherrlichen Spezialbefehl, durchaus nicht geschossen werden;

7. die anmaßliche Ausdehnung der, auf adlichen Hofesaten, oder sonst auf kleines Wild, bestehenden Jagdbefugnisse, auf großes Wild, soll fiskalisch bestraft werden; jedoch ist es erlaubt das aus den Gehegen abstreifende hohe Wild, von den Wiesen und Saatsfeldern zu verschrecken;

8. die Aufbietung der Unterthanen zu Land- Jagden und Fischereien ist nur in Folge desfalliger landesherrlicher Spezialbefehle statthaft.

Bemerk. Der ganze Inhalt der obigen Verordnung, — welcher in C. A. Schlüters Provinzial-Recht der Provinz Westphalen (Leipzig 1829) Bd. I. p. 174 abgedruckt ist, — ist von dem Bischof Friedrich Christian am 23. August 1689 (A. 4. b.), wörtlich gleichlautend, wiederholt verkündigt worden.

195. Bonn den 3. Juli 1685. (A. 3. b. Schatzpflichtige und freie Häuser etc.)

Max. Heinrich, Erzbischof und Churfürst zu
Cöln etc., Bischof zu Münster etc.

Die in der Stadt Münster, seit dem Jahre 1661, ohne landesherrliche Erlaubniß und Zustimmung der Betheiligten, häufig geschehenen Vereinigungen von schatzpflichtigen Häusern und Grundstücken mit dergleichen schatzfreien Liegenschaften, werden für die Zukunft, und in so fern solche Vereinigung nicht nach vorher erlangtem Consens des Landesherrn oder anderer Interessenten, und nach geschehener Abfindung mit der Stadt, wegen der Schätzungen, Schulden und öffentlichen Lasten geschieht, — bei 100 Goldg. fiskalischer Strafe verboten;

sodann wird auch den Eigenthümern der ohne diese Bewilligung und Abfindung vorhandenen schulpflichtigen, mit schulpflichtigen Grundstücken vereinigten Liegenschaften aufgegeben: sich über die desfalls für Vergangenheit und Zukunft ihnen obliegenden Leistungen, vor einem fürstlichen Commissar, mit dem Stadtrath zu Münster zu vergleichen.

196. Münster den 9. Januar 1686. (A. 3. b. Öffentliche Sicherheit.)

Fürstlich münster'sche Regierung.

(Unter landesherrlicher Titulatur.)

Bei der vielfach gestörten öffentlichen Sicherheit durch Mord- und Diebesgesindel und ganze Rotten in- und ausländischer starker Bettler und Vagabunden, wird verordnet: daß alle nach Verkündigung dieses Edictes betrogen werdende Zigeuner, Heiden, sowie ein- und ausländische starke Bettler verhaftet, und nach vorheriger Ausweisung und Ausstellung am Pranger, mit Androhung verschärfster gleichartiger Strafe im Wiederbetretungsfall, des Landes verwiesen, wenn aber Verdacht ihrer Theilnahme an Verbrechen obwaltet, zur Criminaluntersuchung gezogen werden sollen; daß die inländischen wirklichen Armen nur in den Kirchspielen, Städten und Aemtern ihres Wohnortes betteln dürfen, und nur bei Unzulänglichkeit der Mittel mit Bettelscheinen auf festzusetzende Dauer versehen, die mit dergleichen verfälschten Zeugnissen Ertrappten aber mit Leibesstrafe belegt werden sollen; daß die fremden Colлектanten und hilflosbedürftigen Verunglückten mit amtlichem Scheine an die fürstliche Regierung zu Münster instruirt werden müssen, um daselbst mit Erlaubnisscheinen zum Sammeln milder Gaben versehen zu werden; und daß die seit zwei Jahren im Lande ohne Gewerbausbübung sich aufhaltenden Müßiggänger zur Auswanderung angewiesen, resp. nach zweimonatlicher Frist dazu gezwungen werden sollen.

197. Bonn den 4. Juni 1686. (A. 3. b. Reichs-Postwesen.)

Max. Heinrich, Erzbischof und Churfürst zu Köln u., Bischof zu Münster u.

Zur Erhaltung des in den Reichslanden eingerichteten kaiserlichen Postwesens, wird das in dem Jahre 1661 von dem Bischof Christoph Bernhard erlassene Post-Edict landesherrlich erneuert; und verordnet: daß alle zum Nachtheil des Reichs-Postwesens vorhandene Neben-Posten, fremde Boten und besondere Brief-Sammlungen und Bestellungen abgeschafft, und die ferner damit sich Befassenden mit gefänglicher Einziehung, sowie mit Confiskation ihrer Pferde und Sachen nebst 100 Goldg. Geldbuße, bestraft werden sollen.

Bemerk. Die obigen Bestimmungen sind durch die Bischöfe Friedrich Christian und Franz Arnold unterm 24. Januar 1689 u. 22. December 1714 (B. 1. u. 2. b.) gleichlautend erneuert worden.

198. Bonn den 14. December 1686. (A. 3. b. Münzen.)

Max. Heinrich, Erzbischof und Churfürst zu Köln u., Bischof zu Münster u.

Nebst Publikation eines von den niederrheinisch-westfälischen Kreisständen auf dem Münz-Probations-Tage zu Eöln am 19. August d. J. gefaßten Beschlusses, — wodurch das Prägen von Scheide-Münzen während der nächsten 12 Jahre in allen Kreis-Münzstätten gestellt, sodann auch die Beifügung von nur 25 Procent Scheidemünzen in Zahlungen gestattet wird, — und mehrere falsch und unterhältig befundene Münzen verrufen und entwürdigt, auch die fernerhin allein legalen Münzstätten bezeichnet werden, — wird landesherrlich befohlen, daß im Fürstenthum Münster die fremden 8, 14 und 28 Pfennigstücke auf 6, 10½ und 21 Pf. münster'sch, desgleichen die gräflichen einfachen Mark-Stücke auf 8 Schilling münster'sch reducirt, bis auf weitere Bestimmung, kurstren sollen.

Bemerk. Durch ein unter landesherrlicher Titulatur von der Regierung zu Münster am 18. December 1687 (B. 1. b.) erlassenes Edict, sind die obigen Reductio-

nen bestätigt und ist festgesetzt worden, daß die dadurch reduzirten Münzsorten vom 1. Februar 1688 an ganz verrufen und außer Cours gesetzt sein sollen.

199. Münster den 14. Juni 1687. (A. 3. b. Verträge der Eigenbehörigen.)

Fürstlich münster'sche Regierung.
(Unter landesherrlicher Titulatur.)

Auf den Antrag der zum Landtag vereinigten Stände, wird die am 30. März 1610 (Nr. 67 d. C.) erlassene Verordnung erneuert und sollen die von den Eigenbehörigen, ohne güteherrlichen Consens geschlossenen Aussteuerungs-, Brautschatz- u. a. Schuld-Verträge durchaus nichtig sein und die darauf gestützten Klagen bei allen stiftlichen Gerichten abgewiesen werden.

200. Münster den 22. November 1687. (A. 3. b. Bier-Einfuhr.)

Fürstlich münster'sche Regierung.
(Unter landesherrlicher Titulatur.)

Der Verkauf des, zum Nachtheil des inländischen Gewerbebetriebes, häufig eingeführt werdenden ausländischen Bieres und Koyts, wird, bei Strafe der Confiskation des Letztern und 20 Goldg. Geldbuße, verboten.

201. Bonn den 17. März 1688. (B. 1. b. Landes-Vertheidigung.)

Mar. Heinrich, Erzbischof und Churfürst zu Köln u., Bischof zu Münster u.

Zur Beseitigung der Unordnungen bei den Amts- oder Kirchspiels-Führerschaften im Fürstenthum Münster wird bestimmt:

1. daß die zu Führern ernannten Offiziere der reduzirten Miltz, von dem schatzpflichtigen Gerichts-Bezirken (ohne Exemptionsgestattung) unterhalten; und zur Waf-

sen-Übung des auf ein Drittel verminderten Ausschusses (der waffenfähigen Unterthanen), sowie zu dessen Anführung, bei eintretender Aufbietung desselben zur Landesvertheidigung, verwendet werden sollen;

2. daß diesen Führern angemessene, aus aneinander grenzenden Orten bestehende Bezirke von den Lokalbeamten angewiesen werden, und sie in denselben die Haus- und Kirchspiels-Leute, sechs mal im Jahre, an amtlich festzusetzenden Tagen in den Monaten: Januar, März, Mai, Juli, September und November, mustern und exerciren sollen;

3. daß über die desfalls pflichtigen Leute eine amtlich zu fertigende genaue Liste, den Führern übergeben und die Mannschaft zu den Mustern von den Ortsbehörden und Bödten aufgeboden werden soll;

4. daß die Haus- oder Kirchspiels-Leute in Person erscheinen müssen und nur Ausnahmeweise, mit amtlicher Erlaubniß, sich bei der Musterung und Übung durch einen Sohn oder tüchtigen Knecht vertreten lassen dürfen, Ausbleibende aber in $\frac{1}{4}$ Rthlr. Strafe verfallen sollen;

5. daß alle zur Musterung Aufgebodene, dabei mit einem eigenen, tüchtigen Schießgewehr nebst ledernem Bandelier und Patronentasche, und nur die Bauerrichter mit einem Seitengewehr erscheinen müssen, und daß Leihung dieser Waffen, deren Vernachlässigung, und schlechte Handhabung bei den Übungen im Feuer u., auf den Antrag der Führer mit $\frac{1}{8}$ bis $\frac{1}{4}$ Reichsthaler Strafe amtlich belegt werden soll; und daß endlich

6. die als Führer fungirenden reformirten Offiziere, den Militairgerichtsstand beibehalten, nicht zu Frohdienern, sondern nur „zu der hieroben anbefohlenen Exercir- und Musterung, sodann in des Landts, oder Amts „Geschäften vorfallenden gemeinen Aufbott und distfalls „zum gemeinen Besten erfordernder nöthiger Anführung „der Underthanen, Stillung der Urruhe, Besorg- und „Bersehung der Wachten an den Gränzen und Pässen „und andern zu Securitát des Batterlands mehr benö- „thigten Diensten gebraucht werden sollen.“

202. Münster den 8. Juni 1688. (B. 1. b. Sedis-Vac.)

Das Domkapitel des Stiftes Münster, sede vac.

Publikandum in Betreff der, nach geschehener Erledigung des bischöflichen Stuhles, durch Tod des Erzbischofen und Bischöfen Max. Heinrich ic., angetretenen Landesregierung des stiftischen Domkapitels, nebst Befehl an die Beamten in allen vorkommenden Angelegenheiten die Verordnung des Letztern zu gesinnen resp. zu gewärtigen.

Bemerk. Unter demselben Datum und am 30. Juni und 5. Juli ej. a. (A. 3. b.) hat das Domkapitel wegen des vorangezeigten Todesfalles ein allgemeines Trauergeläute in allen Kirchen, täglich von 12 bis 1 Uhr Mittags, und auch kirchliche Gebete während 6 Wochen, sowie eine Trauerfeierlichkeit in allen Landeskirchen, zum Gedächtniß des Verstorbenen und behufs glücklicher Wahl eines neuen Landesregenten befohlen.

203. Münster den 20. Juli 1688. (F. e. Revisions-

Ordnung.)

Das Domkapitel des Stiftes Münster, sede vac.

Festsetzung einer fernerhin genau zu beachtenden Revisions-Ordnung für alle diejenigen appellationsfähigen Rechtsfälle, in welchen, zufolge der Geistlichen-Hofgerichts-Ordnung de 1651 (— unter Verzichtleistung auf das Appellationsrecht an die Reichsgerichte und auf anderweitige Recurse —) von den bei dem geistlichen oder weltlichen Hofgericht in erster oder zweiter Instanz gefällten Urtheilen, die Berufung an die fürstliche Kanzlei gestattet ist; — wodurch die Formen und Fristen der Revisions-Einmittlung und Rechtfertigung, die, nach Erlegung von Sukkumbenzgeldern, anzuwendende Prozedur und Ordnung, sowie die, nach statthaftem vorhergegangenem Sühneversuch, eintretende Fällungs- und Vollziehungs-Art der Revisions-Urtheile ic. ic. ausführlich vorgeschrieben werden.

Bemerk. Conf. die erneuerte Revisions-Ordnung vom 16. Juni 1697 und 10. Juni 1705, Nr. 228 d. S.

X 204. Münster den 24. Juli 1688. (A. 3. b. Handlungs- ic. Bücher.)

Das Domkapitel des Stiftes Münster, sede vac.

Nebst Festsetzung der Förmlichkeiten der Einrichtung und Führung der Rechnungs-Bücher der Kaufleute und anderer auf Rechnung arbeitender, borgender und handelnder Gewerbtreibender und Handwerker, — welche Förmlichkeiten bei Strafe von 5 Goldg. nicht unterlassen werden dürfen, und in deren Ermanglung die geführte Annotation, für ein förmliches Kaufmannsbuch nicht geachtet, auch weder in- noch außerhalb Gerichtes als Beweismittel angesehen werden soll; — wird verordnet 1. daß künftig dergleichen förmlich eingerichteten Kauf- und Handels-Büchern dennoch nur für eine zweijährige Frist nach geschehener Ausnahme oder Borgung der Gegenstände, eine rechtliche Beweiskraft beizubehalten soll; daß mithin spätestens 3 Monate nach Abfluß solchen Zeitraumes die Rechnung ausgezogen und von dem Schuldner anerkannt, oder gegen denselben gerichtlich eingeklagt werden müsse; und daß bei Forderungen der Kaufleute und Handwerker, für die zwei ersten Jahre der Zahlungs-Säumniß gar keine, dann aber 5 Procent Verzugszinsen berechnet werden dürfen; 2. daß die Taxbücher der Advokaten, Nerzte, Apotheker, Procuratoren, Notarien, Sollicitanten und dergleichen Geschäftsleute, in bisheriger Weise eingerichtet und fortgeführt, und die Forderungen nach vollendetem Prozeß oder beendigter Krankheit des Schuldners wie früherhin eingemahnt und beigetrieben werden sollen; 3. daß endlich aber alle ältere Buchschuldforderungen ohne Ausnahme, auf den Grund der früher üblichen Kaufmanns- und dergleichen Rechnungs-Bücher, nur noch während der nächsten fünf Jahre, klagbar sein sollen.

Bemerk. Durch Verordnung des Bischofen Friedrich Christian, d. d. Münster den 26. Aug. 1693 (A. 4. b.), sind die obigen Vorschriften bestätigt, erneuert und nur dahin erläutert worden: daß alle, vor und nach dem vorangezeigten Edikte de 1688 entstandene Buchschuldforderungen, jeder Art, bis zum 31. December 1695, um so gewisser anerkannt oder gerichtlich eingefordert werden sollen, als desfalls nach Ablauf dieser, ferner unausstreckbaren Frist, den Handels-, Tax- und Rech-

nungs-Büchern, weder in- noch außerhalb Gerichts ir-
gend eine Beweisraft beigelegt werden darf und soll.
(Conf. auch Nr. 380 und Nr. 500 d. S.)

(NB. Die in den oben angezeigten Edikten enthaltene
Bestimmung, daß nach versäumter Refognitions- oder
Klage-Frist, es dem Gläubiger nicht gestattet werden
soll: seinem Buch-Schuldner den Anerkennungs-Eid zu
deferiren, ist (zufolge zuverlässiger Ermittlung) nicht
zur Observanz gekommen, indem das weltliche Hofge-
richt immer darauf erkannt hat.)

205. Münster den 3. August 1688. (A. 3. b. Bischofs-
Wahl.)

Das Domkapitel des Stiftes Münster.

Anordnung eines kirchlich zu feiernden Landes-Dank-
Festes wegen der am 29. v. M. stattgefundenen Erwäh-
lung des seitherigen Domdechanten Herrn Friedrich Chri-
stian von Plettenberg zum Bischof zu Münster.

206. Münster den 26. October 1688. (B. 1. b. Fremde
Werber.)

Friedrich Christian (von Plettenberg), Bischof
zu Münster ic.

Wegen obwaltender kriegerischer Zeitumstände (Reichs-
krieg gegen Frankreich) wird jede fremde Kriegswerbung
und der Eintritt in fremde Kriegsdienste ohne landesherr-
liche Spezial-Erlaubniß, bei Güterkonfiskations- und an-
drer peinlicher Leibesstrafe verboten, und soll gegen die
in letzterer Beziehung entgegenhandelnden Unterthanen,
Sequestration ihres gegenwärtig besitzenden und künftig
zu erwartenden Vermögens verwirkllicht, auch dieselben
im Entpangungsfall verhaftet, und an die nächste Landes-
herrliche Garnison, nebst desfalliger Anzeige an den Lan-
desherrn, abgeliefert werden.

Die von fremden Truppen, ohne diesseitige Bewillig-
ung, geschehenden Einfälle und willkürlichen Einqua-
rierungen in den stiftischen Grenzorten sollen, mittelst der
zu requirirenden landesherrlichen Truppen und der auf-

zubietenden Land-Miliz, ohne vorherige Anfrage, mit Ge-
walt abgewehrt, die mißbräuchlich vorhandenen Nebenwege
und Pässe zerstört, die Landstraßen und Landwehren beset-
zt, auch die Kirchspiele zu gegenseitiger Hülfe zur Abweh-
rung feindlicher Invasionen entboten, und dabei von allen
Civil- und Militair-Behörden schleunigst mitgewirkt werden.

Bemerk. Die Aufkauf- und Ausführung inländischer
Pferde ist am 7. December 1688 (A. 4. b.), wegen
obwaltenden eigenen Bedürfnisses bei Confiskations- u.
a. Strafe verboten, und unterm 2. Februar 1689
(A. 4. b.) ein allgemeines Landes-Gebet um fernere
Abwendung der drohenden Kriegsdrangsale angeordnet
worden.

Das Verbot der fremden Werbungen und des Ein-
tritts in fremde Kriegsdienste ist fernerhin, am 9. Jan-
uar 1692 (A. 4. b.), 29. Januar 1693, 8. Januar
1710 (A. 5. b.) und 26. März 1748 erneuert worden.

207. Münster den 6. Juli 1690. (B. 1. b. Frauen-Klöster.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster ic.

In den in der Diöcese Münster vorhandenen Frauen-
Klöstern, welche keine Klausur beachten und dazu her-
kömmlich nicht verpflichtet zu sein behaupten, dürfen, bis
zur wirklichen Einführung einer strengen Klausur, ferner-
hin keine Novizzen aufgenommen, und die bereits als sol-
che darin vorhandenen Individuen nicht eingekleidet werden.

Die Oberinnen der Klöster werden zur genau'n Beach-
tung dieser in päpstlichem Auftrage und aus bischöflicher
Macht festgesetzten, auf das Kirchen-Concilium zu Trident
und auf päpstliche Constitutionen gestützten Vorschrift an-
gewiesen und deren Publikation von der Kanzel den sämt-
lichen Pfarrern befohlen.

208. Münster den 30. Januar 1691. (A. 4. b. Kassen-
Assignmenten.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster ic.

Die Inhaber der früherhin und später in Kriegs- und
Friedenszeiten von der stiftischen Landtschafts-Pfennings-

Kammer, auf Städte, Wigbolde, Kirchspiele und Gemeinden, ausgestellten und schon bezahlten Zahlungs-Anweisungen werden, unter Androhung von 300 Goldg. Geldbuße, angewiesen, dieselben in Original binnen Jahresfrist an die zur Kirchspielsrechnungs-Abnahme örtlich versammelten Beamten und Gutsberrn auszuliefern, und müssen die gleichartigen, ganz oder theilweise noch nicht berechtigten Affignationen, von den Besitzern gleichmäßig und binnen derselben Frist, behufs einer genau zu bewerkstellenden Abrechnung und Festsetzung der Forderungen, bei Strafe der Vernechtung aller Ansprüche, producirt werden.

Bemerk. Durch Verordnung des sed. vac. regierenden Domkapitels zu Münster vom 14. Mai 1706 (B. 2. b.), sind alle in Folge obiger Weisung binnen der festgesetzten Jahresfrist und bis hierhin nicht producirten, ganz oder theilweise unbezahlten Kassenanweisungen, ohne alle Ausnahme, für null und nichtig erklärt worden.

209. Münster den 23. Mai 1691. (A. 4. b. Jagdschlußzeit.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster ic.

Zur Erhaltung der Wildbahn und zur Verhütung vielfacher Beschädigung der Fruchtfelder, wird es allen Jagdberechtigten oder Jagd-Besitzern, bei Strafe von 100 Goldg. Geldbuße, Wegnehmung der Jagdgeräthe und Tödtung der Hunde, verboten: während der Monate Mai, Juni und Juli jedes Jahres irgend eine Art der Jagd auszuüben; sodann werden auch alle Jagd-Berechtigte verpflichtet, nur mit eigenen, nicht von andern geliehenen Netzen, Gezeug und Hunden die Jagd zu betreiben, auch dieselbe nur durch ihre eigenen, in ihrem Brod, Gehalt und Dienst stehenden Jäger ausüben zu lassen.

Bemerk. Conf. den ganzen Inhalt der obigen Verordnung in C. N. Schlüters Provinzial-Recht der Provinz Westphalen (Keipzig 1829) Bd. I. p. 177.

210. Münster den 10. November 1691. (A. 4. b. Markt-Ordnung zu Warendorf.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster ic.

Markt-Ordnung für die Stadt Warendorf, wodurch, nebst dem Verbote des Vor- und Aufkaufens der vom

Lande zur Stadt gebracht werdenen Viktualien, Früchte, Holz, Heu und Stroh, ausführlich bestimmt wird, an welchen Orten des Marktplazes und der Straßen die Verkäufer der verschiedenen Gegenstände diese an den gewöhnlichen Markttagen feil bieten sollen, sodann aber auch den Landbewohnern gestattet wird, ihre Produkte durch städtische Bürger in deren Häusern oder auf dem Markte veräußern zu lassen.

Contraventionen sollen mit körperlicher Haft und Geldbuße der Bürger, und mit Confiskation der Viktualien zu Gunsten des Waisenhauses und zu Last der Landleute bestraft werden.

211. Münster den 26. November 1691. (A. 4. b. Straßenspolizei zu Münster.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster ic.

Behufs der Beschaffung und Erhaltung der Straßen-Reinlichkeit in der Stadt Münster und zur Verhütung einer Luftverderbenden Anhäufung verwesender Gegenstände, sollen von einer landesherrlich, mit Zuziehung des Stadtrichters, angeordneten Commission folgende Vorschriften streng und ohne Berücksichtigung vorgeschützt werdender Freiheiten und Immunitäten gehandhabt werden:

1. Sämmtliche Straßen sollen genau visirt, in Discrete eingetheilt, die vorgefundenen Mängel aufgezeichnet, und deren Ausbesserung im nächsten Frühjahr, jedem Hauseinwohner aufgegeben werden. Die Kosten dieser Straßenausbesserung fallen dem Hauseigenthümer zur Last, jedoch ist bei dessen Saumseligkeit der Pächter zu deren Bestreitung verpflichtet und resp. zu deren Abkürzung an der Pacht ermächtigt.

2. Sämmtliche vor den Häusern an offener Straße befindliche Misthaufen müssen weggeschafft, auch die Rothhaufen vor den Häusern alle 14 Tage weggefahren, und die Straßen zweimal in der Woche, von der Rinne bis zum Hause aufwärts, gereinigt und der Koth aufgehäuft werden.

3. Das bei eintretendem Regenwetter geschehende Einwerfen und Einkehren von allerlei Urath in die Straßen-Rinnen (Gaußecken), wodurch die Kanäle (Bommeln)

verstopft werden und der Abfluß selbst damit angefüllt wird, darf so wenig wie das nächtliche und heimliche Herausdragen des Kothes, auf die Straßen und Kirchhöfe oder in die Kanäle und in die Ahe stattfinden.

4. Die vorhandenen Kanäle sollen von den Eigenthümern der anschließenden Häuser und Grundstücke gereinigt und „beständig ausgebeßert“ werden.

5. Das Werfen verreckter Kälber, Schweine, Hunde und Katzen und anderer Vieh-Käfer in die Ahe und Privat-Abflüsse, oder auf Straßen und gemeine Plätze soll mit Gefängniß bestraft, und mit einer Entschädigungsleistung an den Abdecker belegt werden.

6. Die Berengung und Berunreinigung der Straßen und Gassen durch Hinlegung von Balken, Planken und dergleichen Materialien, darf nur im Falle eines Hausbaues gestattet werden.

Die durch Nichtbeachtung der obigen Vorschriften verursachten und von der Commission festzusetzenden Strafen, sowie die Erfüllung der Erstern sollen durch militärische Exekution beigetrieben und resp. erzwingen werden.

Bemerk. Die obige Verordnung ist vom Bischofe Franz Arnold *sub dato* Cassenberg den 30. Mai 1708 (A. 5. b.) wörtlich gleichlautend erneuert worden.

211 1/2. Haus Cassenberg den 20. Juli 1692. (I. b. Arznei- resp. Medizinal-Ordnung.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster etc.

Zur nöthigen, auch in der Reichs-Polizei-Ordnung befohlenen Handhabung der Medizinal-Polizei im Stifte Münster, werden sämmtliche in demselben befindliche Aerzte, Apotheker, Wundärzte, Vater und dazu gehörige Personen angewiesen, nach den zu Frankfurt, Nürnberg und Paderborn eingerichteten ausführlichen „Arznei-Ordnungen“ und deren nachfolgenden landesherrlichen Erläuterungen und Zusätzen, ihre Amts- und Dienstpflichten aufs Genaueste auszuüben:

1. Nur den auf Universitäten und Akademien promovirt habenden und landesherrlich bestätigten Aerzten ist die Ausübung der innern Heilkunde erlaubt, ausschließlich

jedoch der den Wundärzten bei gefährlichen Wunden aber nur mit Rath eines Arztes, gestatteten Verordnung von Wundgetränken.

2. Die Lebensgefahr eines Patienten muß, zur Beförderung seines Seelenheils, von dem Arzte den nächsten Anverwandten oder dem Seelsorger des Erstern entdeckt und hiernach das Heilverfahren gewissenhaft bewirkt werden.

3. Die Wahl des Apothekers soll dem Kranken und seinen Angehörigen überlassen und durch Empfehlungen des Arztes nicht bestimmt werden.

4. Die Aerzte sollen ihre Belohnungsforderung nicht übertreiben, auch den Armen unentgeltlichen Beistand leisten, und ihren Beruf treu und fleißig erfüllen.

5. Die Apotheker müssen alle zu einer wohlbestellten Apotheke gehörige Materialien und Medicamente stets frisch und unverdorben vorrätzig haben, wogegen es alsen Krämern, Gewürzhändlern und Zuckerbäckern, bei Confiskationsstrafe verboten ist, nach halbjähriger Frist, diejenigen Materialien und Waaren, deren ausschließlicher Verkauf herkömmlich den Apothekern überwiesen ist, ferner zu kaufen, zu besitzen und zu verkaufen.

6. Allen fremden, unbekannt und umherziehenden Cherial- und Salben-Krämern, Zahnbrechern, Empyriern, vermeintlichen Alchymisten und dergleichen, darf ein heimlicher oder öffentlicher Aufenthalt und Verkauf von Arzneien etc., ohne landesherrliche Erlaubniß nicht gestattet, und sollen die ohne Letztere Betroffenen mit Confiskation ihrer Waare und mit Landesverweisung bestraft werden.

7. Die landesherrlichen „Leib- und Land-Medicis“ (Physiker) sollen a) die genaueste Aufsicht auf gute und angemessene Beschaffenheit der Arzneikörper, Gefäße und Geschirre, der Arznei-Bereitung und Verkaufspreise und der zeitgemäßen Materialien-Erneuerung in den Apotheken führen; und die desfalls fehlenden oder betrüglich handelnden Apotheker zur Bestrafung, auch etwa gänzlichen Abschaffung, anzeigen, auch desfalls b) sämmtliche Apotheken jährlich wenigstens einmal genau und fleißig visitiren.

8. Die Bereitung von wichtigen und zusammengesetzten Arzneimitteln, deren Dispensirung den Apothekern erlaubt ist, muß unter spezieller Aufsicht eines landesherrlich ap-

probirten Arztes bewirkt, und von diesem, die Güte und das Gewicht des Medicamentes, sowie dessen Bereitungszeitpunkt, im Apothekerbuche und am Gefäße verzeichnet werden.

9. Die Apotheker sind nicht verbunden, die Zusammensetzung eines ihnen von einem Arzte zur Bereitung anvertrauten und heimlich zu haltenden Heilmittels oder ein ärztliches Privat-Rezept einem Andern mitzutheilen.

10. Die Apotheker und deren Gehülfen müssen sich jeder Ausübung der Heilkunde und jeder Verordnung von Arzneien enthalten und sich darauf beschränken, die von den Ärzten verordneten Heilmittel genau und reinlich zu bereiten, weshalb jederzeit der Prinzipal oder ein tüchtiger Gehülfe in der Apotheke anwesend sein soll.

11. Die Annahme von Gesellen und Lehrlingen der Apotheker, muß nach den oben erwähnten Arznei-Ordnungen und dem Landesgebrauch, resp. mit Rücksicht auf deren Sittlichkeit und Kenntniß der lateinischen Sprache geschehen, bei definitiver Aufnahme eines Gesellen oder Lehrlings muß derselbe vorher einem landesherrlichen Leibarzt oder Land-Medikus vorgestellt werden.

12. Behufs der Gleichförmigkeit der Bereitung, sowie der Verordung und Werthschätzung der Heilmittel, müssen die zusammengesetzten Arzneikörper nach einem approbirten allgemeinen Dispensatorium zubereitet werden.

13. Eine von allen Apothekern gleichmäßig zu beachtende und beim Verkauf nicht zu überschreitende Preislaxe der Arzneien, wird — mit Vorbehalt ihrer künftigen landesherrlichen Aenderung, nach Maassgabe der sich ändernden Waarenpreise — festgesetzt und (in einem beigefügten Exemplar) publizirt.

Bemerk. Die beigefügte Arznei-Laxe setzt in den ersten 44 Kapiteln die Preise der nach Gattungen gesonderten Arzneikörper fest; bestimmt im Kap. 45, daß die wandelbaren Waarenpreise bei merklichen Veränderungen berücksichtigt und die Arznei-Laxe, mit Zugiehung der Ärzte, desfalls regulirt werden soll; sie unterrichtet das Publikum im Kap. 46 über das Verhältniß und die Bezeichnungsart des Apothekergewichtes, und setzt in den Kapiteln 47 und 48 die den Apothekern für ihre Präparate, und den Chirurgen für ihre Kuren und Verrichtungen zuständigen Belohnungen fest.

212. Münster den 18. October 1692. (A. 4. b. Frucht-perr.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster etc.

Wegen des durch anhaltendes Regenwetter erzeugten Mißwachses und bei dem schlechten Stande der neuen Saat, wird die Aus- und auch die Durchfuhr von Weizen, Roggen, Gerste, Malz, Hafer und Buchweizen, so dann auch das Branntweimbrennen aus Früchten, bis auf weitere Verordnung, verboten.

Contraventionen sollen mit Wegnahme der Früchte und der Branntwein-Kesseln und sonst willkürlich bestraft werden.

Bemerk. Dergleichen oft wiederholte spätere Aus- und Durchfuhr-Verbote der Früchte, zuweilen unter Ausdehnung auf Bohnen, Erbsen und Mehl, sind in dieser Sammlung ferner nicht mehr angezeigt, in so fern sie nicht ein anderweitiges Interesse bieten.

213. Münster den 19. December 1692. (A. 4. b. Hausrhandel.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster etc.

Die, zum Nachtheil der inländischen, privilegirten Kupferschmiede, im Lande umherziehenden fremden Kesselflicker, sollen im Betretungsfalle verhaftet und mit Confiskation ihrer Waaren bestraft, auch vor wirklicher Erlegung von 50 Rthlr. Straf nicht entlassen werden. Die hausrend ihr Gewerbe ausübenden Kesselführer, müssen sich, durch Produktion eines amtlichen Attestes ihrer wirklichen inländischen Niederlassung, als stiftische Unterthanen legitimiren.

214. Münster den 13. Februar 1693. (B. 1. b. Kirchen- und Schul-Ordnung.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster etc.

Zur Beförderung des Kirchen- und Schulwesens werden („tragenden hohen Bischöflichen Amts halber“) die im Jahre 1675 (Nr. 167 d. S.) verkündigten Verord-

nungen, mit mehreren für nothwendig erachteten Zusätzen (in deutscher Sprache) erneuert, und wird dadurch, — nebst ausführlicher Festsetzung der den Pfarrern, Seelsorgern, Ordensgeistlichen, Schulmeistern und Unterthanen obliegenden Verpflichtungen zu regelmäßiger Haltung und Besuchung des Gottesdienstes, des Religionsunterrichts und der Schulen, — u. A. verordnet:

daß an Sonn- und Festtagen während des Gottesdienstes und Religionsunterrichtes die Gast- und Schenkwirthe keine Getränke (bei 6 Goldg. Strafe) verkaffen sollen, und daß Niemand (bei 2 Goldg. Strafe) sich in den Wirthshäusern finden soll;

daß an Sonn- und Feiertagen kein Hochzeits- oder Kindtaufs-Schmauß (bei willkürlicher Strafe) gehalten werden dürfe;

daß die in Städten, Flecken, Dörfern und weit entlegenen Bauerschaften vorhandenen Elementarschulen erhalten und die Eingegangenen wieder errichtet werden sollen, und daß die mit besondern Schulen versehenen Bauerschaften, deshalb nicht von ihrer Beitrachtpflicht zum Unterhalt, sowie zum Bau und zur Reparatur der Kirchspiels-Schule befreiet sind;

daß die männlichen und weiblichen Schulkinder wo möglich unter besondre Lehrer und Lehrerinnen gestellt, jedenfalls aber in den für sie gemeinschaftlichen Schulen nach den Geschlechtern getrennt, gesetzt und unterrichtet werden sollen;

daß nur geprüfte und von den Archidiaconis oder vom General-Vikariate als tüchtig befundene Lehrer und Lehrerinnen angestellt werden dürfen;

daß alle zu schulfähigem Alter gelangte Kinder schulpflichtig sind, und nur mit Genehmigung des Pfarrers aus der Schule gelassen werden dürfen, bei Strafe doppelter Schulgeldzahlung, jedoch ohne Beeinträchtigung der Befugniß des Adels und der Militär-Offiziere zur Haltung von Privatlehrern;

daß für jedes Schulkind jährlich wenigstens $\frac{1}{2}$ Rthlr. Schulgeld entrichtet, die besondere Vorschrift wegen Unterhaltung und Bau einer Schule in einer entlegenen Bauerschaft aber dadurch nicht geändert werden soll;

daß das Schulgeld und die Unterrichtsmittel der Kinder von ganz unvermögenden Eltern aus Gemeinde-Armenmitteln bezahlt werden sollen;

daß die Pfarrer und Seelsorger die Schulen wenigstens wöchentlich einmal besuchen und über deren Zustand jährlich einigemal an das General-Vikariat berichten sollen;

daß die Lehrer und Lehrerinnen von allen Wacht-, Dienst-, Einquartierungs- und Personal- und Real-Schätzungen, und dergleichen bürgerlichen Lasten befreiet bleiben sollen, und

daß Niemand zum Ehestand zugelassen werden darf, ohne vorhergegangene Prüfung durch den Pfarrer über den Besitz genügender Religions- und anderer zum christlichen Leben erforderlicher Kenntnisse.

Bemerk. Conf. auch Nr. 167 d. S.

215. Sassenberg den 17. Juli 1693. (E. 2. d. Stadtgericht zu Münster.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster u.

Allen Bürgern und andern weltlichen Eingewesenen der Stadt Münster, welche keinen besondern privilegierten Gerichtsstand haben, wird das münster'sche Stadt-Gericht als ihr anschließliches Gerichts-Forum in erster Instanz landesherrlich angewiesen, und wird es sämmtlichen andern Gerichten und Behörden, unter Androhung willkürlicher Strafe verboten, dieser Bestimmung entgegen zu handeln.

Bemerk. Der Bischof Clemens August hat sub dato Renhaus den 4. September 1721 (G. d.), unter Bestätigung der ältern Privilegien wegen des Forums in erster Instanz, alle dagegen geschehene und künftig stattfindende Eingriffe der münsterschen hohen Gerichte für nichtig erklärt.

216. Münster den 6. April 1694. (A. 4. b. Schwelgerien.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster u.

Bei dem wieder einreisenden Mißbrauch der Haltung von Schenkhochzeiten, wodurch nur zu Schwelgereien, Ueppigkeit und Kleiderpracht Veranlassung gegeben wird,

werden die dagegen ergangenen frühern Verbote erneuert und dahin geschärft, daß künftig Niemand dergleichen Schenkhochzeit veranstalten und besuchen darf, bei Vermeidung einer Strafe von 5 Goldgulden für jeden eingeladenen und erschienenen Gast, welche von den Wirthen und von den Gästen erlegt werden soll. Die Beamten werden angewiesen, dieses Verbot streng handhaben zu lassen, und ohne besondre landesherrliche Bewilligung keine desfallsige Dispensation zu gewähren.

217. Münster den 28. Mai 1694. (A. 4. b. Falsche Münzen.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster ic.

Warnung vor falschen churbrandenburg- und schwedisch-pommerschen Gulden.

218. Sassenberg den 3. Juli 1694. (A. 4. b. Taback-
Accise.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster ic.

Nebst Verkündigung der landesherrlich geschenehen Verpachtung der Taback-*Accise* an einen bezeichneten, gleichzeitig zu ausschließlicher inländischer Fabrikation des Rauch- und Schnupftabackes privilegirten Unternehmer, wird die Einführung alles nicht in Paqueten gefaßten ausländischen Tabackes bei Confiskations-Strafe verboten, die Stempelung des in Paqueten befindlichen vorrätigen und ferner eingeführt werdenden fremden Tabackes, gegen Entrichtung einer Abgabe von 1 Schilling münster'sch pr. Pfd., verordnet, und werden, unter Empfehlung der Abgabefreien Abnahme des inländisch fabrizirten Tabackes, ausführliche Vorschriften zur Sicherung seiner Güte, und Strafbestimmungen für Defraudationen der Abgabe ic. ertheilt.

219. Münster den 7. Juli 1694. (A. 4. b. Feld-ic. Diebe.)

Fürstlich münster'sche Regierung.

Die um die Stadt Münster von Kindern, Weibern und Armen häufig verübt werdenden Fischerei-, Garten-

und Feld-Diebereien, sowie die Zerfahrungen der Hecken und Zäune, sollen durch strenge Beaufsichtigung an den Stadthoren und sonst verhütet, und die ertappt werden den Frevler mit persönlicher Haft und mit, bis zur Aussetzung am Pranger zu schärfender, öffentlicher Strafe belegt, auch die Eltern und Wirthe der Dürftigen, für die Anreizung oder Duldung solcher Diebereien und Frevel ihrer Kinder und Einwohner, verantwortlich gemacht werden.

220. Ahaus den 15. October 1694. (B. 1. d. Gerichtliche Urkunden ic.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster ic.

Die in der münster'schen Landgerichts-Ordnung (vom 31. October 1571, Nr. 46 d. S.) enthaltene Vorschrift, daß alle Arten von Urkunden, Testamenten, Schenkungen und Verträgen gerichtlich vollzogen werden sollen, wird, unter Ausdehnung auf Inventar-Errichtungen, mit dem Zufage erneuert, daß fernere Entgegenhandlungen nicht nur mit der Nichtigkeitsstrafe, sondern auch noch mit besonderer fiskalischer Geldbuße belegt werden sollen.

221. Schloß Ahaus den 28. October 1694. (B. 2. d. Dienstaufgebote.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster ic.

Zur Verhütung fernerer eigenmächtiger Aufbietungen der Unterthanen zu Spann-Dienstleistungen, durch die Beamten, Bögte und andre Landbediente, wird es denselben verboten, künftig ohne landesherrlichen Special-Befehl einigen Vorspann zu Kammerdiensten, Kirchspiels- oder Kriegs-Folge aufzubieten, und verordnet, daß die Beamten vierteljährige Nachweisen der von ihnen bewirkten Vorspanstellungen der Hofkammer einreichen, auch den Unterthanen für jede Dienstleistung eine Quittung in ihre desfallsigen Büchelchen einschreiben müssen.

222. Sassenberg den 20. Juni 1695. (A. 4. b. Wegebau.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster ic.

Nebst wörtlicher Erneuerung der ältern Vorschriften über die Herstellung der Landstraßen und Wege (conf. Nr. 133 d. S.) wird deren sofortige allseitige Erfüllung wiederholt und zusätzlich befohlen, daß diese Verordnungen jeden Ortes alljährlich am Pfingstdienstage und am Allerheiligentage publicirt werden soll; und daß ebenfalls die Bürger und Einwohner der Städte, Wigbolden und Dörfer, die Straßen in und um dieselben herstellen und unterhalten müssen, in so fern kein anderes örtliches Herkommen bestehet.

Bemerk. Conf. den ganzen Inhalt der obigen Verordnung in C. N. Schlüters Provinzial-Recht der Provinz Westphalen (Leipzig 1829) Bd. I. p. 179.

223. Münster den 11. December 1695. (B. 2. a. Schatzungs-Anlage.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster ic.

Nachdem auf heut geendigtem Landtage der Schluß dahin ausgefallen, daß der Status auf ein ganzes Jahr lang von jetzt laufendem Monath Decembri an bis zum November des nechstbevorstehenden Jahrs inclusive eingerichtet und zu Abfindung dieses unsers Stifts und Fürstenthums gemeiner Beschwerde Nothwendigkeiten vierzehn Kirspels-Schatzungen, als nemlichen in den Monathen Junio, Julio, Augusto & Septembri jedes mahlen eine einfache Schatzung, in denen übrigen acht Monaten aber allemal fünf Quartal beigetragen und erhoben werden sollen; — so ist unser gnedigster Befehl ahn Euch hiermit, daß ihr sothane auf gemeinem Landtage beschehene Vereinhaltung der Gewohnheit nach sofort publiciren laßet, und mit behörigem Ernst und Fleiß, auff daß vorbemelte Schatzung der Exekutionsordnung gemes zu unserer Pfensningammer, bei Vermeidung ohnaußbleiblicher Exekution, zu rechter Zeit geliefert werden. ic. ic.

Bemerk. Bei der Unerreichbarkeit einer frühern gleichartigen Steuerausreibung erscheint die Obige (hier)

als die erste Bemüßigung und Repartition einer ganzen Jahres-Kirchspiel-Schatzung, welche sich, nach anderweitiger Notiz, in der Regel jährlich auf 12 einfache Kirchspiel-Schatzungen belieft.

Diese Kirchspiels-Schatzungen bildeten die gewöhnliche Besteuerungsart der nicht eximirten Unterthanen, und war eine einfache Kirchspiels-Schatzung die herkömmliche Einheit des matrikelmäßigen Anschlages. Die Untervertheilungsart der jedem Amte und respective jedem Kirchspiel in der (anscheinlich nur durch herkömmliche Beiträge festgesetzten) Schatzungsmatrikel zugewiesenen Quote zu einer Schatzung, scheint (conf. Nr. 100 d. S.) den Kirchspielen selbst überlassen gewesen zu sein, und geben drei vorliegende handschriftliche Original-Schatzungsmatrikeln, wovon die zwei älteren ohne Angabe der Zeit sind, jedoch in der zweiten Hälfte des 17ten Jahrhunderts redigirt zu sein scheinen, die jüngste aber der Steuerausreibung im Jahre 1720 zum Grunde gelegt worden, nur über das quantitative Verhältniß einer einfachen Kirchspiels-Schatzung Auskunft.

Die in diesen Matrikeln angegebenen Erträge einer gehcenen Schatzung, entfernern sich nicht bedeutend von der desfalls gleichartigen Angabe des Ertrages im Jahre 1633 (conf. Anmerkung ad Nr. 52 d. S.), welches aus den, als historische Notiz, hiernach folgenden Auszügen der oben bezeichneten Matrikeln sich ergibt.

Auszug dreier Schatzungs-Matrikeln des Hochstiftes Münster, wovon die beiden ältesten sub A. und B. ohne Anzeigung des Zeitraumes ihrer Anwendung, die jüngste aber sub C. mit der Anmerkung versehen ist, daß sie der Schatzungs-Ausreibung im Jahre 1720 zum Grunde gelegt worden sey.

Matrikel A. Matrikel B. Matrikel C.
Jahr 1720.

Amter:	Nr.	fl.	dt.	Nr.	fl.	dt.	Nr.	fl.	dt.
Wolbeck, (sub B. sub 42 Kirsp., 5 Städte u. 1 Flecken aufgeführt)	9135	8	6	9156	8	6	9207	27	=
Sassenberg, (sub B. 9 Kirsp. 1 Stadt)	1244.	=	=	1244	=	=	1244	=	=

Matrifel A. Matrifel B. Matrifel C.
 Jahr 1720.

Nemter:	Rtl.	ß.	dt.	Rtl.	ß.	dt.	Rtl.	ß.	dt.
Dülmen, (sub B. 4 Kirsp. 2 Städte)	1048	=	=	1048	=	=	1045	=	=
Bochold, (sub B. 3 Kirsp. 1 Stadt)	520	=	=	579	11	6½	577	11	8
Stromberg, (sub B. 12 Kirsp.)	2732	5	9	2732	1	9	2725	22	9
Berne, (sub B. 14 Kirsp.)	2241	24	10	2242	3	10	1861	21	4
NB. sub C. ist zugesezt: Amt u. Kirsp. Lüdinghausen m. 3 Bauerfch. noch besonders							320		
Mhaus, (sub B. 24 Kirsp.)	1303	=	=	1303	=	=	1288	19	6
Horstmar, (sub B. 31 Kirsp. u. das Gericht Rüşchau, mit der Anmerkung: aus d. Amt Rüşchau hat der Graf von Steinfurt ⅓)	5224	19	=	5221	19	=	=	=	=
(sub C. mit der Bemerk. nach d. Vergleich mit Steinf. weg. Rüşchau)							5205	13	=
Bevergen, (sub B. Bevergen und Rheine 13 Kirsp.; sub C. Rheine und Bevergen)	1081	14	=	1081	14	=	1081	14	=
Neuhäus und Emsland, (sub B. 16 Kirsp. und 2 Städte)	1998	21	=	2000	13	=	1998	13	=
Gloppenbergr, (sub B. 14 Kirsp.)	1534	17	=	1534	17	=	1534	17	=
Bechte, (sub B. 16 Kirsp.)	1885	=	=	1885	=	=	1854	=	=
Wilbeshausen, (sub B. 3 Kirsp. 1 Stadt, sub C. nicht aufgeführt)	200	=	=	200	=	=	=	=	=

(NB. Am Schluß der Matrifeln fanden sich folgende Aufzählungs-Arten:)
 Sub A.: Summarum Summa einer geheelen Schätzung der sämtlichen Kirspel d. ganz. Stifts, facit 30148 Rtl. 22 ß. 1 dt. machet in 12 Monat für 1 Jahr 361778 — 13 — —

Sub B.: Summa des ganzen (NB. monatlichen) Anschlags aller Nemter des Stifts Münster. (im Ganzen 197 Kirsp.) 30228 Rtl. 4 ß. 9½ dt.

Sub C.: Summa Summarum aller vorgemelter Nemter: 29944 Rtl. 19 ß. 3 dt.

Außer dem Vorgesagten ist in Rücksicht des quantitativen Verhältnisses der ordinären Kirchspiels-Schätzungen hier noch zweierlei anzumerken, nämlich:

A. daß in der (1742 zu Dortmund im Druck herausgegebenen, im Jahre 1655 verfaßten) „kurzen Beschreibung des ganzen Stifts Münster in Westphalen“ von Joh. Hobbeling, die bei jedem Amte aufgeführte Schätzungs-Quote desselben, mit den oben sub B. aufgeführten, mit den einzigen Abweichungen genau übereinstimmt, daß Hobbeling mehrfach anstatt der Schillinge und Deut, Stüber und Pfennige angibt, und daß er, beim Amte Berne, mit Auslassung der Quote des Kirchspiels Lüdinghausen von 320 Rthlr., dessen Beitrag nur zu 1922 Rthlr. 3 Stüber 10 pf. ansetzt, auch die Schätzungs-Quote des Amtes Wilbeshausen gar nicht aufführt, wodurch dann ein Total-Betrag von monatlich 29708 Rthl. 4 ß. 9½ dt., oder von jährlich 356498 Rthl. 1 ß. 6 dt. resultirt; sodann

B. daß in der, am 2. September 1801 (Nr. 566 d. G.) wegen Verbesserung des Elementarschulwesens ergangenen Verordnung, im §. 32 angegeben ist; daß eine einmonatliche Landes-Schätzung (id est: geheele Kirspels-Schätzung im ganzen Hochstift Münster) 29342 Rthl. 19 ß. 5 dt., mithin jährlich 352112 Rthl. 9 ß. beträgt, und woraus sich schließlich ergibt, daß das im Jahr 1720 noch jährlich 359336 Rthl. 7 ß. betragende Steuer- oder ordinäre Schätzungs-Quantum sich im Jahre 1801 um 7773 Rthl. 26 ß. vermindert hatte.

224. Münster den 11. December 1695. (B. 2. a. Natural-Umlagen.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster etc.

In Folge der auf dem Landtage erhobenen Beschwerde über den Fortbestand der mißbräuchlichen, bittweise geschehenden Einsammlung von sogenannten Hocken, von

Heu, Hafer, Buchweizen, und andern Frucht- und Geld-Beiträgen der Unterthanen, Seitens der landesherrlichen Beamten, Vogtgrafen, Richtern, Voigten und Empfängern, wird verordnet; daß das desfalls bestehende Verbot wieder verkündigt und streng gehandhabt werden soll.

225. Münster den 11. December 1695. (B. 2. a. Gerichts-kosten.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster ic.

Der auf dem Landtage gerügte Mißbrauch bei den Untergerichten, daß sie jedem Borgeladenen, ohne Rücksicht auf dessen Schuld oder Unschuld, bei dessen erstem Erscheinen die Entrichtung der Gerichts-Gebühr auflegen und, bei deren Beitreibung, den Gerichtsdienern die Erhebung von 2 Schilling münster'sch gestatten, — wird, unter Androhung willkührlicher Strafe, für die Zukunft verboten.

226. Münster den 12. Mai 1696. (D. h. Postwagen-Ordnung.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster ic.

Nebst landesherrlicher Genehmigung der nachfolgenden Post-Ordnung, wird es allen in- und ausländischen Fuhrleuten, bei 10 Goldgulden Strafe verboten, auf den von den Postwagen-Coursen berührt werdenden Straßenzügen, Passagiere und Reisende und deren etwa mit sich führende Frachtgüter und Waaren aufzunehmen und zu befördern, und denselben nur gestattet, eilende Reisende, außer den Posttagen, und in so fern sie eine desfallsige schriftliche Erlaubniß, des sie nicht befördern könnenden Postamtes produciren, weiter zu bringen.

Die sämmtlichen landesherrlichen Beamten und Lokal-Beörden, sollen diese Bestimmungen streng handhaben, den darum ansuchenden Postführern allen Vorschub und Schutz gewähren und die gegenwärtige Verordnung publiciren und an gehörigen Orten affigiren lassen.

Ordnung der in Münster ankommenden und abgehenden Postwagen:

	Ankunft.	Abgang.
Amsterdam und ZwoU, über Goor, Enschede, Gronau, Meitelen u. Steinfurt	jeden Dienstag u. jeden Freitag gegen Abend.	jeden Montag um 9 Uhr Morgens, und jeden Donnerstag.
Bielefeld und Vadderborn, über Warendorf, (in Correspondenz mit den Postwagen von und nach Herford, Minden, Berlin, Danzig, Rhebe, Rittberg, Cassel, Frankfurt, Nürnberg ic.)	jeden Montag Morgens 8 Uhr und jeden Donnerstag.	jeden Dienstag und Freitag, Abends.
Wesel, über Borken und Coesfeld, (in Correspondenz mit den Postwagen von u. nach Düsseldorf, Cöln, Aachen, Cleve, Nimwegen, Arnheim, Amsterdam und ganz Holland und Brabant.)	jeden Dienstag und Freitag.	jeden Montag und Donnerstag.
Dsnabrück, (in Correspondenz mit den Postwagen von u. nach Braunschweig, Lüneburg, Hannover, Hamburg, Kopenhagen, Pommern, Preußen, Liefland ic.)	jeden Sonntag und jeden Donnerstag, Morgens 8 Uhr.	jeden Montag und Samstag.

An Personengeld, einschließlich 25 Pfund Bagagefreiheit, ist zu entrichten:

- von Münster bis ZwoU p. Meile $\frac{1}{2}$ Mark, im Ganzen $2\frac{1}{2}$ Rthlr., nebst 1 holl. Stüber für jedes Pfund Uebergewicht der Bagage;
- von Münster bis Dsnabrück 1 Rthlr.;

c) von Münster bis Coesfeld 2 Mark, von Coesfeld bis Wesel 1 Rthlr., jedoch im Winter und bei schlechter Witterung nach dem Weselschen Reglement;

d) von Münster bis Warendorf 18 Mariengroschen, von dort bis Bielefeld 30 Mariengroschen, und von Warendorf bis Paderborn 1 Rthlr. 9 Groschen; mit diesem Postwagen können Colli bis zu 150 Pfund Gewicht befördert werden.

An Paquet-Portis soll gezahlt werden:

1. für kleine Packereien und Kaufmannsgüter, unter nothwendiger Werthangabe der Leßtern, nach den hannoverschen, Bremenschen und Hamburger, auch Reichspost-Ordnungen, von Juwelen, Gold und Pretiosen von 100 Rthlr. Werth und für jede 6 Meilen, 4 Mariengr.

2. für große Colli über 50 Pfund Gewicht, p. 50 Pfund: von Münster bis Zwoll 1 Rthlr. holländisch, von Münster bis Dsnabück 12 Mariengroschen, von Münster bis Warendorf 5 Mariengr., von Warendorf bis Bielefeld 7 Mariengr. und von Warendorf bis Paderborn 12 Mariengroschen.

Die Postwagen-Abgangszeiten müssen, ohne Rücksicht auf Vorhandensein oder Mangel von Passagieren, genau eingehalten werden.

Die zur Anmeldeung der Leßtern eröffneten Postbüreaus zu Münster, zu Zwoll, zu Dsnabück, zu Coesfeld, zu Warendorf, zu Bielefeld, zu Enschede, zu Wesel und zu Paderborn werden speziell bezeichnet.

Bemerk. Conf. Nr. 239 d. S.

227. Münster den 22. December 1696. (S. d. Schatzfreiheit und öffentliche Sicherheit.)

L a n d e s - R e g i e r u n g.

In Folge der auf jüngst gehaltenem Landtage geführten Beschwerden über mißbräuchliche Einführung von Real-Freiheten der Beamten, wird landesherrlich verordnet: „daß wenn sowohl Ihrer hochfürstlichen Gnaden, als auch anderer Gerichts-Herrn Bediente einige mit Schatzung, behaftete Häuser, Länderei und Gründe käuflich an sich bringen, oder sonst alio quocunque titulo acquiriren, „deshalb keine Immunität zu prätendiren haben, son-

„dern sich mit der Personal-Freiheit allerdings vergnügen „lassen sollen.“

Zugleich wird den sämtlichen Beamten und Lokal-Behörden befohlen, auf die, die öffentliche Sicherheit gefährdenden Zigeuner und Bettler und auf anderes verdächtiges Gesindel genaue Wachtsamkeit auszuüben, und bei stattfindender Anmeldeung ihrer Anwesenheit, dieselben mittelst Aufbiehung der Unterthanen, aufzugreifen, ihre Habseligkeiten zu untersuchen, bei obwaltendem Verdachte eines von ihnen begangenen Verbrechens, dieselben zu verhaften und einzuliefern; entgegengesetzten Falles dergleichen Bagabunden aber, auf dem kürzesten Wege, unter Abmahnung ferneren Wiedereintritts, aus dem stiftischen Gebiete zu vertreiben.

228. Münster den 16. Juni 1697. (A. 4. b. Revisions-Ordnung.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster etc.

Publikation einer mit domkapitularischer Zustimmung erneuerten Revisions-Ordnung, wodurch, mit Bezugnahme auf die vom Bischofen Christoph Bernard in der Reformations- und Visitations-Ordnung des münster'schen geistlichen Hofgerichtes, über die Zulässigkeit der Berufung an die fürstliche Kanzlei, gegen Urtheile der geistlichen und weltlichen Hofgerichte erteilten Bestimmungen, die von dem stiftischen Domkapitel sede vacante am 20. Juli 1688 (No. 203 d. S.) erlassene Revisions-Ordnung im Wesentlichen wiederholt, und nebst mehreren die Prozeß-Ordnung und Führung betreffenden Zusätzen u. A. auch durch die Festsetzung vermehrt wird: daß die Revisions-Einmittlung Seitens der beschwerten Parthei auch in denjenigen Fällen statthaft sein soll, „wenn „in prima instantia bei der fürstlichen Kanzlei (selbst) „in privilegiatis Casibus Processus geführt worden.“

Bemerk. Derselbe Landesherr hat unterm 10. Juli 1705 (B. 2. d.) eine, wegen der gesteigerten Prozeßsucht mit vielen, die Prozeßform betreffenden Zusätzen vermehrte, nochmals erneuerte Revisions-Ordnung (in 25 §§.) publizirt. — Conf. auch Nr. 458 d. S.

229. Münster den 22. November 1697. (A. 4. b. Dankfest.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster rc.

Anordnung eines am Tage Maria Empfängniß in allen stiftischen Kirchen durch Hochamt, Prozession und Ambrosianischen Lobgesang zu feiernden Landes-Dank-Festes wegen des glücklich erreichten allgemeinen Reichs-Friedens.

230. Münster den 24. November 1697. (A. 4. b.

Fruchtbrantwein.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster rc.

Sowohl um bei der stattgefundenen Missernte den Fruchtvorrath zu schonen, als auch um dem bis zum Uebermaß gesteigerten Genuß des Brantweins zu steuern — „wodurch nicht allein manicher umh' Wisß, Verstand und Gesundheit kommt, sondern auch zu Verrichtung seiner Funktion, Arbeit und Handthierung incapabel wirdt“ — wird das Brantweinsbrennen aus Früchten ohne Ausnahme verboten, jedem die Entäußerung seiner Brantwein-Vorräthe binnen 14tägiger Frist befohlen, und die Einfuhr fremden Fruchtbrantweines ins stiftische Gebiet strenge unterragt.

Contraventionen sollen mit Confiskation der Brantweine und Kesseln und mit andern Strafen belegt, und desfallige Denunciationen mit der Hälfte des Werthes des Confiskates oder mit anderer Remuneration belohnt werden.

Bemerk. Das sede vac. regierende Domkapitel hat, unterm 31. Mai 1706, wegen aufgehörender Beweggründe und wegen des häufigen Einschwarzens fremden Brantweines, dessen Einfuhrung und das inländische Brantweinsbrennen wieder erlaubt, zugleich aber die Unterthanen zu Vorsichtsmaßregeln gegen Feuergefährlichkeiten und zur Mäßigkeit im Brantweintrinken ermahnet, so dann ist aber das obige Edikt, unterm 30. April 1709 (A. 5. b.), von dem Bischof Franz Arnold, wörtlich gleichlautend, wieder erneuert und unterm 22. December 1713 (A. 5. b.) und 20. December 1716 (B. 3. b.) mit zusätzlicher Erhöhung der Geldstrafe für das Einbringen fremder Brantweine jeder Art auf 100

Goldg. wiederholet, jedoch zuletzt der Letztern Durchföhrung, unter Festsetzung mehrerer den Transit sichernden Förmlichkeiten, erlaubt worden.

231. Münster den 24. November 1697. (S. d. Dienstpflicht der Unterthanen.)

Landes-Regierung.

Auf den Antrag des Domkapitels und der Ritterschaft wird landesherrlich bestimmt: „daß hinföuro und von nun an in diesem Stifft und Fürstenthumb durchgehends, und überall die jährliche Landtsfolge auf gleichen Fuß gerichtet, und ein ganzes Erbe zu drei Tagen, ein halb Erbe zu zwei, und ein Pferd- oder ander Kotten, Brinkföiger, Bachhäuser oder Bardenhäuer einen Tag mit der Hand zu dienen schuldig und gehalten sein solle.“

Bemerk. Conf. auch C. A. Schlüter's Provinzial-Recht von Westphalen. Bd. I. p. 532.

232. Münster den 14. März 1698. (A. 4. b. Öffentliche Sicherheit.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster rc.

Zur Verhütung von Störungen der öffentlichen Sicherheit durch das Einwandern und Umhertreiben der, bei dem eingetretenem Friedenszustand, vielfach entlassenen fremden und auch verabschiedeten eigenen Soldaten, werden sämtliche Beamte, Lokal-Behörden und Unterthanen zur Handhabung strenger Aufsicht und zur Nichtausnahme herrenloser, nicht durch einen speziellen Personalspaß legitimierter Soldaten angewiesen. Außerdem wird u. A. verordnet: daß keine Niederlassung eines abgedankten Soldaten, ohne dessen vorherige Anmeldung und Nachweisung seiner Erwerbsmittel bei der Orts-Behörde und nur nach Erlangung ihrer Erlaubniß geschehen darf; — daß die ohne Paß auf den Landesgrenzen betroffen werden, abgedankten Soldaten abgewiesen, die ins Land aber schon Eingedrungenen an die nächste Garnison abgeföhrt, jene aber, welche Bettelci ausöüß, oder den Verdacht eines Vergehens auf sich geladen haben, mit den gegen Zigeuner und Bagabunden verhängten Strafen belegt werden sollen.

233. Sassenberg den 12. Juni 1698. (B. 2. b. Fremdenpolizei zu Münster.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster etc.

Die in der Stadt Münster vielfach sich niedergelassen habenden fremden Leute, welche keinen erweislichen Broderwerb haben, nebst allen ihren Angehörigen, desgleichen auch die abgedankten Soldaten, welche ohne Erlaubniß des Magistrates, in Münster betrogen werden, müssen binnen 14 Tagen aus der Stadt gewiesen werden. Die in letzterer ohne Dienst sich befindenden Mägde sollen in gleicher Zeit in ihre inländische Heimath, und die zu auswärtigen Garnisonen gehörigen Soldaten nebst ihren Familien dahin verwiesen werden. Die Aufnahme dergleichen Personen als Mitbewohner oder Hauspächter ohne Erlaubnißschein des Magistrates, wird den Einwohnern bei Geld- und Gefängnißstrafe verboten, und soll der Stadtmagistrat durch monatliche unvorherzusehende Hausvisitationen die Ausführung der obigen Vorschriften strenge handhaben.

234. Sassenberg den 20. Juni 1698. (B. 2. b. Hausgehmen.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster etc.

Nebst Darstellung des reichsgesetzlich unstatthaften und rechtsunförmlichen Verfahrens der Grafen von Bronckhorst-Styrum, welche (— in Folge eines im Jahre 1694 ergangenen Urtheils des Kaiserl. Reichskammergerichtes zu Wezlar rücksichtlich des zwischen ihnen und dem Hochstifte Münster streitigen Besitzes des im stiftischen Gebiete gelegenen Hauses Gehmen nebst Zugehörigkeiten —) sich mehrere bezeichnete Eingriffe in die — bis zu ausgemachtem Rechtsstreite fortbestehenden — landesherrlichen Rechte und Gerechtsame in dem streitigen Bezirke erlauben, wird die Verhinderung ihrer Fortsetzung den fürstlichen Beamten befohlen, und müssen die Unterthanen und Eingessenen ihre seit unvordenklichen Jahren bestehenden Leistungen an den Landesherrn, bis auf weitere Verordnung, fortwährend erfüllen.

235. Münster den 18. November 1698. (A. 4. b. Bettelst.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster etc.

Bei dem Ueberhand nehmenden Betteln durch in- und ausländische Colлектanten, Müßiggänger und arbeitsfähige Arme, wird bestimmt: daß jeder mit einem solchen Pässe betrogen werdende Colлектant, als Fälscher, mit Stauenschlag, nach Umständen auch mit Brandmarkung bestraft werden soll; daß an den Landesgrenzen nur solche fremde Colлектanten eingelassen und im Lande selbst gebildet werden dürfen, welche mit einem glaubwürdigen Zeugniß ihrer Obrigkeit versehen, zur Sammlung milder Gaben für Kirchen, Schulen oder sonstige geistliche Zwecke ermächtigt sind; daß die inländischen arbeitsfähigen Bettler verhaftet und die Männlichen nach Münster und Bechte, die Weiblichen aber nach Rheine in die Arbeitshäuser abgeführt werden sollen; und daß die wirklichen arbeitsunfähigen Armen, in dem Kirchspiel ihres Geburtsortes, aus den vorhandenen örtlichen Armenmitteln verpflegt, oder, bei deren Unzulänglichkeit, zum Almosen sammeln an den Kirchthüren oder bei den Einwohnern im Kirchspiel ihres Geburtsorts, niemals aber außerhalb desselben, ermächtigt werden sollen.

Bemerk. Durch ein an die Regierung zu Münster gerichtetes landesherrliches Rescript d. d. Bonn den 6. Juni 1785, ist die, gelegentlich eines speziellen Falles, entstandene Frage: wem die Unterhaltungspflicht wahn sinniger dürftiger Personen obliegt? mit Hinweisung auf die fortbestehende, obige gesetzliche Bestimmung rücksichtlich dürftiger Armen, dahin entschieden worden: daß die Unterhaltungskosten wahn sinniger, unvermögender Individuen aus Armen- und in deren Ermanglung aus Gemeinde-Mitteln zu entrichten sind.

236. Münster den 9. Februar 1699. (A. 4. b. Kirchenraub.)

Friedrich Christian, Bischof zu Münster etc.

Unter Abmahnung jeder Betheiligung an den sich vervielfachenden Verräubern der Kirchen, wird jedem An-